

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen zu unserem heutigen Thema:

Die Mauer wurde auf Abbruch verkauft, der Rest ist im Museum. Aber die Vergangenheit ist nicht auf gleiche Weise zu bewältigen. Die äußere Einheit wurde 1990 zwischen den Deutschen und den vier Mächten ausgehandelt. Die Verhandlungen standen unter zweifachem Druck:

- Die Menschen flüchteten von Ost nach West;
- in der Sowjetunion hätte man es sich auch noch anders überlegen können.

Die Einheit wurde im Einigungsvertrag auf tausend Seiten geregelt mit jener Gründlichkeit, die der Rest der Welt von den Deutschen erwartet. Es ging um Währung, Wirtschaft, Verkehr, Telekommunikation. Es ging um die Anbahnung und Ermöglichung jener einheitlichen Lebensverhältnisse, die herzustellen die Verfassung dem Gesetzgeber aufgibt. Es ging um jene mehr oder weniger übereinstimmenden Formen für das Leben und das Arbeiten einer ostdeutschen Industriegesellschaft, um Formen, die im wesentlichen in den 90er Jahren erreichbar sind.

Aber die innere Einheit, von der wir hier sprechen, meint offenbar mehr als jene, die sich in Verträgen herstellen läßt. Diese Art von Einheit hat etwas Hoffnungs- und Sehnsuchtsvolles nach einer Identifikation mit einer seelisch kulturellen Heimat.

Ich frage mich: Ist Einheit für sich ein Wert? Treibt es uns in der früheren Bundesrepublik zu mehr Einheit, als wir sie hatten und jetzt haben? Der deutsche Föderalismus erleichtert es uns, miteinander einigermaßen friedlich-schiedlich zu leben. Er sichert uns jedoch nur eine Einheit in der Verschiedenheit, und ich meine, an dieser Verschiedenheit in der Einheit ist festzuhalten. Es ist doch nicht so, daß wir die verschiedenen Klangfärbungen des Mecklenburgischen und des Oberbayerischen leid wären. Ganz im Gegenteil - das ist schön und lebensvoll wie die unterschiedlichen Landschaften. Und das sollen und wollen wir uns erhalten und nicht zu einem integrierten Gesamtmischmasch werden lassen.

Vierzig Jahre lang konnte man zwischen Ost und West kaum die Realität wahrnehmen, sondern nur die Spiegelungen und Verzerrungen in der Politik und in den Medien. Deshalb gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen der zu vollendenden Einheit, daß man die unterschiedliche Lage versteht, in der sich die Deutschen in Ost und West am Ende des Zweiten Weltkrieges befanden.

Die im Westen fanden zu sich selbst, und die im Osten hörten nicht auf, den Zweiten Weltkrieg zu verlieren. Die einen konnten ihre Kräfte frei entfalten, die anderen mußten kuschen, sich anpassen oder fliehen oder die eigene Persönlichkeit in eine gespaltene Existenz auflösen. Unterdessen verließen mehr als vier Millionen Menschen die Sowjetische Besatzungszone und die DDR - und die, die blieben oder bleiben mußten, wurden immer einsamer. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Menschen sich selbst, ihre Geschichte, ihre Umgebung, ihre Lebensziele sehr unterschiedlich definierten.

Im Westen wird man sich interessieren müssen für die Prägungen, Lasten und Leistungen, die die 17 Millionen mitbringen. Sie brachten mit: unter anderem eine stille, gewaltlose und erfolgreiche Revolution, die nicht nur die deutsche Einheit nach sich zog, sondern zugleich auch der Anfang vom Ende der Sowjetunion war und damit den Kalten Krieg beendete. Das zählt wenig in Begriffen des Bruttosozialprodukts, viel, sehr viel aber in Begriffen der Moral und der Politik.

Es bleibt wahr, daß die Teilung nur durch Teilen überwunden werden kann; das gilt aber nicht nur für Steuern und Abgaben. Es gilt auch für das Bild der Geschichte und insbesondere für den Entwurf der Zukunft. Eine Vergangenheit haben nicht nur die Menschen aus Stasi-Land aufzuarbeiten. Auch im Westen gibt es wenig Grund zum Siegerlächeln und zur Zufriedenheit. Wem vierzig Jahre Prüfungen der Geschichte erspart blieben, sollte dafür dankbar sein, aber nicht selbstgewiß meinen, daß er sie bestanden hätte, wenn sie ihm auferlegt gewesen wären.

So wie die Völker in Mittel- und Osteuropa im Zuge der Demokratisierung ihre nationale Identifikation suchen, so sollten auch wir in Ost- und Westdeutschland unsere gemeinsame seelisch-kulturelle Heimat finden. In diesem Sinne gilt es nicht nur, in den kommenden Jahren gleiche materielle Lebensverhältnisse im Osten zu schaffen, sondern besonders auch die Erfahrungen zu teilen, die zu einem gemeinsamen Weg der inneren Einheit führen. Dieser Weg zur inneren Einheit muß ein für jedermann verständliches Ziel haben. Auf der Suche nach diesem gemeinsamen Weg wünsche ich unserem Gespräch viel Erfolg.

Herrn Ministerpräsident Biedenkopf und Herrn Thierse danke ich für ihre Bereitschaft, unsere Tagung mit einem Referat einzuführen, und Frau Seebacher-Brandt wird dankenswerterweise die Leitung der anschließenden Diskussion übernehmen.

Biedenkopf

"Was trennt die Deutschen nach Überwindung der Mauer?" Es ist genau drei Jahre her im Januar 1989;-, daß wir in diesem Raum ein Bergedorfer Gespräch durchgeführt haben, noch im Bewußtsein der deutschen Teilung und noch in der Annahme, daß sie viele Jahre fort dauern würde, obwohl sich damals schon eine Menge bewegt hatte. Diese drei Jahre, die hinter uns liegen, kommen sicher nicht nur mir sehr viel länger vor als drei normale Jahre. Was sich in dieser Zeit ereignet hat, das wir ja alle miterlebt haben, bildet den Hintergrund für die Frage, der wir heute nachgehen und deren Beantwortung nach meiner Überzeugung eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, daß wir die politischen Probleme, die in den kommenden Jahren von uns gelöst werden müssen, richtig einschätzen und damit auch richtig anpacken.

Die Fragestellung ist so umfassend und weist so viele Facetten auf, daß ich mich auf einige wenige Gesichtspunkte, die mir wichtig erscheinen, beschränken muß. Es liegt ja nahe, mit der Frage anzufangen: "Was eint die Deutschen nach Überwindung der Mauer?" Was haben wir durch die Überwindung der Mauer an Gemeinsamem gewonnen? Wir haben seit dem 3. Oktober 1990 einen einheitlichen Staat, der das Ergebnis einer politischen Entscheidung vom 23. August 1990 ist, morgens zwischen 2 und 3 Uhr.

de Maizière

2 Uhr 57.

Biedenkopf

[Forts.] Ich habe diese Entscheidung von der Empore der Berliner Volkskammer aus verfolgt. Sie kam zustande durch einen Husarenstreich, kann man schon sagen, von Lothar de Maizière, der nach dem Ende einer Volkskammersitzung eine Sondersitzung verlangte und sich damit durchsetzte.

Der Beschluß der damaligen Volkskammer, die DDR möge gemäß Artikel 23 dem Geltungsbereich des Grundgesetzes, wie es in der Verfassung heißt, beitreten, hat den ganzen Prozeß der deutschen Einheit wesentlich beeinflusst. Ich möchte nur daran erinnern, daß es im Vorfeld dieser Entscheidung, vor allen Dingen in Westdeutschland, eine intensive Diskussion über die Frage gab, wie die Einheit vollzogen werden sollte: Nach Artikel 23 durch den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes oder, wie man als vermeintliche Alternative annahm, nach Artikel 146 durch Beratung und Verabschiedung einer gemeinsamen neuen Verfassung.

Diese Alternative hat sich zwar eigentlich so nicht gestellt, aber aus ihr ergibt sich schon ein Tatbestand, der uns trennt, nämlich der Begriff "Beitrittsgebiet", ein wenn auch nur bürokratischer Begriff, der aber in der Sprache der Bürokraten eine ganz bestimmte Rolle und Stellung der neuen Bundesländer bis heute zum Ausdruck bringt. Vielfach ist eben nicht von den neuen Bundesländern die Rede - was etwa im Zusammenhang mit Ostberlin recht kompliziert ist;- , sondern von Beitrittsgebiet und damit von etwas anderem als einem Teil Deutschlands.

Gleichwohl hat in der ganzen Diskussion, besonders in Westdeutschland die Vorstellung mitgeschwungen, daß der Vollzug der deutschen Einheit auf der Grundlage von Artikel 23 Grundgesetz im wesentlichen darauf hinausläuft, daß sich der Geltungsbereich des Grundgesetzes nunmehr auch auf den neuen Teil Deutschlands erstreckt, ohne daß sich daraus wesentliche Veränderungen für die alte Bundesrepublik ergeben.

Wenn man die politische Diskussion der damaligen Zeit noch einmal auf sich wirken läßt, insbesondere auch in meiner eigenen Partei, so war die Meinung überwiegend, daß das Grundgesetz und die politische, gesellschaftliche Ordnung der alten Bundesrepublik Deutschland, so wie sie in 40 Jahren gewachsen ist, unverändert bleiben könnte und auch sollte und der Osten Deutschlands diesem Geltungsbereich einfach zugeordnet würde. Die Vereinigung wurde somit verstanden als eine Erweiterung der westlichen Bundesrepublik, ohne daß sich deren Charakter und Inhalt substantiell verändert.

Was uns des weiteren eint, ist die gemeinsame Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung, die gemeinsame Sprache und - das wird noch der inhaltlichen Vertiefung bedürfen - das gemeinsame historische und kulturelle Erbe, die gemeinsame Geschichte der Deutschen.

Das sind, neben vielen anderen, Gesichtspunkte, die zur Einheit der Deutschen vorgetragen werden.

Der Gegenstand unseres Gespräches ist nun herauszufinden, was uns nach der staatlichen Einheit, die seit dem 3. Oktober 1990 besteht, trennt. Ich beginne mit Erfahrungen, die ich inzwischen auch selber machen konnte.

Es trennen uns die unterschiedlichen Erfahrungen und Prägungen der letzten 40 Jahre, die den gesamten gesellschaftlichen, kulturellen und geistigen Raum umfassen. Es geht also nicht nur um einige isolierte Erfahrungen aus bestimmten Lebensbereichen, sondern um generelle Prägungen, die die Menschen in beiden Teilen Deutschlands auf sehr unterschiedliche Weise erfahren haben.

Es trennt uns die ganz unterschiedliche Erfahrung des Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Individuum, was etwa die Rolle des einzelnen betrifft, seine Zuständigkeit, sein Anspruch und Recht auf Selbstverwirklichung. Unsere westdeutsche Erfahrung der Inanspruchnahme der Menschenrechte und des grundgesetzlich gewährten Schutzes des Individuums fehlt auf der ostdeutschen Seite. Diese Erfahrungen konnten sich in der Bundesrepublik Deutschland über 40 Jahre entwickeln; sie wurden durch die politische wie gesellschaftliche Praxis und durch die Rechtsprechung ausgeformt und haben dazu geführt, daß sich die Individualität im Westen nachhaltig bestimmen konnte. Diese Sicherheit hinsichtlich der Stellung und Rolle des Menschen und damit des einzelnen in Staat und Gesellschaft fehlt im praktischen Erleben der Ostdeutschen.

So fehlt im östlichen Teil unseres geeinten Vaterlandes jede Erfahrung mit einer praktisch funktionierenden Rechtsstaatlichkeit, etwa mit dem rechtsstaatlich begründeten Tatbestand, daß staatliche Macht dem Gesetz unterworfen ist. Das Recht war hier Diener der Macht und die Macht nicht dem Recht unterworfen. Diese fundamental verschiedene Grundeinstellung zum Recht, bis hin zu ihrer wissenschaftlichen Durchdringung, hat das Leben der Menschen nachhaltig geprägt.

Eine konkrete Folge ist, daß alle die Mechanismen, die wir in der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf eigene persönliche Initiative entwickelt haben, um die Rechtsordnung bei uns durchzusetzen, im Osten Deutschlands noch höchst unzureichend funktionieren. Die Menschen hier sind sich nicht nur der Existenz und Bedeutung dieser Mechanismen nicht bewußt. Sie sind auch sehr zögerlich, ob sie das Risiko eingehen sollen, sich mit dem Staat im Rahmen der Rechtsordnung anzulegen im Vertrauen darauf, daß diese Rechtsordnung sie vor dem Staat schützt. Die fehlenden Erfahrungen mit der Rechtsstaatlichkeit führen also zu einer sehr zögerlichen Erkundung der neuen Rechtsordnung, was ihre Fähigkeit angeht, die Rechte des einzelnen gegenüber dem Staat zu gewährleisten. Das wirkt sich beispielsweise in der Verwaltungspraxis aus, wenn es darum geht, die staatlicherseits angebotenen Ansprüche und Rechte, etwa im Sozialbereich, in Anspruch zu nehmen. Das heißt, überall stoßen wir nicht nur auf Unkenntnis, sondern auch auf großes Zögern im Umgang mit der neuen Rechtsordnung.

Was das gemeinsame historische und kulturelle Erbe angeht, ist darauf hinzuweisen, daß die historische Entwicklung die Deutschen auch trennt. Das ist offenkundig für die letzten 40 Jahre, reicht aber geschichtlich sehr viel weiter zurück. Es gibt in Deutschland, im Unterschied zu Frankreich oder Großbritannien, keine historisch gewachsene einheitliche Staatlichkeit. Noch im 19. Jahrhundert, daran wird man hier in Sachsen unmittelbar erinnert, haben deutsche Länder Kriege gegeneinander geführt: Preußen und Sachsen, Preußen und Hannover; Bayern und Österreich waren in dem letzten Krieg involviert, den die Sachsen gegen die Preußen verloren haben. Es gibt in Sachsen starke historische Beziehungen zur habsburgischen Monarchie.

Vielfach waren diese Auseinandersetzungen durch die Behauptung eigenstaatlicher Identität bestimmt, etwa des Königreichs Sachsen oder des Königreichs Bayern. Die deutsche Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg war insofern auch kein Novum in der deutschen Geschichte, wenngleich sie aus ganz anderen Gründen und unter ganz anderen Voraussetzungen zustande kam und nicht auf historisch entwickelten Grenzen beruhte. Im Westen gab es historisch geprägte Einstellungen, wie sie etwa in der Separatismusbewegung, in den Rheinbund-Bestrebungen zum Ausdruck kamen. Der Westorientierung Westdeutschlands entspricht eine ebenso starke Ostorientierung im ehemaligen Mitteldeutschland und heutigen Ostdeutschland.

Es gibt mit anderen Worten keine historisch verwurzelte deutsche Nationalstaatlichkeit. Ich stelle das hier deshalb mit Nachdruck fest, weil wir diese historischen Bedingungen mitberücksichtigen müssen, wenn wir überlegen, wie man das Trennende überwinden und Gemeinsamkeiten schaffen kann, die auch im Sinne gegenseitiger Solidarität politisch belastbar sind.

Den deutschen Nationalstaat - gemäß heutiger Definition - gab es von 1871 bis 1945. Das heißt, er stellt in der deutschen historischen Entwicklung im mitteleuropäischen Raum die Ausnahmesituation, nicht die Regel, dar. Die Regel waren stark ausgeprägte Eigenstaatlichkeiten. Hinzu kommt, daß der Zusammenhalt der Nationalstaatlichkeit in der Zeit von 1871 bis 1945 keineswegs nur durch den

inneren historisch bedingten Zusammenhalt der Deutschen gewährleistet wurde, sondern zu einem nicht unwesentlichen Teil auch durch die diesem Nationalstaat vermeintlich oder tatsächlich von außen drohenden Gefahren. Die Gefahr der Einkreisung vor dem Ersten Weltkrieg, erneut die Einkreisungsgefahr vor dem Zweiten Weltkrieg, verbunden mit Vorstellungen vom fehlenden Lebensraum und manches andere mehr haben mit dazu beigetragen, eine nationalstaatliche Gemeinsamkeit der Deutschen zu begründen.

Die Zweiteilung des nach dem Zweiten Weltkrieg verbliebenen Deutschlands - nach der Abspaltung der Gebiete östlich von Oder und Neiße - hat nun zu unterschiedlichen Entwicklungen im Osten und im Westen Deutschlands geführt, die ich in Form von einigen trennenden Elementen darlegen will.

Im Westen der Föderalismus, eingeführt durch die Besatzungsmächte, aber von den Deutschen angenommen und zunehmend auch mit Leben erfüllt. Dann die starke Betonung des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland. Herr Klages hat in mehreren Untersuchungen die Legitimationsgrundlage der alten Bundesrepublik erforscht und dabei die Bedeutung der sozial- und wirtschaftspolitischen Rolle des Staates für die Legitimation der Bundesrepublik festgestellt.

Diese außerordentliche Bedeutung der Wirtschafts- und Sozialpolitik will ich nur an einem Beispiel aus der Programmatik der CDU deutlich machen. In den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 wurde festgestellt, daß nur durch eine umfassende Sozialpolitik die Zustimmung der breiten Schichten des Volkes zu dem neuen Staat zu gewährleisten sei. Es ging also nicht um eine nationale, historische oder kulturelle Legitimation des neuen Staatswesens, sondern um eine sehr pragmatisch auf die konkrete Situation bezogene sozial- und wirtschaftspolitische Begründung.

Ein weiterer Punkt ist die relativ geringe außenpolitische Verantwortung der alten Bundesrepublik. Helmut Schmidt wird der Satz vom ökonomischen Riesen und politischen Zwerg zugesprochen, der auch nach meiner Auffassung zutreffend ist. Das heißt die Wahrnehmung einer eher geringen internationalen politischen Verantwortung und dafür eine stärkere Konzentration auf die ökonomische und soziale Entwicklung.

Wir hatten in der ganzen Zeit in der alten Bundesrepublik große Probleme mit Nationalstaatlichkeit und nationalen Symbolen. Noch Mitte der 70er Jahre wurde es als ganz ungewöhnlich empfunden, wenn auf einer öffentlichen Veranstaltung die Nationalhymne gesungen wurde. Das heißt, die Geschichte der Bundesrepublik ist keineswegs durch eine Kontinuität deutscher Nationalstaatlichkeit gekennzeichnet. Im Gegenteil, es gibt als Folge des Mißbrauchs des Nationalen durch das Nazi-Regime einen schweren Bruch im Verhältnis zu aller nationalstaatlichen Symbolik, die aber für die nationale Identität von großer Bedeutung ist.

Die Suche nach Kompensationsmöglichkeiten war stark ausgeprägt. Dafür stand auf der einen Seite Europa, gewissermaßen als Ersatz für nationale Identität, und auf der anderen Seite die immer stärkere, auch politisch relevante, Betonung der Heimat, also von regionalen Identitäten. Beides sollte das Defizit an nationaler Identität ausgleichen.

Im Osten sehen wir eine gänzlich andere Entwicklung: Zentralismus und die Diktatur einer Partei; umfassende Einbeziehung in den Ostblock, das heißt die forcierte Ausrichtung nach Osten. Dies verbunden mit dem Versuch, eine eigene nationale Identität zu entwickeln, der zwar nicht erfolgreich war, aber trotzdem Prägungen hinterlassen hat. Diese beiden Entwicklungslinien trennen uns bis heute.

Beide Teile Deutschlands haben mit anderen Worten über 40 Jahre ein eigenes historisches Schicksal hinter sich. Verglichen mit den 75 Jahren Nationalstaatlichkeit der Deutschen seit 1871, wobei man die Zeit des Ersten Weltkrieges bis zur Inflation 1923 und die Zeit des Nationalsozialismus abziehen muß, verbleiben im Grunde nur 14 Jahre, um die eine normale deutsche Nationalstaatlichkeit länger Bestand hatte als die deutsche Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Von daher muß man bei der Gewichtung der geschichtlichen Prägungen sehr vorsichtig sein. Man darf die Trennung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als eine schnell zu überwindende Ausnahmesituation begreifen und so tun, als sei die deutsche Einheit in der Nationalstaatlichkeit die historisch bestätigte Normalsituation. Vielmehr befinden wir uns insgesamt in einem Prozeß der Neuentwicklung von Identitäten für das gemeinsame Deutschland.

Die historischen Schicksale sind somit von ausgeprägter Verschiedenheit. Sie prägen das Bewußtsein und die Verhaltensweisen der Deutschen in beiden Teilen Deutschlands. Sie berühren nicht nur die ökonomische und die politische Seite, sondern das gesamte gesellschaftliche und persönliche Leben.

So können wir im Westen und im Osten Deutschlands bis heute eine unterschiedliche Gewichtung feststellen, was das Verhältnis von Wirtschaft, Sozialem und Politik einerseits und anderen, etwa kulturellen, geistigen, also immateriellen Faktoren andererseits angeht. Die immateriellen Faktoren, die die Lebensqualität, Gesellschaftsbildung, Zusammengehörigkeitsgefühl betreffen, spielen in Ostdeutschland zweifellos eine größere Rolle. Dies einfach deshalb, weil sich die wirtschaftlichen Faktoren nie so entwickeln konnten wie in Westdeutschland. Das heißt, die Dominanz des Ökonomischen, die das Selbstverständnis Westdeutschlands auszeichnen, auch wenn es sich dessen nicht immer so bewußt ist, ist in Ostdeutschland nicht in dergleichen Weise anzutreffen. Daraus sind unterschiedliche Gewichtungen auch der Lebensstile und der Lebenshaltungen entstanden.

Es gibt auch trennende Unterschiede in Sprache und Begrifflichkeit. Auf sie stößt man immer wieder, wenn man Worte oder Begriffe unreflektiert verwendet und erfahren muß, daß sie ganz andere Bedeutungen oder Wirkungen entfalten, als man eigentlich zum Ausdruck bringen wollte. Das wird sich sicher abschleifen; aber es wird eine Weile dauern.

Auch die Rolle und Bedeutung von Kultur und Kunst weist große Unterschiede auf. Im östlichen Teil Deutschlands kamen Kultur und Künstlerischem wesentliche Nischen und Schutzfunktionen zu in einer ansonsten eher feindlichen staatlichen und gesellschaftlichen Struktur, die entsprechend eingriff.

Hinzu kommt, daß es zwar ein gemeinsames kulturelles Erbe gibt, bei dem man indes die unterschiedlichen regionalen Ausprägungen nicht unterschätzen darf. Es gibt einen spezifischen Stolz auf das kulturelle Erbe zum Beispiel in Sachsen, aber auch in anderen ostdeutschen Regionen, so wie wir das auch von Bayern, Schwaben, Hannover oder dem Rheinland her kennen. Das heißt, bei aller Gemeinsamkeit eines kulturellen Erbes sollte man diesen Aspekt nicht überbewerten, wenn es darum geht, daraus einen Zusammenhalt abzuleiten, um die dezentralen Kräfte zu überlagern und miteinander zu verbinden. Es gibt in Deutschland keine kulturelle Leitidee und Konzentration, die von einer Zentrale ausgeht, wie das zum Beispiel in Frankreich der Fall ist. Statt dessen treffen wir im kulturellen Bereich auf eine große regionale Vielfalt. Die gegenseitige Kenntnis der jeweiligen kulturellen Besonderheiten - als Folge der Teilung - ist vergleichsweise gering. Ein allgemeines Wissen um die kulturellen Verschiedenheiten, das wiederum eine Gemeinsamkeit konstituieren könnte, ist kaum vorhanden.

Seebacher-Brandt

Ich gebe das Wort weiter an Wolfgang Thierse und bin gespannt, ob er uns ein Kontrast oder ein Ergänzungsprogramm vortragen wird.

Thierse

"Wir sind ein Volk", sagt der Ostdeutsche, "wir auch", antwortet der Westdeutsche. Diese allen bekannte Formulierung ist wohl die kürzest mögliche Fassung unseres Themas. Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich hier einen etwas unordentlichen Vortrag halte. Doch das geschieht nicht ohne Absicht; denn es erscheint mir der angemessene Zugang zu einem Thema, mit dem ich nicht mehr so ordentlich umgehen kann. Ich reise ja unablässig zwischen Ost und West hin und her, und dabei ist mir manche Klarheit, manche Pointe und These, die ich aus rhetorischen Gründen lieber wählen würde, vergangen.

Ich will zunächst einige Beobachtungen aus den letzten Wochen zusammentragen. Ich beginne mit einem Zitat aus der Berliner Tageszeitung "taz" vom 17.11. 91. Da heißt es: "Die Stasi war kein Ministerium, sie war die DDR-Gesellschaft sui generis. Ein Volk, das sich aus mindestens einer halben Million aktiven Spitzeln zusammensetzt, ein paar Millionen Mitläufer und einige Hunderttausend Unzufriedene und Kritiker ist ein Spitzelvolk." Recht so. Als einer, der da gelebt hat, ist man damit beschäftigt, sich zu vergewissern, daß man doch ein paar Anständige gekannt hat und bis zum Beweis des Gegenteils daran glauben will, aus Selbstschutz. Und dann hört man jeden Tag eine neue Meldung, daß man vielleicht doch nicht recht gehabt hat.

Dieses Zitat, es ist zweifellos das forscheste, ließe sich durch andere ersetzen. So habe ich in einem Buch von Arnulf Baring den Satz gefunden, der noch mehr verallgemeinert: "Die DDR hinterläßt eine menschliche Wüste." Ich assoziiere sofort: Da müssen also Westdeutsche kommen und diese menschliche Wüste wieder urbar machen. Gestern war ich immerfort damit beschäftigt, am Telefon Antwort zu geben auf die fragende Vermutung meiner Bundestags- und Parteikollegin Angelika Barbe, ob nicht auch die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 von der Stasi beeinflusst gewesen sei. Journalistisch wurde daraus sofort die Überschrift gemacht: "War die SPD-Ost ein Werk des Staatssicherheitsdienstes?" Das Fragezeichen fiel schon fast weg. Das ist nur ein Beispiel. Wir werden ja ständig mit Angaben konfrontiert, daß die Bürgerbewegung, die Oppositionsgruppen im

Osten zu 70 Prozent aus Stasi-Spitzeln zusammengesetzt gewesen seien und ähnliches. Eine eigentümliche Situation.

Waren also die Friedenswerkstätten der Evangelischen Kirche, die Umwelt- und Friedensgruppen, die literarische Szene am Prenzlauer Berg, die Initiative "Frieden und Menschenrecht" alle ein Werk des Stasi nur weil all dieses - und das ist unabweisbar wahr - unter den Bedingungen umfassender Observation, fiesester Infiltration und unmenschlichster Versuche, Menschen kaputtzumachen, stattgefunden hat? Wir haben in der DDR gelebt, neben vielen anderen Lebensregeln, auch mit der: Wenn zehn zusammen sind, ist einer wohl ein Spitzel. Aber bei dieser wenig ermunternden Lebensregel hat man sich nicht daran hindern lassen, doch seinen kleinen Anstand zu wahren und zu versuchen, mit seiner Intelligenz und Vernunft zu Rande zu kommen und ein Leben irgendwie hinzukriegen.

Dies alles wird nun auf einmal überschattet durch Tatsachen, die als solche ja nicht überraschen. So geht es mir jedenfalls; ich habe doch die Lebensregeln gekannt. Obwohl sie mich jedesmal von neuem entsetzen und enttäuschen. Das hat etwas mit dem deutschdeutschen Thema zu tun. Denn nicht nur ich sitze abends vor dem Fernseher und höre die Sondersendung darüber, sondern ob in Freiburg im Breisgau, in Frankfurt am Main oder in Bielefeld, wo immer, sehen das Menschen, die das ganz anders wahrnehmen. Denn es kann nicht die gleiche Betroffenheit sein. Was hat das für Folgen?

In Dresden läuft gerade der sogenannte Wahlfälschungsprozeß gegen Berghofer und andere. Ich finde es erstaunlich und begrüßenswert, daß Berghofer gestanden hat, wo alle anderen sich in der Kunst des Nicht-gewesen-Seins üben. Aber was mich erschrocken macht, ist die Logik in der Argumentation der Verteidigung. Ich greife zwei Argumente heraus: Erstens den Antrag der Verteidigung auf Befangenheit der Schöffen, die aus Dresden sind. Es heißt, sie dürften keine Schöffen sein, weil sie Betroffene seien denn das Recht auf demokratische, ehrliche Wahlen sei ihnen ja vorenthalten worden, und betroffene Opfer dürfen über Täter nicht zu Gericht sitzen. Dies entnehme ich dem intelligenten, flotten Artikel eines Strafruristen im SPIEGEL: "Wenn (es ging um die DDR) die Opfer über die Täter zu Gericht sitzen, beginnt die Barbarei."

Das zweite Argument der Verteidigung: Diese Kommunalwahlen waren gar keine echten Wahlen im rechtsstaatlichen Sinne. Somit ist die Anklage juristisch gegenstandslos; denn was falsch ist, kann man nicht falschen.

Verstehe ich diese Argumentation richtig, so ist deren Logik die: Nur Westdeutsche können und dürfen zu Gericht sitzen über ostdeutsches Unrecht. Und: Die Regeln des Rechtsstaates sind nicht auf die ehemalige DDR und ihre Bürger anzuwenden; denn die DDR - das muß doch allen klargewesen sein, was soll da jetzt das Lamentieren - war kein Rechtsstaat. Eben. Das muß nicht erst bewiesen werden, jedenfalls nicht in diesem konkreten Fall, sondern ist vielmehr vorauszusetzen, kann aber keineswegs irgendwelche Folge für die Akteure haben.

Es läuft seit einigen Wochen eine Debatte unter dem irritierenden, wenig glücklichen Stichwort "Tribunal". Die Idee dabei war, und an der halte ich immer noch fest, daß wir eines gesellschaftlichen Prozesses bedürfen, um mit der Vergangenheit fertig zu werden. Der Staat mit den Mitteln der rechtsstaatlichen Strafjustiz wird dies nicht schaffen und kann es auch nicht, wenn er Rechtsstaat bleiben will. Er hat die begrenzte Aufgabe, individuell nachgewiesene Schuld zu verurteilen - nicht mehr, nicht weniger. Das hat er zu leisten und darf darauf nicht in vorseilender Resignation angesichts der wahrscheinlich immensen Schwierigkeiten von Prozessen gegen Hornecker und die anderen verzichten wollen.

Worauf es mir aber entscheidend ankommt, ist, ob wir es fertigbringen, in der DDR unter unterschiedlich Betroffenen öffentliche Formen des Gesprächs über diese Vergangenheit in Gang zu setzen, in denen es nicht so sehr um die moralisch politische Verurteilung geht, sondern um die Frage: Warum? Ich meine, seit dem 1. Januar dieses Jahres gibt es einen ganz neuen Bedarf an solchen Gesprächen. Davon bin ich nach wie vor überzeugt und sehe mich auch durch die ersten zehn Tage nach Öffnung der Stasi-Akten nicht widerlegt. Wenn ich entdecke, daß der Denunziant nicht irgendein ferner Bösewicht und Schweinehund war, sondern mein Nachbar, mein Freund, mein Verwandter, in jedem Fall ein Mensch, der im Prinzip genau so ist, wie ich selber, dann stellt sich die Frage: Warum? - und nicht so sehr das Bedürfnis, ihn zu verurteilen. Ich will begreifen, warum er das getan hat; warum er sich in einem bestimmten Augenblick seiner Biographie folgenreich anders entschieden hat als ich. Denn darin begreife ich auch etwas von mir selber. Nicht weil ich mich damit schon für den moralisch Besseren halte. Und daß solche Gespräche nicht ohne Zorn, Wutausbrüche und ohne Anklage abgehen werden, ist selbstverständlich. Was will man denn von Menschen verlangen?

Bei den vielen Antworten auf meinen Vorschlag mit dem Tribunal gab es durchaus unterschiedliche Reaktionen zwischen West und Ost. Im Osten eher Zustimmung, manchmal skeptisch, abwägend, wie man es denn machen solle; aber immer getragen von der grundsätzlichen Einsicht: Es ist notwendig, es geht nicht anders. Im Westen dagegen mehrheitlich Ablehnung - wenn es auch einige Zustimmung gegeben hat;- , immer verbunden mit dem Verdacht, hier solle der Rechtsstaat unterwandert werden; so wurde es auch wörtlich zum Ausdruck gebracht, und hier wollen die einen über die anderen zu Gericht sitzen. Bis hin zu dem aus dem SPIEGEL-Artikel zitierten Satz: "Wenn die Opfer über die Täter zu Gericht sitzen wollen, beginnt die Barbarei", ein Satz, der mich tief erschreckt hat.

Ich merke an solchen unterschiedlichen Reaktionen auf einen vielleicht unbeholfen vorgetragenen Vorschlag, der aber jedenfalls eine moralische und intellektuelle Notwendigkeit, ein Bedürfnis artikuliert, wie unterschiedlich die Erfahrungen sind, aus denen darüber debattiert wird.

Ich wechsele das Feld. Wir wissen alle - man wagt es kaum noch zu sagen;- , daß die Eigentumsprobleme im Osten Deutschlands ein immenses Hindernis darstellen, zum einen für die ökonomische Entwicklung, zum anderen auch für die Herstellung eines Gefühls sozialer Sicherheit. Ich erinnere daran, daß die Regierung der Großen Koalition in Ostberlin bei allen Meinungsverschiedenheiten und parteipolitischen Streitereien bis über ihr Ende hinaus an diesem Punkt so gut wie einer Meinung war: Hier müßte eine klare Regelung geschaffen werden a) zur Förderung der Investitionen und b) zum Schutz von Rechten von DDR-Bürgern, die guten Glaubens, weil sie nach der damaligen Rechtsordnung Eigentümer nicht werden durften, Nutzungsverhältnisse eingegangen sind und sehr viel Eigenarbeit und Geld in kleine, in westlichen Augen sicherlich miese Datschen, Eigenheime oder in Gärten gesteckt haben. Jetzt müssen sie erleben - und in Brandenburg sind davon Hunderttausende betroffen;- , daß die ursprünglichen Eigentümer, zu 90 Prozent aus dem Westen, vor allem aber deren Erben, vor der Tür stehen und sagen: "Das ist meins." Und die Betroffenen wissen sich nicht zu wehren.

Aber es gelingt einfach nicht, diesen Grundsatz zu ändern und dann eine Zusatzklausel hinzuzufügen, um auch für ursprüngliche Eigentümer aus dem Westen eine faire Regelung herzustellen. Es gelingt nicht; übrigens - das sage ich jetzt mit aller Naivität immer mit Hinweis auf das Grundgesetz. Ich habe inzwischen gelernt, erlauben Sie mir diese Polemik, daß das Recht auf Eigentum offenbar der wichtigste Artikel des Grundgesetzes ist. Darauf bezieht sich jedenfalls die Mehrheit der Zwischenrufe bei meinen Reden. Wenn ich dann auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinweise, zeigt sich, daß dieses Argument nicht sehr gern gehört wird.

Da ist schon eine Fetischisierung des Eigentums und ein Besitzindividualismus zu beobachten; eine eigentümliche Abstraktion solcher Grundrechte gegenüber den tatsächlichen menschlichen Verhältnissen im Osten Deutschlands. Aber das Grundgesetz ist unantastbar, gleichgültig, was in der Gesellschaft vor sich geht und welche Probleme zu bewältigen sind.

Ich wechsele wieder das Feld und spreche über Abwicklungen. War dies das Wort des Jahres? Jedenfalls ein Phänomen, das viele Menschen betrifft und erregt. Es gibt viele Leute, auch viele westdeutsche Politiker, die sich immer wieder einmal lobend über Authentizität und ähnliches äußern, daß es Institutionen und Formen geben müsse, in denen der Wandlungsprozeß - oder soll ich sagen: der Verabschiedungsprozeß - der DDR-Bürger von ihrer eigenen Vergangenheit Raum und Zeit haben müsse. Aber wenn es dann um eine konkrete Entscheidung geht, wird eben für den Deutschlandfunk entschieden und gegen den Deutschlandsender Kultur. Ich gehöre nicht zu denen, die den Deutschlandsender Kultur in den Himmel heben wollen, aber er war einer der wenigen Medien, der den Umwandlungsprozeß bei uns nicht nur begleitet, sondern auch an sich selber durchgeführt hat. Ein sehr wichtiger Vorgang. Ich würde es jedenfalls außerordentlich bedauern, wenn man das abbräche.

Was mich dabei aber vor allem irritiert, ist die damit verbundene Argumentation, wenn es etwa heißt, der Deutschlandfunk müsse nun auch in Sachsen UKW-Frequenzen erhalten, weil er sich - das ist unbestreitbar - Verdienste um den Zusammenhalt der Nation und die deutsche Einheit erworben hat. Damit wird jedoch ein anderes Medium beschädigt, das sich ebenfalls Verdienste in diesem wichtigen Umwandlungsprozeß erworben hat, sicher viel später, aber die Gründe brauche ich hier ja nicht zu diskutieren. Und natürlich fällt die Entscheidung für ein westdeutsches Medium und gegen ein ostdeutsches. Das berührt mich, um es nicht deutlicher zu sagen. Hier haben sich bestürzende Selbstverständlichkeiten durchgesetzt.

Man kann es auch so sagen: Beim MDR sitzen Ostdeutsche immer in der zweiten Reihe. Darauf laufen jedenfalls die Entscheidungen hinaus. Daran ist nichts zu deuteln. Die neuen Führungspositionen werden selbstverständlich von Westdeutschen besetzt, ihre Stellvertreter dürfen Ostdeutsche sein. In Brandenburg haben sich ähnliche Dinge wiederholt.

Ich wechsele noch einmal das Feld, um noch einiges über Vorgänge im Bereich der Kultur, wo ich mich ein wenig besser auskenne, zu sagen. Natürlich verstehe ich, daß es überall an Geld fehlt und es auch kaum gelingen wird, jenen schwer erkämpften Betrag von 900 Millionen D-Mark, den das Bundesinnenministerium im vergangenen Jahr für die Kultur bei uns zur Verfügung gestellt hat, auch in diesem Jahr aufrechtzuerhalten. Der Betrag wird nach und nach gesenkt werden. Dabei wissen wir, daß unsere Länder nicht in der Lage sind, in absehbarer Zeit ihre kulturelle Verantwortung wahrzunehmen - jedenfalls nicht in dem erforderlichen Umfang;- , weil dafür ihre Einnahmen nicht ausreichen. Dies klarzumachen ist selbst in meiner eigenen Fraktion schwierig, weil sofort die Finanzexperten aufstehen und sagen: Was du da forderst, ist unseriös; das kann niemand bezahlen. Und finanzielle Seriosität ist nun einmal das wichtigste Aushängeschild jeder größeren Partei. So fühlt man sich reichlich komisch mit solchen Forderungen, obwohl ja in der Öffentlichkeit immer wieder Einigkeit darüber beschworen wird, daß Kultur einer der wichtigsten Bereiche für den Prozeß des Zusammenwachsens ist. Wenn es dann konkret wird, schlagen die finanziellen Argumente natürlich stärker zu Buche.

Ein letztes Beispiel. Es wird derzeit viel über Auseinandersetzungen an der Humboldt-Universität um den Rektor Heinrich Fink geredet und geschrieben. Was daran irritiert, ist nicht, daß sich hier ein Rektor mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen sucht; das ist sein gutes Recht. Das eigentlich Bestürzende an dem Vorgang ist, welche Art von Identifikation da stattfindet. "Alle für Heiner", oder wie die entsprechenden Slogans heißen. Bärbel Bohley hat zu Recht ihr Erschrecken darüber geäußert, daß den Studenten offenbar gar nicht bewußt ist, daß sie mit "Heiner" einen Decknamen verwenden, ob dieser nun für Fink zutrifft oder nicht. Worauf es mir ankommt, ist, daß man sich hier mit jemandem identifiziert in erster Linie, um den Status quo zu verteidigen. Ob der Senator im einzelnen richtig gehandelt hat: über Formfragen kann man immer streiten. Das ist sicher auch eine Frage des politischen Geschmacks. Letztlich geht es dann darum, ob jemand Recht bekommt oder nicht.

Was aber die Verteidigung des Status quo an der Universität angeht, erscheinen mir die Studenten plötzlich auf eine bestürzende Weise konservativ. Fink ist ihnen so lieb, und man muß sich unbedingt mit ihm identifizieren, weil er als Garant erscheint, daß sich nicht alles auf so abrupte, schmerzliche Weise ändern muß, wie in anderen Bereichen der Gesellschaft. Ich sehe das also kritisch, wenn auch zugleich mit einem gewissen Verständnis. Das ist auch eine Angstreaktion, die Angst vor Überforderung.

Nach diesen unordentlichen, disparaten Beobachtungen über Ungereimtheiten, Ungleichgewichte, Fremdheiten in Deutschland, will ich jetzt einige interpretierende Bemerkungen hinzufügen.

Der erste Akt der deutschen Einigung ist vorüber. Er war leider - aber, wie ich weiß, mit einer gewissen Unausweichlichkeit - die Stunde der Technokraten und des politischen Managements. Die deutsche Einigung ist, wenn ich an die Kräfteverhältnisse denke, von anderthalb Regierungen ausgehandelt worden. Die Parlamente und der Bundesrat konnten noch ein wenig mitreden. Das war es.

Wie oft haben mir auf politischen Veranstaltungen, zumal im Westen Deutschlands, gerade junge Leute gesagt: Was wollen Sie, wir sind doch auch nicht gefragt worden. Hier sehe ich ein bestimmtes Defizit im Einigungsprozeß. Die Bürger waren nicht recht dabei; denn in den Wahlen ging es nicht nur um die Einheit, sondern auch um viele andere Fragen. Das Einverständnis der Bürger, ihre politische Mitwirkung waren in dem ersten Akt nicht sonderlich gefragt. Um so mehr müßten sie jetzt im zweiten Akt gefragt werden.

Ungenutzt blieb die historische Möglichkeit, den Einheitsprozeß als gemeinsame identitätsstiftende Leistung zu begreifen und in dieser Weise fortzuführen. Diese Erfahrung einer Solidargemeinschaft, die wir mühselig genug - auch wenn das nach außen nicht sonderlich sichtbar wurde - über 40 Jahre gemacht haben und die mir in der Begeisterung des Herbstes 1989 als ein wirkliches Geschenk erscheinen will, das allerdings in immer weitere Ferne rückt, konnte im Gesamtdeutschland bisher nicht erlebt werden. Das ist ein Defizit, für das wir in Deutschland zu bezahlen haben, mindestens mit Übellaunigkeit, wenn nicht mit Schlimmerem. Das sage ich ohne Vorwurf. Es war halt ein Wahljahr, und es ging immer auch um Taktik im Kampf um politische Marktanteile.

Aber das Ergebnis ist folgenreich. Wolf Lépenles spricht in diesem Zusammenhang für den Westen Deutschlands von der "Folgenlosigkeit einer unerhörten Begebenheit". Im Osten Deutschlands redet man dann halt von "Sozialkolonialismus", eine Formulierung von Friedrich Tegmann. Was wir jetzt auf beiden Seiten erleben, nach der euphorischen Phase, nach falschen Hoffnungen, Ernüchterung, Enttäuschung, Politikmüdigkeit, ist etwas, was ich Überforderungsängste nenne.

Im Westen scheint dies eher die Angst auf einer unteren Ebene zu sein, daß die Kosten der Einheit zu hoch sind und sich negativ auf den eigenen materiellen Lebensstandard auswirken werden. Was mich indes mit mehr Irritation erfüllt, ist die eigentümliche Sorge im Westen, daß auch der kulturelle, der zivile, der liberale Standard der Bundesrepublik Deutschland durch "die da im Osten" gefährdet wird. Diese Besorgnis findet sich überraschenderweise gerade bei linken Intellektuellen. Als Beweis dafür gelten dann etwa die schrecklichen ausländerfeindlichen Exzesse, die auf einmal derart interpretiert werden, so als führe die Einigung Deutschlands zu einem Rückfall hinter schon erreichte kulturelle und liberal-politische Standards.

Im Osten sind die Überforderungsängste sehr existentiell geprägt: Wird man sich im Einigungsprozeß behaupten können? Kann ich meinen Arbeitsplatz behalten? Werde ich meine Wohnung bezahlen können? Was sind meine beruflichen Erfahrungen noch wert? Wie steht es um meine sozialen Erfahrungen, die ich in einer Mangelgesellschaft, in einer Notgemeinschaft gegen Unterdrückung erworben habe? Was taugen die noch in einer offenen Gesellschaft, die zugleich eine Konkurrenzgesellschaft ist, in der Selbstdarstellung, Durchsetzungsvermögen, auch der Einsatz von Ellbogen gefragt sind? Ich rede gar nicht von den weltanschaulichen Überzeugungen und Identifikationen mit dem vorherigen System, wie unterschiedlich diese gewesen sein mögen. Aber selbst diejenigen, die ein sehr kritisches Verhältnis zur DDR hatten, sind durch sie geprägt und haben daran zu laborieren. Es spricht sich so leicht von einem Verein von Wendehälsen, wenn diejenigen, die das, was vorher gewesen ist, nicht verleugnen wollen, es unendlich viel schwerer haben.

Was beiden Seiten auch gemeinsam ist, ist das mehr oder minder deutliche Gefühl, irgendwie sei das Ende der Gemütlichkeit gekommen. Man hatte sich hinter der Mauer eingerichtet, im Osten sicherlich viel ungemütlicher, aber auch im Westen hatte man sich eingerichtet. Das konnte man in Berlin erleben, nachdem die Mauer offen war und man durch Kreuzberg ging, wie erbost sie dort waren, als der Wind plötzlich von Osten in die Szene hineinwehte. Das, was im Herbst 1989 und Anfang 1990 noch als verheißungsvoll offene Zukunft erschien, wirkt auf immer mehr Menschen inzwischen bedrohlich. Dabei sind die Probleme der deutschen Einigung ja noch verhältnismäßig klein gegen das, was aus Osteuropa auf uns zukommt und wie die Zukunft der ehemaligen Sowjetunion aussehen wird, von der Nord-Süd-Problematik ganz zu schweigen.

Das Gefühl des Endes der Gemütlichkeit, verbunden mit den Überforderungsängsten, die ich etwas holzschnittartig zu skizzieren versuchte, führt zu jener Forcierung von Vorurteilen gegeneinander, die wir erleben. Dabei werden durchaus vorhandene Unterschiede wahrgenommen, aber bis zu Karikaturen überzeichnet. Besser-Wessi und Jammer-Ossi sind noch die harmloseren Varianten. Solchen Urteilen liegen immer tatsächliche Erfahrungen zu Grunde, deren Übersteigerung aber Ängste signalisieren.

Seebacher-Brandt

Wenn ein ausländischer Gast diesen beiden Vorträgen zugehört hätte, würde er sich vermutlich fragen: Warum haben die Deutschen all diese Anstrengungen gemacht zusammenzukommen, wenn das Ergebnis jetzt so schrecklich ist?

Ich schlage vor, daß in einer ersten Runde jeder das vorbringt, was ihm zu unserem Thema durch den Kopf geht und wozu ihn die beiden Referate angeregt haben.

In einer zweiten und dritten Runde sollten wir uns dann mit den beiden Themen beschäftigen, die nicht nur bei Herrn Biedenkopf und Herrn Thierse die größte Rolle gespielt haben, sondern die auch die aktuelle Debatte in unserem Land bestimmen. Das eine betrifft die Vergangenheitsbewältigung, die uns sicher noch einige Zeit in Atem halten wird, bevor es, entsprechend dem Gesetz der Mediengesellschaft, von einem anderen Thema abgelöst werden wird. Aber es muß ja Gründe haben, wenn ein Thema so beherrschend wird, und deshalb sollten wir diesem Reizthema nicht ausweichen.

Das andere bezeichnet jenes Gebiet, dem, trotz aller anderen Aufgeregtheiten, die größte Bedeutung zukommt, nämlich die Ökonomie. Vielleicht lohnt sich auch ein Streit, wie wichtig oder unwichtig beide Themen im Prozeß des Zusammenwachsens tatsächlich sind. In jedem Fall ist die Wirtschaft der Bereich, der am weitesten in die Zukunft weist. Möglicherweise finden wir es einstweilen bequemer, den Blick zurückzuwenden. Vielleicht haben wir gar das Rechnen verlernt? Immerhin, in beiden Vorträgen ist wenig vorausgeschaut, aber viel beschrieben worden.

de Maizière

Ich meine, besonders bei Wolfgang Thierse - ich hoffe, er nimmt mir diese Bemerkung nicht übel - wurde deutlich, wie sehr die Ostdeutschen mit einem gebrochenen Selbstbewußtsein in den

Einigungsprozeß hineingehen. Dies zeigt sich auch an Formulierungen wie "Beitrittsgebiet" oder "ehemalige DDR", wie es uns ständig entgegenschallt. Ich spreche grundsätzlich nur von der DDR. Wir sagen ja auch nicht "ehemalige Weimarer Republik" oder "ehemaliges Deutsches Reich". Bei der DDR wird von "ehemalig" geredet, als ob man sie endgültig hinter sich gelassen und mit ihren Problemen nichts mehr zu tun hätte.

Eine der großen Schwierigkeiten in diesem Einigungsprozeß sehe ich darin, daß hier laufend Ungleiches gleich behandelt wird. Es gibt ja verschiedene Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die eben darin eine gravierende Verletzung des Gleichheitsprinzips erkennen.

In diesem Zusammenhang lautet meine erste Frage: Gibt es eine spezifische Verantwortung des Staates für die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland, etwa für die Industriepolitik, für das, was sich in der Großindustrie, in der Treuhand tut und ähnliches mehr? Und wie verhält es sich mit einer solchen Verantwortung für die Landwirtschaftspolitik? Wir erleben in den letzten Wochen, daß es vielen LPGs - etwa einem Drittel - nicht gelungen ist, den Übergang in eine neue Rechtsform zu finden und sie infolgedessen am 1. Januar 1992 in die Liquidation gegangen sind. Damit werden schätzungsweise ein Drittel der Flächen nicht mehr bearbeitet. Die Folge wird eine Verwüstung der Landschaften sein, wie dies etwa in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg der Fall war. Brandenburg wies im letzten Jahr bereits zu 40 Prozent Brachland auf, und zwar einfach liegengelassene Flächen, in denen die Erosion, auf Grund der vorherigen schlimmen Landwirtschaftsstrukturen, weiter fortschreitet.

Was hier fehlt - das gilt gleichermaßen für die Mittelstandsentwicklungen;- sind besondere Schutzvorschriften für die ostdeutsche Wirtschaft, die sich derzeit zwischen noch halb Volkseigentum und noch nicht dem Markt angepaßt bewegt. Auch die gesetzgeberischen Bemühungen haben hier wenig bewirkt. Es ist bisher jedenfalls nicht gelungen, in Ostdeutschland funktionsfähige wirtschaftliche Einheiten zu schaffen. Was wir nach der bisherigen vertikalen Abspaltung jetzt erleben, ist gewissermaßen eine horizontale Aufspaltung, indem Liegenschaften unabhängig vom Betriebseigentum verkauft werden und die betreffenden Betriebe dann zwangsläufig in die Brüche gehen, weil sie keine Besicherungsmöglichkeiten mehr haben. Die Gewerbemieten steigen exorbitant, und die Großen nutzen alle Möglichkeiten, auf diesem Wege den noch vorhandenen Mittelstand zu ruinieren.

Ich kenne zum Beispiel den Fall einer ehemaligen PGH-Bäckerei am Prenzlauer Berg, die jetzt von zwei großen Westanbietern eingerahmt wird, welche die PGH fraglos in die Knie zwingen werden. Das heißt, hier treten Westkartelle gegen Ostunternehmen an. Solche Tatbestände sind von erheblicher Bedeutung, wenn es um das Selbstbewußtsein der Menschen im Osten geht. Und wenn der Osten auf Dauer zum Subventionsgebiet wird, werden im Westen immer mehr Leute sagen: Warum sollen wir ständig für die "faulen Koppe" im Osten bezahlen?

Wie steht es des weiteren um die Entwicklung der Strukturen auf dem Gebiet der Wissenschaften? Welche Akademieinstitute sind zu halten und welche müssen aufgelöst werden? Läuft die jetzige Entwicklung darauf hinaus, daß sich die beweglicheren, innovativeren Wissenschaftler allmählich links der Elbe ansiedeln und den Osten verlassen oder schon verlassen haben? Wie steht es um eine grundlegende wissenschaftliche Analyse der wirtschaftlichen Situation im Osten Deutschlands? In der DDR gab es tausend Lehrbücher, in denen zu lesen war, wie man von einer kapitalistischen Wirtschaft zu einer sozialistischen gelangt. Es gibt heute nicht ein einziges Buch der bundesdeutschen Wirtschaftswissenschaft, das den umgekehrten Weg aufweist, wie man nämlich eine sozialistische in eine Marktwirtschaft verwandelt und dies auf eine sozial und ökonomisch verträgliche Weise. Statt dessen streiten sich die Herren Fachwissenschaftler über minimale Unterschiede ihrer jeweiligen Schulen, während sie die eigentliche große Aufgabe der Umwandlung einer gesamten Volkswirtschaft von planwirtschaftlichen Kommando- in marktwirtschaftliche Strukturen völlig außer acht lassen.

Es war schon die Rede vom Aufeinandertreffen zweier unterschiedlicher Erlebnis- und Erfahrungswelten. Die Dinge, die bei uns etwas galten, nämlich eine gewisse Bescheidenheit, ein Sich-mitverantwortlich-Fühlen für den Nachbarn, generell ein größeres Wir-Gefühl wirken sich jetzt, wo es darum geht, sich mehr gegeneinander durchzusetzen, eher hemmend aus. In der Volkskammersitzung am 22. August 1990, die Kurt Biedenkopf erwähnte, schloß Wolfgang Thierse seinen Redebeitrag mit den Worten: "Wir sollten wohl ja sagen; denn schließlich fallen wir nicht unter die Räuber." Viele im Osten haben heute das Gefühl, daß genau dies inzwischen zum Teil eingetreten ist. Das, was im Osten Deutschlands zur Zeit stattfindet, erinnert ein wenig an ursprüngliche Kapitalakkumulation und Landnahme im Osten.

Gegen die finanzkräftigen Investoren aus dem Westen haben östliche Alternativmodelle, wie zum Beispiel das Management buy out, also die Übernahme von Betrieben durch die Belegschaften, keine Chance. Da werden dann zwar Arbeitsplatzgarantien vertraglich zugesichert, aber anschließend wird von niemandem überprüft, ob diese auch eingehalten werden. Ich weiß von zahlreichen Fällen, wo Betriebe kurze Zeit später samt Liegenschaft weiterveräußert wurden und kein Mensch sich mehr um die ursprünglichen Zusagen kümmert. Meine Sorge ist, daß die vom Ansatz her richtige Überlegung einer Vorfahrtsregelung gemäß Paragraph 3a des Vermögensgesetzes außerordentlich mißbräuchlich gehandhabt wird.

Der "Sieg" des westlichen Wirtschafts- und Wertesystems hat im übrigen auch zur Folge, daß kaum noch Fragen an dieses bundesrepublikanische System gestellt werden, wie das in den letzten 20 Jahren durchaus geschehen ist. Ich denke an Fragen nach den Grenzen des Wirtschaftswachstums oder der umweltverträglichen Nutzung der Ressourcen. Zählt für die wirtschaftliche Entwicklung wirklich nur die Effizienz? Zunehmender Egoismus und Materialismus und der damit verbundene Rückzug ins Private wurden beklagt. Die Krise der politischen Institutionen, der Parteien, der Kirchen wurde vielfältig beschrieben. All diese Themen sind offenbar von der Tagesordnung verschwunden angesichts der Tatsache, daß sich dieses westliche System in der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Gegenmodell als das erfolgreichere durchgesetzt hat.

Im Osten Deutschlands sehen wir uns mit dem gravierenden Problem konfrontiert, daß die Generation der über 45jährigen mit ihrer gesamten Lebens- und Arbeitserfahrung praktisch ausgegrenzt wird und auf diese Weise ein erhebliches intellektuelles Potential ungenutzt bleibt. Ich denke aber auch an die sozialen Folgen, wenn beispielsweise beide Elternteile arbeitslos werden. Was bedeutet das für die Lebensmotivation und künftigen Lebensziele der Kinder und Jugendlichen? In Berlin gibt es ganze Stadtbezirke, etwa Marzahn, wo die Arbeitslosigkeit bei 40 Prozent liegt und die Eltern ihren Kindern keinerlei Lebensorientierung mehr geben können. Die Jugendlichen treiben sich dort bis spät in die Nächte auf Straßen und Plätzen herum, ohne zu wissen, was sie miteinander anfangen sollen. Das ist eine völlig neue Situation für diese Menschen, die vordem in einem System fest eingebunden waren.

Die Frage ist, inwieweit sich das überkommene Führungswissen der alten DDR-Eliten noch nut/bringend verwenden läßt. Anderenfalls sehen wir uns einer Situation gegenüber, in der Zweitklassigkeit dominiert, die teilweise auch aus dem Westen importiert wird. Denn es sind ja nicht alles Spitzenleute, die aus dem Westen in den Osten gehen. Darunter sind auch viele Glücksritter und Leute, die im Westen nicht recht was geworden sind.

Kurt Biedenkopf erwähnte die zögerlichen Erkundungen der neuen Rechtsstaatlichkeit. Ich meine, ein neues Rechtsbewußtsein kann nur dann entstehen, wenn der einzelne die neuen Rechtsformen, die jetzt gewissermaßen über ihn gekommen sind, auch als sinnvoll akzeptieren kann. Wenn aber das Gefühl überwiegt, man habe nur lediglich eine schlimme Bürokratie gegen eine andere ausgetauscht, dann wird sich beim einzelnen Bürger kaum der Eindruck vermitteln, dies sei sinnvoll. Wenn jemand beispielsweise einen sieben Seiten langen Rentenbescheid erhält, um dann festzustellen, daß er in Zukunft drei Pfennig mehr an Rente bekommt, wird er sich sagen, es wäre besser gewesen, auf die Ausarbeitung des Rentenbescheides zu verzichten und ihm statt dessen einen Teil des Gehalts des Rentensachbearbeiters zu überweisen.

Mir ist auch völlig unerfindlich, warum es in Berlin anderthalb Jahre nach der Vereinigung immer noch nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen Ostberliner in eine Schöffenposition hineinzubringen. Das heißt, bei Straftaten, die unter den besonderen Bedingungen des SED-Staates begangen wurden oder in der jetzigen Umbruchssituation begangen werden, bleiben grundsätzlich die Leute bei der Urteilsfindung außen vor, die diese Lebenswirklichkeit aus eigener Anschauung kennen. Solche Beispiele werden von den Menschen bei uns nicht als sinnhaft empfunden.

Sicherlich, der DDR-Bürger hat es nicht gelernt, daß man Rechte nicht nur hat, sondern sie sich notfalls auch erkämpfen muß. Das ist eine völlig neue Erfahrung. Um mit dieser für unsere Bürger sehr komplizierten neuen Rechtsordnung zurechtzukommen und richtig umgehen zu können, werden dem einzelnen viel zu wenig Hilfen an die Hand gegeben.

Deshalb wiederhole ich meine Eingangsfeststellung: Es wird zu viel Ungleiches mit gleichem Instrumentarium behandelt.

Weiss

Herr Thierse hat die negativen Pauschalurteile gewisser Medien über die ostdeutsche Bevölkerung zitiert und zugleich beklagt, daß Personal- und Standortentscheidungen häufig zum Nachteil der Ostdeutschen ausfallen.

Was darin nicht zuletzt zum Ausdruck kommt, ist die deutliche Zunahme eines latenten allgegenwärtigen Mißtrauens in unserer Gesellschaft, die ich mit Sorge beobachte. Die Westdeutschen mißtrauen den Ostdeutschen, entsprechend mißtrauen die Ostdeutschen den Westdeutschen, und die Ostdeutschen untereinander mißtrauen sich auch. Bei den Ostdeutschen geht es sowohl um ihre fachliche Kompetenz, als auch um ihre moralische Integrität - verständlich angesichts der täglichen Schreckensmeldungen aus den Stasi-Archiven. Kaum eine Bevölkerungsgruppe der DDR bleibt davon verschont, ob Politiker, Theologen, Wissenschaftler, Kantoren oder Rektoren. Aber ist es gerechtfertigt, hier mit einem pauschalen Vertrauensentzug zu reagieren? Bequemer ist es allemal; man geht kein Risiko ein und ist vor möglichen Enttäuschungen sicher.

Mit einem solchen Verhalten sind aber erhebliche Gefahren verbunden. Denn fehlendes Vertrauen auf einer Seite erzeugt automatisch Mißtrauen auf der Gegenseite. Damit wird aber die Basis der Zusammenarbeit beim Wiederaufbau beschädigt. So werden zum Beispiel jegliche Vorschläge, Empfehlungen oder auch Handlungen ostdeutscher Wissenschaftler, die der Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen dienen, mißtrauisch kontrolliert, hinterfragt und im Zweifelsfall -und das ist die Regel - vertagt. Ein anderes Beispiel erwähnte Herr de Maizière mit den Schöffen in Berlin.

Ein solcher Vertrauensentzug lahmt auf die Dauer jede Initiative und führt zur Resignation. Schlimmer noch: Man ist mitunter versucht, sich nun auch so aufzuführen, wie man uns immer unterstellt, also zum "Jammer-Ossi" zu werden und sich inkompetent und dumm zu stellen. Ich kann also das Mißtrauen zwar verstehen, aber es ist gefährlich und kränkt mich und viele andere tief.

Nun bin ich kein "Jammer-Ossi". Deswegen möchte ich mit einem Vers von Annemarie Bostroem schließen - aus "Terzinen des Herzens";-, den ich leicht abgewandelt habe: Ich werde nie um Ihr Vertrauen betteln, ich fordere es - mein Recht und Ihre Pflicht.

Müller-Groeling

Was uns in mehrfacher Weise trennt, ist unsere Geschichte. Zweifellos haben die letzten 40 Jahre viel Trennendes zwischen den beiden Teilen Deutschlands bewirkt, und es wird wohl eine lange Zeit dauern, bis Gräben und Denkblockaden, die zum Beispiel durch die langjährige Monopolstellung der marxistischen Theorie in der DDR verursacht wurden, überwunden sind. Das ist keine Frage von bekennenden Marxisten, die wir gegenwärtig in relevanter Zahl kaum noch antreffen dürften. Vielmehr sind es bestimmte Thesen und Denkweisen, die Bestandteil des marxistischen Dogmengebäudes gewesen sind und sich jetzt - aus dem System herausgelöst - als verbreitete Denkgewohnheiten (im Zeitgeist sozusagen) niedergeschlagen haben. Diese "ingesickerten" Vorstellungen auf wirtschaftlichem, aber auch auf politischem Gebiet zu korrigieren, wird nicht ganz gelingen. Es wird Anpassungen geben, die auch die alte Bundesrepublik verändern, ob wir das mögen oder nicht.

Aber das Trennende reicht sogar noch weiter zurück. Ein Beispiel dafür ist die unbewältigte Geschichte, betrifft die gemeinsame, gewissermaßen gesamtdeutsche Verantwortung für den Nationalsozialismus, die es aufzuarbeiten gilt. Worum es hier geht, ist, daß man sich auch in Ostdeutschland diesem gemeinsamen Teil der Geschichte stellt und anerkennt, daß sich die ehemaligen Nazis nach 1945 nicht alle in Westdeutschland konzentriert haben, während sich Ostdeutschland jeder Verantwortung für die Nazi-Verbrechen und die Folgen der Nazi-Herrschaft und der dadurch notwendigen Reflexion entziehen kann.

Auf der anderen Seite wird vielleicht vergessen, daß auch wir Westdeutschen aus den letzten 40 Jahren einiges zu bewältigen haben. Dabei denke ich weniger an die gelegentlich hochgespielte Tatsache, daß Erich Honecker auch von Helmut Kohl ein freundlicher Staatsempfang bereitet wurde, oder an gewisse Pikanterien, in die westdeutsche Würdenträger verwickelt waren, sondern an den unbestrittenen Tatbestand, daß wir es zugelassen haben, daß die Existenz des Staates DDR in seiner konkreten Ausprägung ganz gravierende Auswirkungen auf die Bundesrepublik gehabt hat, indem wir bestimmten, nennen wir es ideologischen, Beeinflussungen erlegen sind.

Wer hat denn bei uns über all die Jahre die Rechte der Ostdeutschen verteidigt und eingefordert? Wie stand es beispielsweise um unsere Forderung etwa nach Wiedervereinigung? Wer diesen Begriff verwandte, galt doch in den letzten Jahren geradezu als kalter Krieger. Oder ich denke an den Streit über die Finanzierung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, der westdeutsche Landesregierungen die Finanzmittel versagten, oder an den Vorschlag zur Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, der ja die Bewohner der DDR praktisch ihrem Staate völlig ausgeliefert hätte. (Wieso eigentlich ist der Begriff "Wendehals" nur in den neuen Bundesländern geläufig?)

Was hätte wohl ein Wirtschaftswissenschaftler zu hören bekommen, der den tatsächlichen Zustand der DDR-Wirtschaft dargelegt hätte? Ich gebe allerdings zu, daß die Wirtschaftswissenschaftler nicht erkannt haben, wie es um die Wirtschaft in der DDR de facto stand. In dieser Hinsicht hat sich unsere wissenschaftliche Ostforschung in der Tat bis auf die Knochen blamiert. Woran das gelegen hat, ist mir selber ein Rätsel, zumal ja gegenüber der DDR keinerlei Sprachbarrieren bestanden. Da tröstet es wenig, daß auch bekannte Publizisten und Politiker an der Entwicklung in der DDR gleichfalls nur sahen, was sie sehen sollten.

Fest steht indes, daß man sich mit einer realitätsnahen Darstellung in der Bundesrepublik wenig Freunde gemacht hätte. Man braucht sich ja nur vorzustellen, welche Resonanz etwa die Veröffentlichung eines dringend erforderlichen Konzepts der wirtschaftlichen Wiedervereinigung in "SPIEGEL", "ZEIT" oder "STERN" gefunden hätte. Im gewissen Sinne haben wir vor lautem politischen Realismus die Realität übersehen. Wir haben uns den Schneid abkaufen lassen und die Erkenntnis, daß zu einem vernünftigen Realismus immer auch ein Stückchen Utopie gehört. Das haben wir aufzuarbeiten, und wenn wir uns davor drücken, wird dies dem Vereinigungsprozeß nicht förderlich sein.

Schmidt

Es gibt aber aus den sechziger Jahren wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen und Vorstellungen darüber, wie die Vereinigung Deutschlands zu bewerkstelligen sei. Ich denke etwa an das DIW in Berlin. Auch in der SPD hat man Ende der fünfziger Jahre erhebliche Überlegungen angestellt - etwa im Deutschlandplan;- , wie die Vereinigung ökonomisch aussehen könnte.

Müller-Groeling

Das ist sicher richtig, diese Überlegungen und Pläne gab es, aber das ist zum Teil mehr als ein Vierteljahrhundert her. In der relevanten Periode der siebziger, achtziger und neunziger Jahre sind mir solche Pläne nicht bekannt, und vor allem habe ich keine Erklärung dafür, daß es westdeutschen Ostforschern nicht gelungen ist festzustellen, in welchem desolaten Zustand die Wirtschaft der DDR war.

Schmidt

So desolat war dieser Zustand doch gar nicht. Unter den Bedingungen der Planwirtschaft und verglichen mit der Wirtschaft der Sowjetunion oder Polens funktionierte die DDR-Wirtschaft sogar hervorragend. Was der ostdeutschen Wirtschaft nach der Vereinigung zum Verhängnis geworden ist, ist die Tatsache, daß sie über Nacht Teil des Gemeinsamen Marktes wurde und damit sofort der Weltkonkurrenz ausgesetzt war. Wenn man in Polen und der Tschechoslowakei das gleiche angestellt hätte, wären die heute in derselben Situation.

Müller-Groeling

Wenn Sie die DDR mit anderen Ostblockländern vergleichen, stand sie sicher nicht schlecht da. Aber wir müssen doch unsere Maßstäbe anlegen oder zumindest bedenken, unter welcher ungeheurer Beschädigung der Infrastruktur, ja des gesamten volkswirtschaftlichen Kapitals (der maschinellen Ausstattung, der Gebäude, des Verkehrssystems und nicht zuletzt der Umwelt) diese Leistung in der DDR erbracht wurde. Und ich bleibe dabei, daß unsere wissenschaftliche Ostforschung ein viel zu rosiges Bild von der Lage der DDR gemalt hat. Beispielsweise wurde die Produktivität eines Arbeiters in der DDR auf etwa 50 bis 60 Prozent eines westdeutschen Arbeiters geschätzt, was ja auch nicht eben viel ist. In Wirklichkeit betrug sie aber nur 30 bis 35 Prozent, und das bei einer Produktpalette, die auf dem freien Markt sowieso nicht verkäuflich gewesen wäre. Was ist eine solche Produktivitätsaussage wert? Aber natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, daß eine solche Roßkur, wie wir sie (wahrscheinlich notgedrungen) der Wirtschaft des Beitrittsgebietes zugemutet haben, auch eine stärkere Volkswirtschaft in die Knie gezwungen hätte. Das ist aber von der großen Mehrheit der westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler sehr wohl erkannt worden, auch wenn manchmal von interessierter Seite das Gegenteil behauptet wird.

Noch kurz zu einem anderen Problem. Herr Thierse hat schon daraufhingewiesen, daß wir der DDR im Zuge des Vereinigungsprozesses tatsächlich das ganze westdeutsche Rechts- und Sozialsystem und auch all die unkodifizierten Normen einfach übergestülpt haben, die wir im Westen ganz selbstverständlich handhaben. Die unausweichliche Folge ist, daß die Ostdeutschen alles neu lernen müssen, und es gibt eine ganze Menge zu lernen, wenn man sich in ein völlig neues und anderes Rechts- und Normensystem hineinfinden muß. Wie soll es aber angesichts dieser ungleichgewichtigen (Beitritts-)Situation zu einer Gleichberechtigung zwischen West- und Ostdeutschen kommen? Doch

sicher nicht so, daß wir das Rechtssystem der DDR erst wiederherstellen, um dann gleichberechtigt miteinander über ein gesamtdeutsches Rechtssystem oder eine gemeinsame Verfassung zu verhandeln.

Ich meine -und da bin ich weit weniger pessimistisch als viele andere;- , die erforderliche Erfahrung wird sich ziemlich bald einstellen, und erwünschte Änderungen wird man über demokratische Mehrheitsentscheidungen anstreben müssen. Das wird den möglichen Nebeneffekt haben, daß auch am Rhein langsam bemerkt wird, daß es die alte Bundesrepublik nicht mehr gibt.

Schmidt

Zu Kurt Biedenkopfs Rückblick auf die Phasen der deutschen Geschichte will ich nur eine Fußnote hinzufügen. Ich meine, wir sollten aus der gemeinsam durchlebten Geschichte seit 1870 nicht vergessen, daß damit zwei verlorene Kriege verbunden waren - der Zweite Weltkrieg totaler als der Erste;- , die im Bewußtsein der Deutschen eine große Rolle spielen. Hinzu kommt für die um 1925 und früher Geborenen noch das gemeinsame Erleben einer totalen Diktatur, während die Ulbricht-Diktatur im Westen Deutschlands kaum miterlebt wurde.

Um aber nicht in die Tendenz zur deutsch-deutschen Nabelschau und Larmoyanz zu verfallen, möchte ich der Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins einmal den Vergleich mit anderen Ländern gegenüberstellen. Was haben die Polen alles durchstehen müssen im Laufe der letzten 200 Jahre ihrer Geschichte. Mit der Kumpanei zwischen Stalin und Hitler sind es vier Teilungen gewesen, plus der Verschiebung großer Teile des polnischen Volkes durch Stalin nach 1945. Als Nation haben die Polen in diesen 200 Jahren gerade von 1919 bis 1939 und nach 1945 unter einer von der Sowjetarmee gestützten kommunistischen Diktatur gelebt.

Oder schauen Sie sich die drei baltischen Völker an, die Esten, die Litauer und die Letten. Was haben die im Laufe ihrer vielhundertjährigen Geschichte an nationaler Einheit erlebt? Ganze 22 Jahre, nämlich von 1919 bis 1941. Oder die Finnen, deren Nationalstaat auch erst seit 1919 existiert. Die Ungarn, ein Volk mit einer über tausendjährigen Geschichte - wie sah deren nationalstaatliches Schicksal in den verschiedenen Epochen ihrer Geschichte aus? Und unter welchen äußeren Bedingungen haben die Tschechen ihre nationale Identität bilden können? Vor 1919 hat es diese Identität jahrhundertlang nicht gegeben. Dann wurde 1919 ein Kunststaat aus Slowaken und Tschechen geschaffen, die eigentlich gar nicht zusammengehören. Schließlich erwähne ich noch das nationale Schicksal der Slowaken, der Slowenen und der Kroaten in den letzten 200 oder sogar 500 Jahren ihrer Geschichte.

Ich sehe also überhaupt keinen Grund, daß wir Deutsche dauernd über unsere zerrissene Geschichte lamentieren, wenn man diese einmal mit unseren östlichen Nachbarvölkern vergleicht. Kein Volk in Ost-Mitteleuropa hat in den letzten 200 Jahren eine gradlinige Entwicklung seines Nationalstaates erlebt.

Den Hinweis auf unsere östlichen Nachbarn verbinde ich mit der Frage: Wie packen die denn ihre ökonomischen Umstrukturierungsprobleme an? Und wie versuchen sie, die Probleme ihrer jüngsten Vergangenheit zu bewältigen? Ökonomisch sind deren Probleme ja durchaus vergleichbar mit denen in der alten DDR. Diese Staaten haben gegenüber der DDR nur den einen entscheidenden Nachteil, daß ihnen die finanzielle und sonstige Hilfe der "Wessis" fehlt, was ihren wirtschaftlichen Aufbau unendlich viel schwieriger und langwieriger macht.

Ihr Vorteil ist, ich habe darauf vorhin schon verwiesen, daß sie nicht von einem Tag auf den anderen den Regeln der freien Konkurrenz auf den Weltmärkten unterworfen wurden, so wie das hier mit der Einführung der D-Mark geschehen ist. Ich kritisiere das nicht; denn auch ich sage, daß es keine andere Wahl gegeben hat. Allerdings hätte dieser Gewaltakt von einer Reihe wirtschafts- und finanzpolitischer Gesetze begleitet werden müssen, die nicht erfolgt sind. Da liegen schwere Versäumnisse.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen, der bei Herrn Müller-Groeling anklang. Ich habe zu denjenigen gehört, die nie den Anspruch auf die Wiedererrichtung eines deutschen Nationalstaates aufgegeben haben. Ich habe diesen Anspruch auch stets nach außen vertreten - zurückhaltend in der Form, aber eindeutig - sowohl gegenüber den Sowjets, den Polen und gegenüber Herrn Honeckerais auch gegenüber Amerikanern, Franzosen oder Holländern. Ich habe mich also nie mit den Gegebenheiten abgefunden - und ich bin ganz gewiß in der politischen Klasse unseres Landes keine Ausnahme gewesen.

Ich habe allerdings nicht daran geglaubt, daß sich zu meinen Lebzeiten am Zustand der deutschen Teilung etwas ändern würde. Auch in der DDR hat es Menschen gegeben, die sich mit der Teilung

nicht abfinden wollten, auch wenn sie sich öffentlich nicht dazu äußern konnten. Mit anderen Worten: Der Wille der Einheit ist auf beiden Seiten vorhanden gewesen, auch wenn er im Laufe der Jahrzehnte allmählich schwächer wurde, weil die nachwachsenden Generationen auf beiden Seiten sich zwangsläufig weniger am gesamtdeutschen Schicksal orientierten als etwa meine Generation. Das liegt nicht zuletzt an der Erziehung durch die Umwelt, in der die jungen Menschen aufwachsen.

Ich will noch ein Wort zu der lang und breit geführten öffentlichen Diskussion sagen, wem denn nun das Hauptverdienst an der deutschen Einheit zukommt. Die einen nennen hier Bundeskanzler Kohl. In Ostdeutschland meinen viele, es seien die Menschen in Leipzig und anderswo gewesen - die von Herrn Thierse apostrophierten "Revolutionäre". Wieder andere, meistens Linke in Westdeutschland, wollen Gorbatschow dafür in den Himmel heben, weil sie nicht zugeben können, daß Kohl dabei tatsächlich eine große Rolle gespielt hat.

Ich meine, hier sollte man die geschichtlichen Zusammenhänge nicht außer acht lassen. 1961 hatte Chruschtschow die Mauer bauen lassen und versucht, den Amerikanern auf Kuba Atomraketen vor die Haustür zu stellen, sowie der westlichen Welt verkündet: Wir werden euch alle in den Sack stecken. Auf diesen Poltergeist folgte der zwar etwas moderatere, aber im Kern nicht weniger aggressive Breschnew, gegen den der Westen 1967 die Doppelstrategie der "Harmel-Doktrin" entwickelte. Darin bekundete der Westen einerseits seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Sowjets insbesondere auf dem Felde der Rüstungsbegrenzung. Auf der anderen Seite machte der Westen aber auch unmißverständlich klar, daß er bereit und in der Lage war, sich massiv zu verteidigen.

Nur auf dieser Basis wurde die Ostpolitik der Großen Koalition und vor allem dann der sozial-liberalen Koalition überhaupt erst möglich. Anderenfalls wäre der Westen dagegen gewesen. Die Aufrechterhaltung der westlichen Verteidigungsbereitschaft und der erkennbare Wille zur europäischen Integration Westdeutschlands waren entscheidende Voraussetzungen dafür, daß dieser Prozeß in Gang kam.

Ich erwähne des weiteren den schwierigen KSZE-Prozeß, der 1976 zur Helsinki-Schlußerklärung führte. Nicht nur die CDU war damals dagegen, auch in Amerika - Henry Kissinger, Jerry Ford - tat man sich schwer damit. Denn es war klar erkennbar, daß Breschnew mit der KSZE die Absicht verfolgte, durch Gewaltverzichtserklärungen und dergleichen die Legitimität der nach 1945 in Osteuropa geschaffenen Grenzen zu festigen.

Da wir diese Grenzen ohnehin nicht mit Gewalt verändern wollten, setzten wir unsere Hoffnungen mehr auf den Korb 3, die Menschenrechte, wovon wir auch die Amerikaner überzeugen konnten. Und ich sage hier ganz deutlich: Erst auf der Basis von Korb 3 sind Sacharow und die Menschenrechtsbewegung in der Sowjetunion, Solidarnosc und Walesa in Polen, Havel und Charta 77 in der Tschechoslowakei und all die anderen Dissidentenbewegungen in Osteuropa, einschließlich später in der DDR, möglich geworden.

In diesen geschichtlichen Zusammenhang gehört aber auch der vielumkämpfte Doppelbeschluß um die NATO-Nachrüstung von 1979, der sich gegen die Riesengefahr der sowjetischen SS-20-Raketen wandte, die hauptsächlich auf westdeutsche Städte ausgerichtet waren und eine unerträgliche militärisch politische Nötigung für uns darstellten. Das Inkrafttreten des NATO-Doppelbeschlusses hat dann erstmalig in der Weltgeschichte zu einem Abrüstungsvertrag zweier gleichberechtigter Partner geführt, den sogenannten INF-Vertrag.

Als Gorbatschow 1985 ans Ruder kam, beabsichtigte er zwar, den Kommunismus zu reformieren, aber keineswegs abzuschaffen, sondern ihn im Gegenteil zu revitalisieren. An dieser Einstellung hat sich bei Gorbatschow bis zuletzt nichts geändert. Ihm war indes von Anfang an klar, daß die Sowjetunion ökonomisch und auch seelisch jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt hatte und dieses nicht sehr viel länger würde mehr durchhalten können. Seine Rezepte waren Glasnost auf der einen und Perestroika auf der anderen Seite. Hinzu kam die Einsicht, daß die bisherige globale Strategie sowjetischer Expansion - früher Weltrevolution genannt - aufgegeben werden müsse.

Glasnost wurde ein enormer Erfolg und verschaffte nicht nur den sowjetischen Intellektuellen die Freiheit, ihre eigene Meinung zu sagen und zu drucken, Romane zu veröffentlichen, Bilder auszustellen, die bisher verboten waren. Gleichzeitig erlaubte Glasnost aber auch den in der Sowjetunion zwangsvereinigten Nationalitäten, ihre Stimme zu erheben und ihre nationalen Interessen auszudrücken. Und was Gorbatschow den Völkern der Sowjetunion zugestand, konnte er den Polen, Ungarn, Tschechoslowaken und anderen nicht verweigern. Insofern hatte er auch keine Wahl und konnte die DDR nicht im Griff behalten. Aber die Freigabe der DDR stand ursprünglich ganz gewiß nicht in seinem Drehbuch, sowenig wie die Freigabe Polens oder Ungarns. Noch 1987/88 hat er dies

keineswegs in Betracht gezogen. Aber als es dann unausweichlich wurde, hat er unglaublich geschickt aus der Not eine Tugend gemacht und damit ein ungeheures Ansehen in der ganzen Welt erlangt.

So erfolgreich Glasnost war, so sehr wurde Perestroika ein totaler Fehlschlag, ein geradezu hoffnungsloses Unterfangen bei dem Dilettantismus, mit dem die Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft begonnen wurde. Die Folge war, daß sich die Lebensbedingungen für die 300 Millionen Sowjetbürger immer mehr verschlechtert haben. Deshalb spielte in den Überlegungen von Gorbatschow auch die Hoffnung auf westliche Finanz und Wirtschaftshilfe eine große Rolle, eine Erwartung, die bisher - mit Ausnahme der deutschen Finanzleistungen - total enttäuscht wurde.

Schlußfolgerung: Die deutsche Einheit von 1990 verdanken wir einer Reihe von Faktoren. Einer dieser Faktoren ist der totale Fehlschlag von Gorbatschows Perestroika, seiner ganzen Reformpolitik des Kommunismus. Ein zweiter Faktor sind die Freiheitsbewegungen in Ost-Mitteleuropa und in der DDR. Ein dritter Faktor ist die Entschlußkraft von Helmut Kohl, der die Gelegenheit beim Schöpfe packte - leider ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie es anschließend nicht zuletzt mit der Wirtschaft weitergehen soll und ohne die entsprechenden Schritte rechtzeitig einzuleiten. Als vierten Faktor erwähne ich die massive Hilfe durch den amerikanischen Präsidenten Bush und seinen Außenminister Baker, sowie die Duldung der Franzosen und der anderen westeuropäischen Staaten. Für manchen Franzosen - ich denke nur an meinen Freund Michel Debré - ist eine Welt zusammengebrochen.

An dieser Stelle nur einige wenige Sätze zur Wirtschaftssituation im vereinigten Deutschland. Trotz der eben erwähnten ökonomischen Versäumnisse, die seit der Arbeit am Einigungsvertrag zu beklagen sind, bin ich davon überzeugt, daß wir Ende der 90er Jahre in Ostdeutschland den gleichen Produktivitätsstandard wie in Westdeutschland und entsprechend auch den gleichen Reallohnstandard erreichen werden. Anders verhält es sich beim Wohnstandard; dort wird die Angleichung sicher länger als ein halbes Jahrhundert dauern. Selbst in Hamburg sind immer noch kriegsbedingte Baulücken zu schließen; und das bei unserer fabelhaft funktionierenden Marktwirtschaft mit ihrer enormen Kapitalbildung. Die Städte im Osten Deutschlands wieder in Ordnung zu bringen, wird sehr lange Zeit in Anspruch nehmen.

Es wird auch sehr lange dauern, bis wir Deutschen seelisch, geistig und kulturell wieder zu einer einigermaßen homogenen Nation zusammengewachsen sein werden. Ich meine, das wird ein Prozeß sein, der wohl über zwei Generationen laufen wird. Ich bin sehr zuversichtlich, daß dieser Prozeß gelingen wird, aber niemand sollte sich der Illusion hingeben, dies sei im Handumdrehen zu realisieren, wie uns einige Leute gerne weismachen möchten.

Seebacher-Brandt

Vielleicht werden durch den erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung auch die anderen Prozesse beschleunigt? Und im Gefolge wachsen die Deutschen dann doch schneller wieder zusammen, als Sie annehmen, Herr Schmidt?

Weidenfeld

Diese Form der Selbstreflexion und des Selbstzweifels, die Helmut Schmidt angesprochen hat, ist im Grunde Ausdruck unerfüllter Sehnsucht nach unbeschädigter Identität. Sie hat spezifisch deutsche Akzente, die nicht zuletzt historisch begründet sind. Wir machen uns ja auch intensiver darüber Gedanken, was andere über uns denken und von uns halten, im Unterschied zu unseren Nachbarn. Eine solche Debatte über Identität bildet einen elementaren politischen Faktor, weil damit das gesamte Set an Wahrnehmungen und Informationsfiltern einer Gesellschaft angesprochen wird.

Beiden Einführungsreferaten kann ich in fast allen Punkten zustimmen. Mir geht es deshalb darum, einmal auf jene Antinomien hinzuweisen, die aus meiner Sicht unauflösbar sind:

Das erste ist die seelische Verwundung der ostdeutschen Bevölkerung, die Herr Thierse angesprochen und ein Stückweit auch selbst bekundet hat. Diese seelische Konstellation läßt sich nicht auflösen, um eine größere Ausgeglichenheit und Eindeutigkeit zu erreichen. Es gehört zum Wesen einer totalitären Gesellschaft, daß in ihr alle Handlungen mehrdeutig sind. Dies läßt sich auch durch eine noch so intensive historische Aufarbeitung im nachhinein nicht korrigieren. Ich frage mich auch, ob solche Eindeutigkeit überhaupt sinnvoll ist, um damit gleichsam die Assoziation zu verbinden, auf diese Weise sei "die Geschichte bewältigt". Ein sensibles Geschichtsbewußtsein wird sich die Vergangenheit gegenwärtig halten und solche traumatischen Erfahrungen nicht verdrängen.

Zweitens. Das Dominanzsyndrom, das sich im Alltag, wie Kurt Biedenkopf dargelegt hat, in der unterschiedlichen Kompetenz der Beteiligten bei der Umsetzung von Politik, Recht und

gesellschaftlichen Regeln sehr handfest bemerkbar macht, ist ebenfalls unauflösbar. Über die Gesellschaft der DDR ist nicht nur eine Rechts- und eine Wirtschaftsordnung gestülpt worden. Vielmehr ist sie auch in ein Netzwerk von Regelungen einbezogen worden, die westliches Kulturgut darstellen. Das betrifft eben sehr viel mehr als nur das Rechtssystem oder die politische Ordnung, sondern umfaßt den gesamten Code des gesellschaftlichen Lebens, einschließlich der ganzen Symbolwelt. Das verschärft die westliche Dominanz.

Hinzu kommt eine gewisse Asymmetrie der Aufmerksamkeit im deutsch-deutschen Verhältnis. In der 40jährigen Geschichte der Teilung war die Aufmerksamkeit für das jeweils andere Deutschland sehr ungleich verteilt. Während im Westen diese Aufmerksamkeit im Laufe der Jahre zu einer Art abstraktem Programmsatz geriet, war in der damaligen DDR die nationale Aspiration durchaus vital und im Alltag präsent.

Trotz der erheblichen Bedeutung des Dominanzproblems und auch angesichts des Modernisierungsschocks, unter dem die Gesellschaft in den neuen Bundesländern offenbar steht, läßt sich empirisch belegen, daß im Gemütshaushalt der Menschen keine dramatische Krisenzuspitzung stattfindet. Das gibt mir zu denken. Die empirische Sozialforschung stellt jedenfalls keine exorbitante Aufgeregtheit fest. Vielmehr richtet man sich im Osten wie im Westen recht pragmatisch auf die neue Lage ein, was natürlich dem östlichen Teil Deutschlands erheblich mehr abverlangt als dem westlichen, der vornehmlich meint, seinen Beitrag mit Transferleistungen abgegolten zu haben.

Mit anderen Worten: Der Westen bringt sich in seiner seelischen Disposition lange nicht so ein wie der Osten und er sieht auch gar keine Veranlassung dazu. Ich meine also, man sollte diese Identitätsreflexionen nicht zu weit treiben, sonst verselbständigen sie sich und spiegeln die gesellschaftliche Realität nicht mehr wider.

Dritte unauflösbare Antinomie: Kurt Biedenkopf hat einführend die elementare sozialpsychologische Ebene als das eigentliche Thema angesprochen und zugleich eine Definition des Nutzens der Einheit gefordert. Ich halte es aber nicht für denkbar, von dort die Frage des gesellschaftlichen Nutzens der Einheit als ein Kriterium für die Güterzuweisung zu erörtern. Das hängt auch mit der Identitätsproblematik zusammen. Denn die spezifische Identitätserfahrung ist die Abgrenzung gegen den anderen und nicht die positive Selbstdefinition. Insofern läßt sich eher der Schaden aus der Spaltung definieren als der Nutzen aus der Einheit.

Alle drei Antinomien zusammenfassend, gehe ich davon aus, daß es im Grunde keine Alternative gibt zu einer langfristigen kulturellen Auseinandersetzung. Ich halte das auch für keinen Schaden, wenn es darum geht, daß hier zwei Gesellschaften zusammenwachsen sollen. Eine endgültige Bewältigung ist ohnehin nicht möglich.

Ringstoff

Herr Biedenkopf hat darauf hingewiesen, die westdeutsche Gesellschaft sei stärker materiell betont, während man im Osten eher die immateriellen Werte hochgehalten hat. Man kann es noch deutlicher sagen: Die westdeutsche Gesellschaft ist monetär ausgerichtet, während unsere östliche Gesellschaft eher ideologisch geprägt war, und der DDR-Bürger findet sich in dieser monetären Gesellschaft nicht zurecht. So wie Herr Weidenfeld eben sagte: Dem DDR-Bürger sind einfach alle Normen und Regeln der westlichen Gesellschaft übergestülpt worden.

Vor dem Wechsel gab es in unserer ganzen Republik nur Einheitspreise, eine Einheitsversicherung, keine Konkurrenz zwischen Unternehmen. An sämtlichen Geldinstituten erhielt der DDR-Bürger einen Einheitszins, ob er nun tausend Mark oder hunderttausend anlegen wollte, egal für welchen Zeitraum. Heute findet er sich bei der Vielzahl der Angebote und Konditionen kaum zurecht und fühlt sich unsicher. Das Trennende wird sich nur allmählich überwinden lassen, wenn man dem DDR-Bürger das Gefühl der Zweitklassigkeit und Unterlegenheit nimmt.

Dieses Unterlegenheitsgefühl wird heute aber eher noch verstärkt. Das fängt schon bei der Sprache an. Herr Biedenkopf spricht von "Beitrittsgebiet". Wenn man irgendwo beitrifft, ist man kaum ein gleichberechtigter Partner. Wir sind die "Übernehmenden", die von den Westdeutschen vieles zu übernehmen haben. In diesen Kontext gehört auch der Begriff "ehemalige" DDR, den Lothar de Maizière zu Recht kritisierte.

Das Unterlegenheitsgefühl wird besonders auch durch die Regelung der Eigentumsfragen verstärkt, worauf Wolfgang Thierse verwiesen hat. Rückgabe vor Entschädigung. Viele Bürger bei uns sind existentiell davon betroffen. Sie fühlen sich ohnmächtig, weil das geltende Rechtssystem dem Bundesbürger West Vorteile einräumt, die im Einigungsvertrag nicht korrigiert wurden.

Auch der Artikel 21 des Einigungsvertrages ist nicht gerade dazu angetan, das Unterlegenheitsgefühl aufzuheben. In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise gehören auf einmal erhebliche Ländereien dem Bund, weil alles Vermögen, das in der DDR zentralstaatlichen Aufgaben diente, jetzt dem Bundesfinanzminister zugefallen ist. Da in der DDR diese zentralstaatlichen Aufgaben, zu denen auch die Verteidigung gehörte, sehr weit gefaßt waren, gehören dem Bund heute in den neuen Bundesländern über 500 000 Hektar Grund und Boden, darunter sogar viele Wälder.

Ein weiterer Punkt ist die Behandlung ostdeutscher Bürger durch westlich dominierte Banken. So muß ein Investor aus den neuen Bundesländern in der Regel wesentlich mehr an Banksicherheiten beibringen, um einen Kredit zu bekommen, als jemand aus dem Altbundesgebiet, weil man dem Ostdeutschen in wirtschaftlichen Dingen einfach Kompetenz abspricht und die Bank meint, sich mehr absichern zu müssen.

In diesem Zusammenhang erwähne ich auch die Treuhand, die von vielen Menschen bei uns fast so wie das ehemalige Politbüro betrachtet wird. Denn da wird von oben über Dinge entschieden, ohne daß irgendwelche Einflußmöglichkeiten für die Betroffenen vorhanden sind. Ursprünglich hatte man ja dem DDR-Bürger weisgemacht, es sei ein gewisses Volksvermögen vorhanden. Zuerst war von einer Billion die Rede, später von 600 Milliarden, schließlich von 200 Milliarden. Jetzt heißt es, es sei überhaupt kein Volksvermögen vorhanden, statt dessen gäbe es nur eine Volksschuld. 35 Milliarden an Krediten muß die Treuhand in 1992 aufnehmen; im vergangenen Jahr waren es 30.

Der DDR-Bürger hat also kein Vermögen, sondern nur Schulden eingebracht. Seine Lebensleistung wird dadurch negativ bewertet.

Müller-Groeling

Aber wir tragen diese Schulden mit.

Ringstorff

Sicher. Das ändert aber nichts am Unterlegenheitsgefühl des DDR-Bürgers.

Auch die derzeitige Finanzverfassung ist nicht dazu angetan, den östlichen Politikern diese Minderwertigkeitsgefühle zu nehmen. Sie sind nicht in der Lage, eine solide mittelfristige Finanzplanung zu machen, sondern sind immerfort am Bitten und Betteln, weil die gesetzlichen finanziellen Ansprüche aus dem Einigungsvertrag nicht ausreichen, um den Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen, die Lebensverhältnisse anzugleichen.

Wenn Herr Weidenfeld meinte, die Bürger bei uns würden sich pragmatisch auf die neue Lage einstellen, dann mache ich ganz andere Beobachtungen. Ich meine jedenfalls, daß wir sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft einiges tun können, um das Unterlegenheitsgefühl der Ostler abzubauen und damit der inneren Einheit ein Stück näher zu kommen.

Altmann

Was ich hier ständig von Unterlegenheitsgefühlen und dergleichen reden höre, macht mich ein bißchen nervös. Ich habe in Bonn eine Reihe bulgarischer Freunde, Emigranten, die nach dem Umsturz in Bulgarien wieder glühende Patrioten geworden sind. Von Unterlegenheitsgefühlen kann bei denen absolut nicht die Rede sein, obwohl sich Bulgarien zweifellos auch psychologisch in einer viel schwierigeren Lage als Ostdeutschland befindet. Aber trotz vielfältiger Unterlegenheit bleiben unsere Diskussionen sachlich. Ich meine, wir sollten an unsere Probleme etwas weniger emotional herangehen.

Die neue Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR ist zweifellos ein schwieriges und vielschichtiges Geschäft. Die Bewältigung der NS-Vergangenheit diente vielen westdeutschen Intellektuellen - Böll, Grass, Johnson und anderen - in den 50er und auch noch in den 60er Jahren als Legitimationsgrundlage für ihren "Neukonformismus", während die Intellektuellen in der DDR, soweit sie nicht überzeugte Kommunisten waren, im "Antifaschismus" ihre Legitimation fanden. Beide Legitimationen sind jetzt weggefallen, was die Intellektuellen auf beiden Seiten unversehens in Schwierigkeiten bringt. Da gibt es viele verbitterte und sich verirrende Kommentare auf beiden Seiten des wiedervereinigten Deutschland.

Ich selbst erinnere mich an einen Ende der fünfziger Jahre verfaßten Aufsatz, dessen erster Satz lautete: "Wenn ein deutscher Professor die Vergangenheit bewältigt, darf man vermuten, daß es nicht seine eigene ist." Mit dieser neuen Schmutzflut von Vermutungen, Verdächtigungen, Behauptungen kann ich wenig anfangen. Ich will nur darauf hinweisen: Theodor Eschenburg, ein von mir

hochgeschätzter Nestor der politischen Wissenschaft, war im Jahre 1933 in die SS eingetreten. Mein verehrter Lehrer Carl Schmitt hatte bekanntlich auch einige Flecken aufzuweisen, und so könnte ich viele Beispiele aus der deutschen Vergangenheit nennen. Ich sehe also keinerlei Veranlassung, uns als Westler hier moralisch über die Ossis zu erheben, wie das mitunter geschieht. Statt der vielen weißen Westen bei uns wären mir bunte Strickpullover sehr viel lieber.

Nachdem Herr Biedenkopf und Herr Schmidt auf geschichtliche Zusammenhänge verwiesen haben, will ich auch einige Bezüge herstellen, die wir uns klarmachen sollten, bevor wir hier ständig über die Schwierigkeiten der Deutschen herumlamentieren.

Ich sage es schlagwortartig: Im Jahre 1871 gründet Bismarck das spätdeutsche Reich, ein zunächst heterogenes Gebilde. Am Beginn dieser Vereinigung steht eine Wirtschaftskrise, die fast zehn Jahre andauert. Kaum 25 Jahre später, 1895, ist dieses Deutsche Reich zum stärksten Welthandelsstaat aufgestiegen. Die Wilhelminische Ära gleitet in den Ersten Weltkrieg hinein. 1919 ist das Deutsche Reich isoliert, nicht bündnisfähig und amputiert.

Zwanzig Jahre später ist Deutschland der stärkste und modernste Wirtschafts- und Militärstaat Europas. Es folgt die totale Niederlage 1945. Dann Gründung der Bundesrepublik 1949. Zwanzig Jahre später ist sie - zunächst noch ein politischer Zwerg - der stärkste Industriestaat Europas; nach weiteren zwanzig Jahren wird Deutschland zum stärksten Staat in Europa überhaupt.

Natürlich fragt man jetzt im Ausland: Was haben die Deutschen in Zukunft vor? Diese Frage von außen sollten wir ernst nehmen und uns nicht dauernd am Nabel herumkratzen, was ohnehin unanständig ist. Viel wichtiger ist die Frage, wie uns die anderen Länder sehen und was sie von uns erwarten. Das ist wichtiger als die innerdeutschen Klagen und Blähungen.

Was ich in diesem Zusammenhang ganz erstaunlich finde, ist, daß es bisher weder in Ostdeutschland noch in der Bundesrepublik eine klare wissenschaftliche Analyse des DDR-Systems gibt. Dabei wäre es beispielsweise interessant zu untersuchen, welche strukturelle Rolle die Stasi gespielt hat. Der Politologe Hans-Joachim Arndt hat in den 60er Jahren einen Aufsatz veröffentlicht mit dem Titel: "Der Plan als Utopie des Bewahrens", den ich kürzlich wieder las, der aber mit unserem Thema nichts zu tun hatte. Der Titel weist jedoch in die richtige Richtung.

Die DDR kann man ja nur als Teil des gesamten bolschewistischen Systems verstehen. Als Lenin nach der gewonnenen Revolution mit der "NEP", dem Wiederaufbau des Landes, begann, war er zu Maßnahmen gezwungen, die einem marxistischen Revolutionär eigentlich kaum hätten einfallen dürfen. Da er über keinerlei wirtschaftliche Erfahrungen verfügte, orientierte er sich an dem Planmodell der Kriegswirtschaft von Walther Rathenau. Sein Schlagwort hieß ungefähr: Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrizität. Das Ziel dieser sowjetischen Planwirtschaft sollte der Aufbau einer modernen Wirtschaft sein, zugleich aber garantieren, daß die proletarische Klasse bis zum Beginn des sozialistischen Zeitalters konserviert bliebe. Um diese komplizierte Entwicklung zu steuern, wurde der sowjetische Geheimdienst geschaffen mit der Aufgabe, gewissermaßen das Bewußtsein der proletarischen Gesellschaft ständig zu überwachen, zu reflektieren und zu erhalten.

Dafür fand Stalin später die entsprechende Formel, indem er in dem von ihm gezeichneten berühmten Essay über die Sprachwissenschaft feststellte, daß die Sprache zur Basis und nicht zum Überbau gehört. Gemeint war dabei aber nicht nur die Sprache, sondern das Bewußtsein, das sich in ihr ausdrückte. Mit anderen Worten: Das proletarische Bewußtsein gehörte nun zur "Basis". Hier schlägt, wenn ich das ironisch anmerken darf, der ideologische Materialismus gleichsam in einen ideologischen Idealismus um.

Von daher erklärt sich auch die Legitimation der Geheimdienste, ob nun KGB oder Stasi. Die Stasi hatte das Bewußtsein der Gesellschaft im proletarischen Sinne zu erhalten und zu kontrollieren, um damit zugleich die Stabilität des Staates zu garantieren. Daß ein solches System korrupt und kriminell werden muß, ist keine Frage. Worauf es mir aber ankommt, ist zu erkennen, daß dies den strukturellen Kern des gesamten Systems ausgemacht hat. Wir sollten nicht dauernd über menschliche Verfehlungen jammern, sondern uns bewußt werden, daß dies eine Systemfrage gewesen ist.

Es hat in der DDR auch keine Revolution gegeben, sondern ein weltpolitisches System ist zusammengebrochen. Dieser Zusammenbruch hat uns die Wiedervereinigung gebracht. Von einer echten Revolution konnte keine Rede sein. Deshalb sollten wir auch mehr darüber nachdenken, wie dieses System aufgearbeitet werden kann. Ich halte wenig davon, daß man die Mitarbeiter der Stasi im nachhinein ächtet. Vielmehr müssen wir uns die Systemfunktion der Stasi klarmachen. Das ist eine durchaus wissenschaftliche Aufgabe, die man nicht den Gazetten oder dem Fernsehen überlassen darf. Dafür sollte die Regierung unbedingt ein Gutachten in Auftrag geben, damit wir in die Lage

versetzt werden, über diese Dinge wirklich zu urteilen. Dafür brauchen wir keine Tribunale und ähnliches.

Es geht darum, die meisten Leute, die - aus welchen Gründen auch immer-mitgemacht haben, freizusprechen, wenn sie nicht direkte Verbrechen begangen haben. Ich bin da nicht weich oder versöhnlerisch; ich spreche lediglich aus den Erfahrungen, die wir in der Bundesrepublik nach 1945 gemacht haben. Ich sage Ihnen, bei uns wimmelte es in den 50er und 60er Jahren von alten Parteigenossen in hohen Stellungen; das sind alles fabelhafte Demokraten geworden - ich mag nur nicht, wenn sie jetzt in weißen Westen gegenüber den Osis aufzutreten. So schwach ist der Mensch; das sollten wir ganz nüchtern sehen, und ich meine es keineswegs zynisch.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands war ein postnationales Ereignis und keine nationale Revolution, auch keine sanfte. Aus dem geteilten Deutschland ist ein nationales Ganzes geworden, aber im Wartestand vor der politischen Vereinigung Europas. Denn unsere Politik muß zum Ziel haben, die nationale Souveränität zugunsten eines vereinigten Europa aufzugeben.

Was wir vor allem für das vereinigte Deutschland brauchen, und zwar in Ost wie West, ist das, was ich Orientierung nenne. Die Menschen, die einer so rasanten Entwicklung in diesem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ausgesetzt sind, brauchen eine Orientierung. Orientierung ist nach alter Vorstellung der Blick in die Richtung, in der die Sonne aufgeht, die Richtung des Heils. Das heißt auch, wir brauchen für unsere Entwicklung eine Vision. Welche Aufgabe müssen die Europäer heute in der Welt übernehmen? Das sollten wir zu beantworten suchen; denn wir können die Dinge nicht einfach treiben lassen.

Und hierbei kommt auch den Deutschen eine bestimmte Vorreiterrolle zu - ohne jedes Vormachtstreben. Die Völker im Osten warten darauf. Ich erlebe das in meinen Gesprächen mit den Bulgaren, die genau dies von uns fordern. Deshalb sollten wir möglichst bald aufhören, im Sumpf unserer Vergangenheit herumzumatschen, sondern uns statt dessen mit aller Energie der Zukunft widmen.

Ringstorff

Wenn wir ohnehin die Größten sind, Herr Altmann, frage ich mich, warum wir hier sitzen und über die Probleme der deutschen Einheit sprechen.

Altmann

Ja, wissen Sie, wenn der Größte nicht mehr weiß, was er machen soll, ist er eben dumm. Das will ich verhindern.

Vollmer

Kurt Biedenkopf hat Gründe dafür genannt, daß es bei uns kein historisch verwurzelttes Bewußtsein gegenüber dem Nationalstaat gibt. Mitunter ist es mir in der letzten Zeit so vorgekommen, als ob einem damit etwas fehlt, was zum Menschsein dazugehört. Nun hat Helmut Schmidt auf all die anderen Völker hingewiesen, mit denen die Geschichte noch sehr viel schlimmer umgegangen ist als mit uns und bei denen das Nationalgefühl dennoch sehr viel positiver besetzt ist.

Ich meine, dafür gibt es eine Erklärung. Wenn Menschen in Osteuropa 40 oder 70 Jahre lang alles, was ihre Identität ausmacht - beruflich, sozial, menschlich;- , nur in besudelter Form vorfinden, brauchen sie etwas, was positiv besetzt ist, und das geschieht über die Aufwertung des Nationalbewußtseins. Damit hat man dann die Möglichkeit zu sagen: Wir haben uns von Unterdrückung befreit. Mit anderen Worten: Die Nationalstaatlichkeit gehört in der Geschichte Osteuropas zu den nicht besudelten Identitäten. Insofern war der nationale Gedanke auch in der DDR positiver als in der Bundesrepublik besetzt. Denn man verstand sich ja als antifaschistischer Staat und hatte von daher weniger Probleme mit der Nazi-Vergangenheit als die Westdeutschen. Insofern war die DDR-Identität auch von dem Bewußtsein der Befreiung von der Nazi-Unterdrückung getragen.

Im Westen dagegen hat es so etwas wie einen historischen Kompromiß gegeben, der verhinderte, daß die Frage der nationalen Identität einen so hohen Stellenwert bekam. Ihre Generation, Helmut Schmidt, war skeptisch gegenüber jeder Art von Pathetik und Ideologie, während unsere Generation die nationale Identität ablehnte, aus Scham über die ungeheuerlichen NS-Verbrechen. Aber war das wirklich so schlecht, daß uns die nationale Pathetik gefehlt hat? Aus eben diesem Grunde hat es bei uns zunehmend eine europäische Identität gegeben und jenen Verfassungspatriotismus als Ausdruck einer zivilen Gesellschaft, die grundsätzlich Staats- und bürokratiekritisch ist.

Ich meine, daß diese Haltung ausgesprochen zukunftsfruchtig ist, und ich möchte genau dies in Zukunft weiter voranbringen und nicht irgendeine Art von nationaler Identität. Denn wir werden vermutlich sehr schnell erleben, wie die im Augenblick noch positiv besetzte nationale Identität, die den Völkern in Osteuropa als Befreiung von Unterdrückung erscheint, in Bürgerkriegen und ähnlichen Exzessen, zu denen Nationalstaaten fähig sind, ihre positive Färbung nicht allzu lange behalten wird. Ich bleibe jedenfalls bei meiner Meinung: Die Zeit der Nationalstaaten für eine sinnvolle Ordnung Europas ist vorbei.

Nun zum Thema Vergangenheitsbewältigung. Ich fand vor kurzem in der "taz" dazu eine interessante These. Da hieß es, kein Land in Osteuropa öffnet die Stasi-Archive, und auch in der Bundesrepublik hat dergleichen in der Nachkriegszeit nicht stattgefunden. Warum geschieht das ausgerechnet jetzt bei der DDR-Vergangenheit? Die Antwort lautete: Weil wir die DDR-Elite im Grunde nicht brauchen. Länder, die ihre Eliten noch benötigen, dürfen sie nicht dieser gnadenlosen Vergangenheitsbewältigung aussetzen. Das ist in der Tat eine sehr provozierende These.

Herr Altmann hat dazu eben einen wichtigen Hinweis gegeben, als er von den Ex-Nazis sprach, die danach bewährte Demokraten geworden sind. Ich behaupte: Wenn wir das Leben von führenden Persönlichkeiten, die für die westdeutsche Demokratie zum Teil eine außerordentlich bedeutsame Rolle gespielt haben - ich erwähne nur Herbert Wehner- in Stasi-Akten dokumentiert zur Verfügung gehabt hätten, wären sie für die Politik mit Sicherheit ausgefallen. Es mag ja irritieren, daß ausgerechnet ich so argumentiere. Wir haben kürzlich in einer Diskussion von so etwas wie einem "vernunftthaltigen Vergessen" gesprochen. Vielleicht ist es besser, die Verhaltensweisen aus der Vergangenheit nicht auf den öffentlichen Markt zu ziehen, sondern es lieber dem einzelnen zu überlassen, selbst den Vorsatz zu fassen: So etwas passiert mir nie wieder. Möglicherweise waren das die Überlegungen, warum man in der westdeutschen Nachkriegszeit die Nazi-Akten verschlossen gelassen hat und warum sich heute alle osteuropäischen Länder genauso verhalten, immer auch im Bewußtsein, daß man von der bisherigen Elite noch Teile braucht.

Mit anderen Worten: Wenn wir dieses Durchleuchten heute bei der DDR zulassen, brauchen wir offensichtlich niemand mehr von der DDR-Elite. Denn wer wird einer Durchsicht dieser Akten standhalten, zumal ein Teil davon gar nicht bei der Gauck-Behörde liegt, also rechtsstaatlich kontrolliert ist, sondern sich in den Händen der Medien befindet, die sich den günstigsten Zeitpunkt aussuchen können, um dies in der Öffentlichkeit wirksam zu vermarkten. Der "SPIEGEL" behauptet ja, er habe genügend Material für die nächsten 10 Jahre. Die Frage ist jedenfalls zu stellen: Können wir auf die alte DDR-Elite völlig verzichten, oder wollen wir auf Teile davon zurückgreifen? Es ist keine Frage, daß das meiste von Westdeutschen geleistet werden könnte - in der Produktion wie in der Verwaltung, beim Aufbau des Rechtsstaates sowieso. Die DDR ist ja von der Größe her nicht mehr als ein zusätzliches Bundesland.

Ich stelle die Frage so unumwunden, weil wir uns in der Tat sehr eingehend überlegen müssen, wie sich die Zukunft in Osteuropa insgesamt gestalten soll. Wie wollen wir zum Beispiel diese haltlosen Völkerwanderungen verhindern? Das setzt doch voraus, daß es in diesen Ländern etwas gibt, was die Menschen bindet, von ihrem Selbstverständnis her, von ihrem Geschichtsbewußtsein und von dem Gefühl, etwas Eigenständiges zur Entwicklung Europas beitragen zu können.

In bezug auf die DDR will ich jetzt aber umgekehrt auch auf die positive Seite dieser Art von Vergangenheitsbewältigung verweisen. Ich meine, die Bürgerbewegung hat in den letzten Wochen den großen Fehler gemacht, daß sie die Öffnung der Stasi-Akten nicht als eine großartige Leistung hingestellt und gesagt hat: Kein Land der Welt traut sich das zu, was wir jetzt machen. Statt immer nur das Entsetzen darüber zu artikulieren, was sich aus den Akten alles offenbart, hätte man darauf hinweisen sollen, wie klärend, befreiend und auch entlastend dieser Vorgang für die nachfolgende Generation sein kann.

Auch ich möchte schon wissen, welche Verwicklungen es in der westdeutschen Friedensbewegung, in der SPD, aber auch in der CDU gegeben hat. Und ich hoffe nur, daß nicht ausgerechnet alle die Akten verschwunden sind, die die westdeutschen Verstrickungen dokumentieren, weil wir dann mit diesen Gespenstern weiterleben müssen. Trotz aller Bedenken, die hier geäußert werden, erhoffe ich mir nämlich, daß in den neuen Bundesländern diese ganze unheilvolle Problematik nicht auf die nächste Generation abgewälzt wird.

Vielleicht brauchen wir dann keine zwei Generationen, Helmut Schmidt, sondern können die Wirkung der psychologischen Folgelasten erheblich abkürzen. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn die Generation, die in etwa begreifen kann, was geschehen ist, diese Dinge für sich selbst klärt und nicht die nächste Generation damit belastet, die vieles gar nicht mehr verstehen kann.

Ich meine, das wäre ein ungeheuer wichtiger Beitrag, sich selbst der eigenen Vergangenheit zu stellen, die gewiß zu den Irrtümern dieses Jahrhunderts zählt. Dann hätten diese Menschen, dieser Teil der Elite der untergegangenen DDR auf jeden Fall einen Anspruch, einen wichtigen Part in der europäischen Zivilisation zu spielen, und zwar mit einer ganz eigenen Färbung.

Ich möchte noch einen abschließenden Gedanken hinzufügen und damit dem eben Gesagten scheinbar widersprechen. Als eine, die den größten Teil ihrer politischen Tätigkeit mit Vergangenheitsbewältigung befaßt war - mit Zwangsarbeiterentschädigung, mit RAF-Dialogen und natürlich mit dem NS-Unrecht;- , frage ich mich manchmal, ob es wirklich so etwas wie eine Heilung von Unrecht geben kann. Im Grunde verrät ein solches Ansinnen eine gewisse Anmaßung oder Maßlosigkeit.

Sollten wir nicht die große Weisheit der alttestamentlichen Grundsätze bedenken, in denen es heißt: Es gibt eine Zeit des Streits und der Konflikte, und die muß man auch ernsthaft betreiben. Da ist dann von sieben Jahren die Rede. Alles, was man bis dahin nicht geklärt hat, sollte dem Vergessen anheimfallen, weil es eine gerechte Lösung danach nicht mehr geben kann. Auf diese Weise wollte man die Gesellschaft von psychologischen Unrechtsaltlasten befreien. Darüber sollten wir einmal nachdenken. Das setzt aber voraus, daß wir die Dinge jetzt auf den Tisch bringen und soviel Unrecht aufzuklären suchen wie möglich. Um so eher kann man dann sagen: Was wir bisher nicht geregelt haben, überlassen wir dem lieben Gott - oder wie immer man das weltlich ausdrücken möchte - und widmen uns mit unserer ganzen Kraft den konflikträchtigen Themen der Zukunft.

Ringstorff

Im Alten Testament steht aber auch: Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Altmann

Bert Brecht hat dazu gesagt: "Verfolgt das Unrecht nicht so sehr, denn es ist kalt und stirbt gar bald an seiner eigenen Kälte."

Seebacher-Brandt

Auf Ihre Frage, Frau Vollmer, warum wir diese Art der Vergangenheitsbewältigung im Osten Deutschlands zulassen - im Gegensatz zu den Polen oder den Tschechen;- , ist meine zugegeben provozierende These: Weil die DDR in einem Deutschland aufgegangen ist, das sich dieses leisten kann und will. Weder Polen noch Tschechen noch Slowaken haben die Kraft und das Geld, ähnliches zu tun. Es gibt sicher auch noch viele andere Gründe. Polen zum Beispiel ist ein katholisches Volk, und dem Katholizismus ist bekanntlich die Kunst der Vergebung eigen, anders als einem protestantischen Volk, das in der DDR beheimatet war und die Suche nach Schuld großschreibt.

Und Vaclav Havel, der tschechoslowakische Staatspräsident, hat vor, wenn er einmal nicht mehr Präsident ist, ein Stück über die Verstrickungen unter einem totalitären Regime zu schreiben. Es soll handeln von einem Mann, der am Ende nicht mehr weiß, war er nun dabei oder nicht, hat er mitgemacht oder nicht? Welch eine Form der Aufarbeitung von Vergangenheit!

Miegel

Wenn wir hier über die Frage "Was trennt die Deutschen nach der Überwindung der Mauer?" diskutieren, sollte eine Entwicklung nicht unerwähnt bleiben, die zwar erst in einiger Zeit allgemein sichtbar, dann aber um so bedeutsamer sein wird. Ich spreche von der höchst unterschiedlichen Dynamik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, die die Deutschen in Ost und West seit der Vereinigung erfaßt hat.

Die Ostdeutschen erleben derzeit und in absehbarer Zukunft einen außerordentlich raschen Wandel ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen. Dieser Wandel ist in der Tat so groß, daß er - worauf Herr Thierse bereits hingewiesen hat - hier und da "Überforderungsängste" auslösen kann. Doch ich bin zuversichtlich, daß solche Überforderungsängste nach und nach abklingen werden und immer mehr Ostdeutsche die Vorteile des Wandels genießen werden. Sie werden es genießen, in immer schöneren Wohnungen zu wohnen, mobil zu sein, die Welt sehen zu können, mit anderen Ideen und Kulturen in Berührung zu kommen, attraktive und produktive Arbeitsplätze zu haben, kurz: sich eines ständig steigenden Lebensstandards erfreuen zu können. Schon heute ist die durchschnittliche Kaufkraft eines ostdeutschen Haushalts rund 50 Prozent höher als vor der Wirtschafts- und Währungsunion, und sie wird weiter rasch steigen, auch wenn ich die vielen Stolpersteine nicht übersehe, die auf diesem Wege liegen.

Ganz anders ist die Situation im Westen. Hier genießen die Menschen schon heute einen der höchsten Lebensstandards der Welt. Freilich nicht alle, aber doch viele. Wenn nun der östliche Lebensstandard diesem westlichen in einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren angeglichen werden soll, dann ist dies nur möglich, wenn bis zum Ende dieses Jahrzehnts das gesamte reale Wachstum der deutschen Volkswirtschaft und einiges mehr von West nach Ost transferiert wird. Oder anders gewendet: Die Westdeutschen müssen bereit sein, für die Dauer eines Jahrzehnts mehr oder minder auf der Stelle zu treten, damit die Ostdeutschen eine reelle Chance haben, ihren derzeitigen wirtschaftlichen Rückstand in einigermaßen überschaubaren Zeiträumen zu überwinden.

Bisher fehlen uns jegliche historische oder internationale Erfahrungen, wie so etwas geht, wie ein Teil einer Gesellschaft dazu gebracht werden kann, freiwillig für lange Zeit in eine Phase relativer Stagnation einzutreten, während ein anderer Teil eine außerordentlich dynamische Entwicklung durchläuft. Doch wir wissen, daß lange Stagnationsphasen von Gesellschaften im allgemeinen als belastend empfunden werden, dynamische Phasen hingegen als beflügelnd. Wie also kann den Westdeutschen eine längere Stagnationsphase zugunsten der Ostdeutschen politisch nahegebracht werden?

Wenn ich Herrn Altmann richtig verstanden habe, meint er, hierfür reiche der Verweis auf die neu erlangte "nationale Größe". Ich bin da nicht so sicher. Die Deutschen haben so ihre eigenen Erfahrungen mit "nationaler Größe". Jedenfalls ging es dem einzelnen zumeist deutlich besser, wenn Deutschland nicht gar so groß war, und war Deutschland einmal groß, ließ eine nationale Katastrophe nicht lange auf sich warten. Vielleicht ist gerade das einer der Gründe, warum Deutschland gleich einer großen Eisscholle immer wieder in kleinere Teile zerbrach und sich Teile von ihm lösten: Österreich, die deutschsprachige Schweiz, Luxemburg und andere.

Schmidt

Die sind nicht von Deutschland, sondern vom Heiligen Römischen Reich abgebrochen.

Miegel

Ich sehe das anders. In Europa gibt es heute einige Länder, die aufgrund ihrer gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur durchaus die Voraussetzungen erfüllten, eine einheitliche deutsche Nation zu bilden. Sie haben dies nicht getan, und das war möglicherweise gut so. Vielleicht wäre eine große deutsche Nation mit 100 Millionen oder mehr Einwohnern im Herzen Westeuropas wirklich etwas groß dimensioniert.

Wie dem auch sei: Die Westdeutschen wurden in den zurückliegenden Jahrzehnten mit Sicherheit nicht zu nationaler Größe hin erzogen. Im Gegenteil. Wie bereits zutreffend gesagt wurde, war das Leitbild der Westdeutschen bislang nicht Deutschland, sondern Europa, und zwar Westeuropa. Bis in jüngste Zeit war die Benutzung der Nationalfarben oder das Intonieren der Nationalhymne durchaus problematisch und beispielsweise für politische Parteien mitunter kontraproduktiv. Die Westdeutschen mit der Aussicht auf eine große deutsche Nation zu Verzichtigen bewegen zu wollen, dürfte deshalb ziemlich schwierig sein.

Kaum erfolgreicher dürfte der Hinweis sein, daß durch den Verzicht, den die Westdeutschen jetzt leisten sollen, ihre Ordnung auf ganz Deutschland ausgedehnt wird. Wer da glaubt, so etwas könnte die Westdeutschen motivieren, unterstellt bei ihnen einen missionarischen Drang, den sie nicht haben. Die Westdeutschen sind - auch wenn viele Ostdeutsche das anders sehen sollten - in Sachen "Wirtschafts- und Sozialordnung" alles andere als Missionare. Ihnen ist es ziemlich gleichgültig, wie andere leben, und es ist ihnen noch gleichgültiger, wenn andere nur dann bereit sind, ihre Lebensformen zu ändern, wenn sie, die Westdeutschen, hierfür Opfer bringen.

Hinzu kommt, daß die Westdeutschen weniger tief in ihrer derzeitigen Wirtschafts- und Sozialordnung wurzeln, als dies von außen den Anschein hat. Ihre Selbstzweifel sind erheblich. Sie zweifeln nicht nur an der Rolle der Politik und des Staates, sondern selbst am Menschenbild, das ihrer Ordnung zugrunde liegt. Nichts an ihrer Ordnung ist so stabil und verlässlich, als daß es sich einfach auf eine andere Gesellschaft - und die Ostdeutschen sind vorerst noch eine andere Gesellschaft - übertragen ließe. Auch der "Sieg ihrer Ordnung" dürfte deshalb die Westdeutschen kaum motivieren, für die Ostdeutschen Opfer zu bringen.

Was aber bleibt dann? Ich habe keine Antwort auf diese Frage, bin aber sicher, daß sie sich schon bald in den Mittelpunkt der deutsch-deutschen Fragen schieben wird. Die Westdeutschen werden in Kürze der Opfer für die Ostdeutschen überdrüssig werden, und jede Regierung, die eine solche Situation nicht zu meistern vermag, wird in Schwierigkeiten geraten. Ich will keineswegs ausschließen,

daß der Bergedorfer Gesprächskreis schon in wenigen Jahren "die Unlust der Deutschen aneinander" wird diskutieren müssen. Auf patriotische Begeisterung kann bei der Lösung der anstehenden Probleme jedenfalls nicht länger gesetzt werden.

Müller-Groeling

Dieses Seminar könnten wir schon morgen abhalten, etwa unter dem Titel "Warum sind wir mit unseren Erfolgen so unzufrieden?".

Aber zurück zu Ihren Argumenten: Mitten in dem Siegeszug, den das demokratische und marktwirtschaftliche System gerade angetreten hat, zu prognostizieren, daß es gewissermaßen kurz vor dem Zusammenbruch steht, scheint mir doch ein bißchen gewagt zu sein. Eine kritische Diskussion und Wandel hat es glücklicherweise immer gegeben, und vielleicht ist die Diskussion in letzter Zeit sogar schärfer geworden, als manchem Befürworter lieb ist. Aber die Veränderbarkeit ist eine Überlebensstrategie des Systems.

Was Sie zur Dynamik im Osten und zu der außerordentlichen Belastung unseres Sozial- und Wirtschaftssystems durch die Transfers zu den neuen Bundesländern sagen, ist sicher richtig. Nur, wo steht geschrieben, daß wir die Angleichung (um nicht zu sagen Gleichmacherei) bis zur absoluten Stagnation der Einkommen in der alten Bundesrepublik treiben müssen? Vor einem solchen Sozialexperiment ist sicher zu warnen; da gebe ich Ihnen recht. Das hielte unser System über Jahre hinweg nicht aus, aber es ist auch gar nicht durchzusetzen. Wir sollten vielleicht auch einmal Motivforschung treiben. Denn leider entstehen die Angleichungsforderungen im Westen in bezug auf die Einkommen im Osten keineswegs nur aus Edelmut, sondern auch aus nackter Konkurrenzfurcht - vor den niedrigen Löhnen im Osten bei den Gewerkschaften und vor den billigen Produkten bei den Unternehmern.

Schröder

Erstens will ich etwas sagen zu den Maßstäben für die psychische Verfassung der Ostler. Jede Revolution überfordert die Menschen. Es gab und gibt keine Möglichkeit, diese Überforderung zu vermeiden. Von daher ist es auch verständlich, daß soviel geklagt wird, und man sollte dem einzelnen das Recht dazu belassen, obwohl es andererseits ein Skandal ist, wenn es soviel zu beklagen gibt.

Zweitens: Warum geht die Einigung nicht in derselben Euphorie vor sich, die wir bei der Öffnung der Mauer erlebt haben? Darauf kann ich nur sagen: Euphorien gehen immer schnell vorüber. Man kann sie nicht konservieren und auch nicht inszenieren. Ich sehe also in beiden Vorgängen Normalitäten eines unnormalen Prozesses und nehme das gelassener hin als manche anderen.

Drittens: Wie ordnen wir die Probleme ein, die wir jetzt haben? Ich meine, die erheblichen Probleme, denen wir uns gegenübersehen, sind die kleineren Nachteile eines größeren Vorteils. In der DDR gibt es ohne Frage einen sehr breiten Konsens darüber, daß das, was heute mitunter ein wenig nostalgische Gefühle gegenüber dem vorherigen Zustand weckt, die kleinen Vorteile des großen Nachteils waren. Und wenn ich daran denke, welche Alternativen sich weiter östlich auftun, dann bin ich davon überzeugt, daß viele DDR-Bürger darin übereinstimmen: Es gibt zwar viel zu klagen, und es sind viele Fehler gemacht worden, aber es hätten wahrhaftig noch sehr viel größere Fehler passieren können.

Viertens: Wenn man etwas verbessern will, muß man die Menschen nehmen, wie sie sind. Zu fordern, dieser Prozeß hätte vielleicht doch den neuen Menschen hervorbringen sollen/müssen, ist nurnmehr ein Nachschlag zu etwas, das wir über all die Jahre hatten, und richtet sich selbst.

Fünftens: das Problem der Nation. Gibt es etwas, das die Deutschen verbindet? Ich würde sagen ja; es ist zwar schwer zu benennen, aber daß es existiert, ist relativ einfach aufzuzeigen. Unbezweifelbar ist jedenfalls, daß wir nach 40 Jahren, die wir in zwei getrennten Staaten gelebt haben, viel weniger Probleme haben als Serben und Kroaten, die 73 Jahre in einem Staat gelebt haben. Vielleicht ist es ganz gut, daß wir nicht so genau sagen können, was uns eigentlich verbindet, besser zumindest, als die Antwort in irgendeinem hochtrabenden Nationalcharakter zu geben. Es ist etwas Bestimmtes, aber nichts Besonderes, und so sollten wir auch damit umgehen. Es gibt offenbar ein Konsenspotential zwischen den Deutschen; andernfalls würde es wohl zwischen Ost und West sehr viel unfriedlicher zugehen.

Wenn Deutschland wieder der stärkste europäische Staat werden sollte, wie Herr Altmann annimmt - und es spricht vieles dafür;- , dann plädiere ich dafür, daß wir uns schnellstens in eine größere Gemeinschaft einbinden, um diese Stärke zu kompensieren. Jedenfalls möchte ich diese Stärke nicht zur Hebung unseres Selbstwertgefühls verwendet sehen. Ich bin ohnehin der Meinung, daß

Souveränität kein Gut an sich ist und es viel mehr auf Rechtssicherheit ankommt, die immer durch einen gewissen Souveränitätsverzicht zustande kommt. Zunächst war ich über Helmut Schmidts Prognose erschrocken, daß es wohl an die 50 Jahre dauern wird, bis wir wieder voll zusammen gehören. Aber wenn ich es mir genauer überlege, dann sind 50 Jahre vielleicht gar nicht so falsch, auch wenn wir in 20 oder 30 Jahren auf diesem Wege schon erheblich vorangekommen sein dürften. Bei denen, die heute 18 sind, dürfte der Prozeß relativ unproblematisch verlaufen.

Was das Zusammengehören angeht, so haben wir in den letzten Jahren in der DDR etwas erlebt, das sozusagen als Vorspiel zur Vereinigung verstanden werden kann, nämlich eine Wiederkehr des Regionalen. Im Norden erschienen plattdeutsche Bücher, im Süden fing man an, von Sachsen zu reden. Dies lief gewissermaßen darauf hinaus, die seinerzeit mit böser Absicht vollzogene Zerschlagung der Länder kulturell wieder rückgängig zu machen. Die deutsche Vereinigung wird im Grunde von vielen DDR-Bürgern als die Fortsetzung dieses Prozesses verstanden, der die Menschen auf eine selbstverständlichere Weise verbindet als die Emanzipationsdienstpflicht der Avantgarde.

Der Satz: "Ich bin Deutscher" klingt, wenn er so verstanden wird, wie ich es gesagt habe: nichts Besonderes, aber etwas Bestimmtes, weniger hochtrabend als der Satz: "Ich bin DDR-Bürger und gehöre dem ersten sozialistischen Staat deutscher Nation an" oder dergleichen. Man kann also den Satz "Ich bin Deutscher" auch als die Rückkehr zu etwas Normalem interpretieren. Das heißt, ich gehöre in eine Solidargemeinschaft, in einen bestimmten kulturellen Zusammenhang, der auch verpflichtet. Die Funktion, die dieser Satz bei Rechtsradikalen hat, nämlich ein Vakuum der Unsicherheit unbestimmt auszufüllen, würde damit aufgehoben.

Sechstens: Vergangenheitsbewältigung. Es gibt da auch eine Form von deplazierter Selbstkritik im Blick auf die zurückliegende westdeutsche Politik. Ich sage immer noch: Die Entspannungspolitik war richtig; es war richtig, die deutsche Frage vor der Frage der Sicherheit und des Friedens in Europa zurückzustellen. Und warum haben wir nicht lauter nach der Wiedervereinigung gerufen? Weil wir mit diesem Ruf in den damaligen Verhältnissen nichts Produktives zustande gebracht hätten. Ich sehe gar nicht ein, warum wir uns dafür schämen sollten. Im übrigen hat der Dialog mit den kommunistischen Führern die Entwicklung zum Offenbarungseid in der DDR gefördert.

Auch innerhalb der DDR gibt es eine deplazierte Selbstkritik, wo es um die ehrlichen Bemühungen um eine Verbesserung des Modus vivendi ging. Ich meine: Kompromisse mit den Verhältnissen, bei denen kein Vertrauensbruch im Spiel war - daß man also Freunde verraten hat oder derartige Dinge;- , müssen nicht nachträglich als Systemstabilisierung moralisch diskreditiert werden.

Bei der Stasi-Aufarbeitung wird es darum gehen, daß in unserer Öffentlichkeit mehr differenziert wird als bisher. Dann finde ich die Sache in Ordnung. Im übrigen will ich nur daraufhinweisen, daß die CSFR in mancher Hinsicht radikalere Beschlüsse gefaßt hat. Die Staatssicherheit bei uns war ein singuläres Phänomen, was den Personalbestand bezogen auf die Bevölkerung und den Umfang der Bespitzelung angeht.

Vollmer

Die konnten es sich leisten.

Schröder

Die mußten es sich leisten. Da spielen natürlich Republikflucht und Beeinflussung vom Westen, sozusagen die Negativwirkungen der geteilten Nation mit hinein. Das Wort "sozialistisch" mußte das Wort "deutsch" übertönen. Deswegen gab es bei uns auch eine viel stärkere Indoktrination als in anderen Ostblockstaaten. In Polen beispielsweise gab es immer Philosophen, die nicht Marxisten waren und einen Lehrstuhl an der Universität hatten. Das war bei uns nicht möglich.

Was die sogenannte DDR-Identität angeht, so enthielt sie gefährliche Züge einer Nichtidentität: Ich auf der Betriebsversammlung; ich vor dem Westfernseher; ich im Vertrauen meiner Freunde und ich gegenüber der Stasi - das alles waren sehr verschiedene Identitäten. Das sind wir zum Glück losgeworden, und wir sollten uns nicht danach zurücksehen. Aber es ist nicht zu leugnen: Wir bringen eine Spaltung der Seelen mit und auch Ost-Ost-Konflikte, die mitunter verdeckt werden, weil es bequemer ist, nur den Ost-West-Konflikt zu sehen. Ich sage das etwa im Blick auf die Auseinandersetzungen an der Humboldt-Universität. Da heißt es, die Westler wollen uns überfremden, während es in Wahrheit unglaubliche Spannungen innerhalb der Universität selbst gibt - Gott sei Dank.

Was bleiben wird und bleiben soll, das sollte man nicht DDR-Identität nennen, sondern vielleicht "geheilte Erfahrungen". Das, was wir erlebt haben, muß reflektiert werden. Es sind auch innerhalb der

DDR-Prozesse notwendig, bei denen die Bewohner der verschiedenen Nischen aus diesen heraustreten und sich erst einmal kennenlernen müssen. Für mich ist die Denkweise eines SED-Genossen nach wie vor viel schwerer zu verstehen als die Denkweise vieler Westdeutscher, denen ich begegne. Da muß noch etwas aufgearbeitet werden - man kann das Wort ja kaum noch hören;- , es sind Kommunikationsprozesse unter uns Ostlern notwendig, was übersehen wird, wenn immer nur die Rede von den bösen Wessis ist, die uns kolonisieren wollen. Wir haben in diesem Land noch wahrhaft genug zu tun und müssen aufpassen, daß sich nicht manche dem entziehen, indem sie immer nur den anderen Konflikt in den Vordergrund schieben.

Klages

Ich möchte zunächst auf einige kulturelle und gesellschaftliche Wandlungen eingehen, die in der DDR schon vor der Wende stattgefunden haben. Herr Schröder hat eben auf die Entstehung eines ausgeprägten Regionalbewußtseins hingewiesen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß dem SED-Regime in den 80er Jahren größere Teile der Jugend verlorengingen, die sich von den sozialistischen Idealen abwandten. Das zeigen bisher geheimgehaltene Daten aus den Jahren vor der Wende ganz deutlich an. Dabei spielte eine Westorientierung eine große Rolle, auch wenn diese durch die westlichen Medien etwas oberflächlich beeinflußt war.

So wie wir im Westen einen "Wertewandel" seit den 60er Jahren festgestellt haben, hat dieser auch in der DDR, spätestens seit den 80er Jahren, größere Teile der Jugend erfaßt. Ich spreche bewußt von den nichtintellektuellen Schichten der Bevölkerung, in denen die Abkehr vom System offenbar viel weiter ging, als das in den Bürgerrechtsgruppen reflektiert wurde. Von daherscheint es mir auch problematisch, heute von einer "Identitätswahrung" in der DDR-Bevölkerung sprechen zu wollen.

Von dem jetzigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland sind ohne Frage sämtliche Gruppen und Schichten der Bevölkerung ganz einschneidend betroffen. Er führt zu Überforderungssymptomen und schweren Orientierungsproblemen. Auf der anderen Seite hat Herr Weidenfeld zu Recht darauf hingewiesen, daß sich die Menschen ganz pragmatisch auf die neue Lage einstellen. Auch das weisen die empirischen Erhebungen sehr deutlich aus. So hilflos und inaktiv sind die Ostdeutschen gar nicht, wie dies häufig unterstellt wird. Mit anderen Worten: Die Menschen sind heute durchaus schon dabei, das tiefe Tal zu durchschreiten und den Wiederaufstieg zu vollbringen.

Was die Gefahr bleibender Schädigung angeht, so gehe ich davon aus, daß sich in dem Prozeß des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs und der Konsolidierung der Sozialstruktur im neuen gesellschaftlichen Kontext große Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersklassen bemerkbar machen werden. Die jungen Leute werden die Lage bewältigen, indem sie entweder in den Westen gehen oder, wie schon gegenwärtig viele, zwischen Ost und West pendeln, oder aber die Chancen wahrnehmen, die sich in Ostdeutschland zunehmend entwickeln. Anders ist es mit den heute 45 - 60jährigen. Bei ihnen sind deutliche Anzeichen von Resignation zu erkennen, die ja teils auch einen realen Hintergrund haben. Es kann durchaus sein, daß hier so etwas wie eine verlorene mittlere bis ältere Generation entsteht.

Eine generationsspezifische Hoffnungslosigkeit, die sich zudem noch auf bestimmte Regionen konzentriert, kann dazu führen, daß sich die betroffenen Menschen letztendlich fallenlassen und in einen Zustand der Betreuungs- und Versorgungsbedürftigkeit absinken. Darin sehe ich in der Tat eine große Gefahr.

Für äußerst problematisch halte ich auch die Form von Vergangenheitsbewältigung, wie sie derzeit in Ostdeutschland betrieben wird. Meine große Befürchtung ist, daß sich hier ein Prozeß der Selbstzerstörung anbahnt. Herr Eppelmann hat vor kurzem gesagt, wie schlimm es ihn getroffen hat, als er bei der Einsicht in seine Akte feststellen mußte, daß einige seiner besten Freunde ihn bei der Stasi verpiffen haben. Darüber wird man vermutlich nie hinwegkommen. Wenn sehr viele Menschen diese Erfahrung machen, kann das in der Tat zu einer Zerstörung des gesamten sozialen Beziehungsgefüges führen. Ich kann daher nur dringend davor warnen, diesen Prozeß fortzusetzen und rate unseren ostdeutschen Freunden: Laßt die Akten zu!

Heimsoeth

Ich möchte nur einen Punkt anschneiden, der mir wichtig zu sein scheint: der Verlust von Homogenität. Eine homogene Gesellschaft, wie wir sie in der Bundesrepublik in den letzten zwei Jahrzehnten gehabt haben, wird auf lange Zeit wohl nicht mehr zu erreichen sein. Nachdem sich in Europa zudem die internationale Situation so entspannt hat und keine potentiellen Konflikte die Nationen zusammenschweißen, stellen wir fest, daß in vielen Staaten interne Probleme in den Vordergrund rücken und sich die innergesellschaftliche Homogenität verringert.

Wir im Westen haben gleichzeitig eine Erstarrung und Verkrustung des politischen Parteiensystems erlebt. Um so wichtiger erscheint es mir deshalb für die Zukunft, wie sich die Bürgergesellschaft entwickelt. Das gilt ganz besonders für Ostdeutschland, wo ja in der Vergangenheit jeder Ansatz in dieser Richtung vom SED-Regime zunichte gemacht worden war.

Von daher muß uns das dramatisch sinkende Interesse an der Politik im Osten wirklich erschrecken und sollte die politischen Parteien veranlassen zu überlegen, wie man politische und gesellschaftliche Initiativen fördern kann. Dazu gehört sicher auch die Aufarbeitung der Vergangenheit, solange diese in Form eines gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses stattfindet und nicht in Form von politischen Gerichtsurteilen. Es ist auch für die Menschen im Osten wichtig zu erkennen, daß es keine staatliche Instanz gibt, die für alle anderen sagen kann: Dies ist gut, und jenes ist böse. Die Aufarbeitung kann nur von den Menschen selbst in Form einer gesellschaftlichen Aussprache vor sich gehen.

Reinfried

Ich möchte an ein paar Dinge erinnern, die vielleicht trivial sind, aber nicht in Vergessenheit geraten sollten. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der weit überwiegende Teil der Bevölkerung hier 1989/90 froh war, diese DDR endlich los zu sein. Und die meisten Menschen bei uns sind auch mit ihrer persönlichen Situation, wie sie sich in den zwei Jahren entwickelt hat, durchaus zufrieden. Diejenigen, denen es gut geht, wenden sich nicht an die Öffentlichkeit, und die Presse interessiert sich für sie auch nicht. Deshalb überwiegt in den Medien allenthalben die Negativdarstellung. In meinem persönlichen Bekanntenkreis stelle ich jedenfalls fest, daß die meisten mit den veränderten Umständen keine großen Probleme mehr haben. Die Leute im Osten sind doch nicht dämlich. Natürlich sehe ich auch, daß manches Verfahren einfacher funktionieren könnte.

Ob man, wie hier behauptet wurde, im Westen so viel mehr aufs Geldverdienen ausgerichtet ist als in der ehemaligen DDR-Gesellschaft, möchte ich doch ein wenig in Frage stellen. Ich habe jedenfalls nach dem Umbruch auch sehr viele positive Erfahrungen mit Westlern gemacht, die sofort nach der Öffnung die schon vorher bestehenden Kontakte intensiviert haben. Das habe ich als sehr wohltuend empfunden.

Natürlich weiß ich auch, daß Leute aus den westlichen Bundesländern, die von ihren Firmen hierher beordert wurden, erst einmal auf der Landkarte nachsehen mußten, wo denn eigentlich Leipzig liegt. Da gibt es zweifellos Defizite, und die Ostdeutschen wissen in der Regel viel mehr über Westdeutschland, als das umgekehrt der Fall ist.

Schneider

Drei kurze Anmerkungen. Erstens: Für den Niedergang der DDR-Wirtschaft, überhaupt der Ostblockländer, sollten wir einen Faktor nicht übersehen. Das ist die COCOM-Liste, die die Lieferung von elektronischen Bauelementen und Komponenten in Länder des Ostens untersagte. Dieses Ausfuhrverbot hat zur Folge gehabt, daß die Elektronik-Industrie in der DDR in Kürze zusammengebrochen wäre.

Zweitens: Herr Reinfried hat eben zu Recht bemerkt, daß in den Medien immer nur Negativdarstellungen erfolgen. Ich will nur erwähnen, daß die häufig kritisierte Telekom es immerhin geschafft hat, in der DDR in einem Jahr 555000 neue Telefonanschlüsse zu legen. Auch die viel gescholtene Treuhand hat Enormes geleistet. Des weiteren nenne ich die ABM-Regelungen, die sich sehr positiv ausgewirkt haben. Ich könnte viele solcher positiven Beispiele aufzählen.

Im übrigen hätte ich mir für unser Gespräch hier gewünscht, daß auch ein, zwei Leute aus der breiteren Bevölkerung mitdiskutieren würden, die ja in vieler Hinsicht konkretere Erfahrungen mit der veränderten Lage machen als die etwas abgehobene Elite, die an diesem Tisch repräsentiert ist.

Müller-Michaelis

Wir wissen aus dem Prozeß der europäischen Integration, daß es neben den sichtbaren auch die unsichtbaren Grenzen gibt. Und wenn wir hier darüber sprechen, wie wir die innere Einheit schaffen, dann geht es dabei gerade auch um diese unsichtbaren Grenzen.

Herr de Maizière hat zu Recht darauf hingewiesen, daß wir Ungleiches nicht gleich behandeln dürfen, und Herr Thierse hat sich gegen einseitige Maßstäbe gewandt. In diesem Zusammenhang erscheint mir als einer der fatalsten Tatbestände, daß wir die unterschiedliche Funktionsfähigkeit der beiden Systeme - zentrale Planwirtschaft im Osten und Marktwirtschaft im Westen - dazu benutzen, um auch

die Lebensleistungen der in diesen verschiedenen Systemen lebenden Menschen entsprechend zu bewerten.

Mit anderen Worten: Diejenigen, die im hocheffizienten System der sozialen Marktwirtschaft leben durften, haben danach eine erfolgreiche Lebensleistung aufzuweisen, während diejenigen, die im Sozialismus leben mußten, auch die individuell Gescheiterten sind. In einer solchen Gleichsetzung sehe ich einen wesentlichen Grund für die seelische Verwundung der Menschen im Osten und ihre ausgeprägten Minderwertigkeitsgefühle.

Um diese zu korrigieren, bedarf es aus meiner Sicht vor allem der Verhaltensänderungen auf westlicher Seite. Statt Arroganz und Herrschaftsanspruch kommt es darauf an, mehr Sensibilität und Einfühlungsvermögen bei allen sicher gutgemeinten Hilfsmaßnahmen zu zeigen. Ich erlebe es häufig genug, wie hier die Menschen vor den Kopf gestoßen werden durch die Art und Weise, wie Leute aus dem Westen auftreten. Wenn wir die Menschen hier zu Leistungen motivieren wollen, dann müssen solche unsichtbaren Grenzen überwunden werden.

Dazu nur zwei positive Beispiele. Zum einen erwähne ich die Art und Weise, wie in Sachsen Politiker, die aus dem Westen kommen, Politik machen, die von den Menschen angenommen wird und ihnen das Gefühl vermittelt, daß man sie ernst nimmt und ihre Leistungsbereitschaft herausfordert. Das ist, meine ich, ein positiver Effekt.

Als zweites Beispiel fand ich folgende kleine Geschichte sehr eindringlich und bedenkenswert, wie eine Bank ihre jungen Leute, die hier tätig werden sollten, auf den Einsatz in den neuen Bundesländern vorbereitet hat. Es wurde eine vierstündige Klausur geschrieben. Danach sammelte der Kursusleiter die Arbeiten ein und steckte sie vor aller Augen ungelesen in den Reißwolf. Große Empörung und Erregung unter den jungen Leuten. Darauf der Leiter: "Ich habe jetzt ein vierstündiges Tagewerk von Ihnen vernichtet. Bitte bedenken Sie, daß Sie in ein Land kommen, in dem Menschen leben, denen ein vierzigjähriges Lebenswerk vernichtet worden ist." Ich meine, das war der richtige Weg, um die jungen Leute auf diese Situation einzustellen.

Domsch

Wir versuchen hier, Unterschiede zwischen Ost und West zu benennen, die durchaus fruchtbar sein können und nicht zu trennen brauchen, wenn sie schöpferisch verarbeitet werden. Ich will einige dieser Unterschiede deutlich machen.

Wenn etwa gesagt wird, Westdeutschland sei monetär bestimmt, dann möchte ich dem widersprechen und statt dessen betonen: Westdeutschland ist leistungsbestimmt. Das ist etwas ganz anderes. Und wenn es heißt, die DDR sei ideologiebestimmt gewesen, dann trifft dies auch nur bis zu einem gewissen Grade zu. Vielmehr war die DDR kolonisiert, ein Kolonialstaat der Sowjetunion. Deshalb ärgert es mich auch, wenn jetzt mitunter davon gesprochen wird, daß wir vom Westen kolonisiert werden. Was die kulturelle Szene in der DDR angeht, so war diese zu weiten Teilen korrumpiert; auch darüber muß man sich im klaren sein.

Ein zweiter Punkt, den ich ganz deutlich sagen will: Nach Verstaatlichung der letzten produzierenden Privatbetriebe 1972 herrschte bei uns eine Art von Leibeigenschaft; denn seit diesem Zeitpunkt war de facto die Wahl des Arbeitsplatzes in der DDR nicht mehr frei. Das hat übrigens damals in der Bundesrepublik kaum jemand zur Kenntnis genommen.

Drittens: Die herrschende DDR-Elite war in Wirklichkeit weit davon entfernt, eine Elite zu sein. Ich habe nie verstanden, wie man in der Bundesrepublik zum Beispiel einen Ignoranten wie Günther Mittag als Wirtschaftsexperten bezeichnen und in den Medien als solchen nennen konnte. Der Mann hat von Wirtschaft überhaupt nichts verstanden, sondern hat sie systematisch zugrunde gerichtet.

Die Politik ist in der DDR nach dem Motto Lenins betrieben worden: "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser." Ich halte es dagegen mit dem alten sächsischen Wort: Vertrauen schafft Vertrauen. Mein Eindruck ist, daß man den Menschen hier zur Zeit zu wenig vertraut und ihnen nicht genügend zutraut. Das erklärt vielleicht auch manche Ungeschicklichkeiten, die vermieden werden sollten, damit Vertrauen wachsen kann. Dafür brauchen wir in jedem Falle das offene Gespräch miteinander. Das ist zwar ein zeitaufwendiges Verfahren, aber es lohnt sich.

Thierse

Einen kleinen, leicht polemischen Kommentar zur bisherigen Diskussion erlaube ich mir doch. Vielleicht reagiere ich da etwas überempfindlich, weil ich mich des öfteren einem Vorwurf ausgesetzt sehe. Wenn man gefragt wird: Was trennt die Deutschen nach der Überwindung der Mauer? und

versucht darauf zu antworten, dann heißt es nach einer gewissen Zeit, das sei alles so negativ. Dabei bin ich genau danach gefragt worden, was das Trennende zwischen uns ist. Es gibt in der deutschen Diskussion immer so einen latenten Zwang zur Positivität. Und wenn ich Probleme anspreche, dann tue ich das nicht aus Lust am Problematisieren, sondern um Aufgaben zu beschreiben, die zu lösen sind.

Vielleicht bin ich deshalb so empfindlich, weil ich in diesem Punkt DDR-geschädigt bin. Der Zwang zur Positivität gehörte zum unerträglichen ideologischen Klima der DDR. Aus diesem Grunde ist es einfach schön, daß man jetzt die Realität so schildern kann, wie man sie sieht. Von daher begrüße ich auch das Streiten unter Ex-DDR-Bürgern.

Mein Eindruck ist, daß diese DDR-Bürger, die eine 40- beziehungsweise 60jährige autoritäre Tradition hinter sich haben, natürlich auch selbst durchaus autoritär oder, um mit Rolf Henrich zu sprechen, vormundschaftlich geprägt sind. Das kann man ihnen nicht zum Vorwurf machen, und es wird einige Zeit brauchen, bis wir das überwunden haben.

Herr Müller-Michaelis hat dafür eben, sicher ohne sich dessen bewußt zu sein, ein gutes Beispiel gegeben, als er sagte: Wir westdeutschen Politiker machen in Sachsen doch eine ganz gute Politik, mit der die Menschen hier durchaus zufrieden sind. Natürlich begrüße ich das und will keineswegs kritisieren, daß westdeutsche Politiker hier gute Arbeit leisten. Aber mindestens genauso wichtig ist es, daß die Ostdeutschen Gelegenheit erhalten, sich selber zu beweisen, damit sie sich mehr zutrauen können. Das können sie aber nicht, wenn sie weiter in jener Objektrolle verbleiben, in der man sie 60 Jahre lang gehalten hat. Natürlich kennen die in vieler Hinsicht unerfahrenen DDR-Bürger das Normen- und Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland weit weniger gut als ihre westdeutschen Kollegen. Dennoch müssen sie Gelegenheit erhalten, die Dinge in praxi zu erlernen und nicht nur belehrt zu werden, sonst kommen sie aus der Objektrolle nicht heraus.

Wenn in unserem Thema nach dem Trennenden zwischen den Deutschen nach der Überwindung der Mauer gefragt wird, so würde ich für genauso wichtig wie das Gespräch zwischen Ost- und Westdeutschen auch das Gespräch unter uns Ostdeutschen halten. Denn dieses kollektive DDR-Wir-Gefühl, das mehr den Charakter einer Notgemeinschaft hatte, hat immer auch darüber hinweggetäuscht, daß unter uns Differenzen und Meinungsverschiedenheiten bestanden, die aber nie ausgetragen werden konnten. Und die jetzige "Trotzidentität", wie Jens Reich es kürzlich genannt hat, die am deutlichsten unter DDR-Intellektuellen sichtbar wird, ist zwar verständlich, aber fatal, weil darin auch viel Selbsttäuschung über die Vergangenheit liegt.

Es ist jedoch auch der Versuch, wie immer angemessen, sich zu behaupten. Damit wird wieder eine Art Solidarität unter Ostdeutschen eingefordert, die problematisch ist. Was wir brauchen, ist gerade die Auseinandersetzung zwischen den Ostdeutschen, damit wir hier nicht unversehens Haltungen tradieren, die erst einmal überprüft werden müßten. Diese Phase einer selbstkritischen Aufarbeitung der Rollen, die wir in der DDR gespielt haben, ist besonders unter den Intellektuellen notwendig. Andernfalls besteht die Gefahr, daß Leute, die sich permanent in der schwächeren Position sehen - zu Recht, wie wir hier gehört haben - veranlaßt werden, sich wiederum eine falsche Solidarität zu basteln. Deshalb brauchen wir nicht nur den Dialog zwischen Ost- und Westdeutschen, sondern auch das selbstkritische Gespräch unter den Ostdeutschen. Denn auch da gibt es viel Trennendes; nicht nur zwischen Ost und West.

Biedenkopf

Ich schließe mich Wolfgang Thierse an, daß wir gut daran getan haben hervorzuheben, was uns trennt. Im übrigen kann man ohne eine gründliche Sachverhaltserforschung keine vernünftigen politischen Ergebnisse erzielen.

Was die Ambivalenz zwischen westlicher Bevormundung und eigenständiger östlicher Bewältigung der Probleme angeht, so kann ich zumindest für Sachsen sagen, Herr Thierse, daß die weitaus meisten der politisch relevanten Entscheidungen von Einheimischen, von Sachsen, getroffen werden. Die politischen Strukturen, die sich hier entwickelt haben, dürfen nicht nur beschränkt auf Minister und ihre Staatssekretäre gesehen werden. Aber selbst in diesem Bereich stammen in meinem Kabinett von zehn Ministern sieben aus Sachsen und einer aus Berlin. Außer mir haben wir lediglich den Finanzminister und den Wirtschaftsminister aus Westdeutschland geholt. Wir haben allein 1600 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen im Land, die alle aus Sachsen sind. Das gleiche gilt für 47 der 48 Landräte. Von den Bürgermeistern der kreisfreien Städte kommt gerade einer aus dem Westen.

Wir sollten auch die Parlamente nicht vergessen, deren bedeutsame Rolle häufig viel zu wenig beachtet wird. Herr Thierse erwähnte als Beispiel den Deutschlandsender, DS-Kultur. Hier hat nicht

die Regierung, sondern das sächsische Parlament, in dem ein einziger Parlamentarier aus Westdeutschland sitzt, mehrheitlich entschieden, den Rundfunkstaatsvertrag nicht zu ratifizieren, wenn DS-Kultur weitergeführt würde. Ich habe dazu im Landtag eine Erklärung abgegeben, die den westdeutschen Journalisten, welche unsere Entscheidung kritisieren, offenbar nicht bekannt ist. Ich habe erklärt, und zwar unter dem Beifall aller Fraktionen mit Ausnahme der PDS, daß der Deutschlandfunk weitergeführt wird. Ein SPD-Abgeordneter hat die enorme Bedeutung des Deutschlandfunks gerade für Ostachsen betont, wo man erst in den letzten zwei Jahren dank Satellitentechnik Westfernsehen empfangen konnte.

In unserem Parlament haben wir eine sehr selbstbewußte politische Vertretung des Volkes. Im übrigen hat sich hier auch eine sehrpositive politische Kultur entwickelt. So werden politisch brisante Fragen - ich denke besonders an das Stasi-Problem - in einer Weise offen diskutiert, wie ich das aus westdeutschen Landtagen nicht kenne. Zur Zeit entwickelt sich bei uns eine parlamentarische Kultur mit zum Teil Parteigrenzen überschreitender Konsensbildung, wie es sie in keinem westdeutschen Landtag gibt.

Nennen Sie mir ein Beispiel aus Westdeutschland, wo, wie bei uns geschehen, der Finanzminister sein Haushaltsgesetz vorlegt und dieses im Landtag mit nur zwei Dutzend Gegenstimmen und einigen Enthaltungen, also unter weitgehender Zustimmung auch der Opposition verabschiedet wird. All die Berührungsängste, die wir als Folge der Fraktionierung aus westdeutschen Landtagen kennen, bestehen hier nicht. Das sind politische Leistungen der Menschen hier.

Meine Sorge war immer und ist noch, Politiker aus Westdeutschland könnten versuchen - so etwas läuft gerade auf der Parteischiene;- , die Abgeordneten hier davon zu überzeugen, daß parlamentarische Politik in der gleichen Blockbildung vor sich gehen müsse, wie das in Westdeutschland geschieht. Die parlamentarische Entwicklung erscheint mir hier mit Abstand kreativer als in westdeutschen Parlamenten. Der Grund liegt darin, daß unsere Parlamentarier- die PDS natürlich ausgenommen - die großartige Erfahrung der gemeinsamen Überwindung des SED-Regimes mitbringen. Diese Gemeinsamkeit dauert fort. Wir tun auch viel dafür, sie zu erhalten .Von daher gibt es in der praktischen politischen Arbeit bei uns kaum noch Unterlegenheitsgefühle auf seiten der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen und auch wenig Spannungen, die allenfalls in Fällen von Verärgerungen mal wieder hochkommen.

Herr Thierse sprach von einer "Trotzidentität". Nun, derartiges gibt es auch in Westdeutschland auf der regionalen Ebene. Lothar Späth hat seinen letzten Wahlkampf nicht zuletzt dank der Mobilisierung einer baden-württembergischen Identität gegen Bonn gewonnen. Das ist nichts Ungewöhnliches. Vom Freistaat Bayern will ich gar nicht reden. Dessen politische Landschaft ist zu einem ganz wesentlichen Teil von einer Länderidentität geprägt, die immer wieder erneuert wird, indem man die Konfrontation betont, um den internen Zusammenhalt des Landes gegen äußere Einflüsse zu stärken.

Im übrigen meine ich, daß es zumindest in Sachsen einen derartigen Identitätsverlust gar nicht gibt. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer, als es möglich war, Flagge zu zeigen - im wahrsten Sinne des Wortes;- , konnte man wieder sächsische Fahnen sehen als betonte Bekundung der Selbständigkeit. Man konnte dabei auf eine fast tausendjährige geschichtliche Identität des sächsischen Staates zurückgreifen. Das ist eine große Hilfe für die Menschen hier. Dabei gibt es zwischen sächsisch sein und deutsch sein keinen Widerspruch. Auch im ersten Landtagswahlkampf hat es eine wesentliche Rolle gespielt, daß Sachsen sich als ein Teil Europas empfindet. Bis zum Deutschen Reich von 1871 war Sachsen ein Völkerrechtssubjekt wie viele andere deutsche Länder auch. Es hat mit anderen europäischen Staaten Verträge abgeschlossen. Auch über die Grenze hinaus gibt es heute wichtige Beziehungen. Man weiß hier durchaus, daß Prag geographisch näher liegt als Berlin.

Aus der bisherigen Diskussion möchte ich fünf Punkte erwähnen, die mir besonders wichtig waren.

Der erste ist der von Herrn Weidenfeld geprägte Begriff einer Asymmetrie der Aufmerksamkeit. Ich halte den Tatbestand für außerordentlich wichtig, daß der Osten dem Westen sehr viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet hat als umgekehrt. Damit sind im Westen Wissensdefizite verbunden, die abgebaut werden müssen.

Zweitens hat Meinhard Miegel auf die unterschiedliche Dynamik der Entwicklung in Ost und West hingewiesen. Die Folgen sind bereits demoskopisch erfaßbar. So hat Allensbach festgestellt, daß die Zukunftszuversicht in Ostdeutschland im letzten Jahr bereits höher war als im Westen. Aufgrund eigener Umfragen läßt sich zeigen: Die westdeutsche Bevölkerung sah im Jahre 1991 ihre Zukunftsentwicklung pessimistischer als die ostdeutsche Bevölkerung, speziell die sächsische. Aber das trifft wohl für ganz Ostdeutschland zu. Hier beurteilt man die Zukunft sehr viel optimistischer.

Drittens: Selbst wenn in Westdeutschland für den Rest dieses Jahrzehnts ein Durchschnittswachstum von real zwei Prozent erzielt würde - was ja keine schlechte Leistung wäre;- , wird das von den Westdeutschen eher als marginal empfunden werden, weil sich ihre Lage dadurch nur unwesentlich verbessert. Dagegen wird ein zehn- bis zwölfprozentiges Wachstum in Ostdeutschland zu einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hier führen. Obwohl das Niveau sehr viel niedriger ist, wird es eine ganz andere Motivationswirkung für die Menschen haben als eine geringfügige Verbesserung auf sehr hohem Niveau im Westen.

Dies wird mit Sicherheit zu politisch relevanten Differenzen führen. Denn eine hohe Wachstumsrate, auch wenn sie von einem niedrigen Niveau ausgeht, wird von der Mehrheit der hiesigen Bevölkerung als ein permanentes Erfolgserlebnis empfunden werden. Die jüngste Umfrage von Emnid im November 1991 zeigt, daß fast 80 Prozent der sächsischen Bevölkerung mit ihren privaten Verhältnissen zufrieden sind - während nur 47 Prozent die wirtschaftliche Lage in Sachsen als zufriedenstellend bezeichnen. Zwischen eigener Erfahrung und Beurteilung der Gesamtsituation besteht also eine erhebliche Diskrepanz.

Bei allen tatsächlichen Schwierigkeiten, die uns noch zu schaffen machen werden, können wir davon ausgehen, daß die Zukunftserwartungen positiv sind. Über 70 Prozent der Menschen hier gehen davon aus, daß man in Zukunft in Sachsen sicher und sozial leben kann. Sie haben großes Vertrauen in die Zukunft, das durch ein vergleichsweise schnelles Wachstum eher noch bestärkt werden wird.

Viertens bin ich Herrn Müller-Michaelis für den Hinweis dankbar, daß das Scheitern des Systems nicht gleichgesetzt werden darf mit einem Scheitern der Lebensleistung der Menschen. Das wurde anfangs völlig übersehen, wie sich besonders am Beispiel der Krankenschwestern gezeigt hat, nach dem Motto: Da das System gescheitert ist, ist auch die Lebensleistung des einzelnen nichts mehr wert, so als hätten die Menschen umsonst gelebt. Eine Korrektur dieser Sicht ist absolut notwendig.

Schließlich fünftens: Herr Domsch hat zu Recht daraufhingewiesen, daß Unterschiede nicht trennen müssen. Man kann im Gegenteil Verschiedenheiten auch als Bereicherung empfinden. Das ist in Deutschland in ganz besonderer Weise eine historische Erfahrung, daß Verschiedenheit dann eine Bereicherung sein kann, wenn man gegenseitig die nötige Toleranz aufbringt und die Verschiedenheiten nicht zu engstirnigen Regionalismen verkommen läßt.

Für diese und viele andere interessante Diskussionspunkte möchte ich mich bedanken.

Seebacher-Brandt

Wir haben bisher mehr über die Vergangenheit und allenfalls die Gegenwart als über die zukünftige Entwicklung gesprochen. Das ist verständlich, wenn man meint, sich zunächst darüber verständigen zu müssen, was eigentlich passiert ist, bevor man sich klar darüber wird, wie es weitergehen soll.

So wollen wir dem Blick in die nähere Zukunft nicht ausweichen, wenn wir uns jetzt noch einmal ausführlich und konzentriert dem Thema Vergangenheitsbewältigung zuwenden. Ich denke auch, niemand ist unter uns, der sie um ihrer selbst willen betreiben möchte.

Herr Geiger, der stellvertretende Leiter der Gauck-Behörde, hat sich freundlicherweise bereit erklärt, in diesen Themenbereich einzuführen.

Geiger

Zunächst zur Frage, wieviel Material vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) noch überliefert ist. In den Archiven des Bundesbeauftragten stehen 202 Kilometer Akten. Das ist keineswegs das gesamte Material des MfS vom Herbst 1989; denn insbesondere die Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung sind zu einem überwiegenden Teil vernichtet worden. Das ist deshalb wichtig, weil die Hauptverwaltung Aufklärung primär auch für die Bundesrepublik zuständig war und sich dort die Verwicklungen von Westdeutschen hätten nachweisen lassen.

Seebacher-Brandt

Es wird doch immer behauptet, die lägen in Moskau?

Geiger

Natürlich befinden sich einige Unterlagen auch in Moskau. Zwischen einer Reihe sozialistischer Staaten bestand eine Vereinbarung zur "Vereinigten Erfassung der Gegner", wie es in der deutschen Übersetzung hieß. Gemäß dieser Vereinbarung hatten die östlichen Geheimdienste in einem automatisierten Verfahren wichtige Informationen nach Moskau zu liefern. Dort wurden sie in einem

zentralen Computer geführt und die Informationen gegenseitig zugänglich gemacht. Dabei handelt es sich aber nur um einen im Vergleich zur Gesamtmenge der Informationen bescheidenen Teil. Die DDR hat dort ganze 85 000 Datensätze abgeliefert, zum Teil Westdeutsche betreffend. Diese Unterlagen liegen noch in Moskau.

Das MfS verfügte auch über eine zentrale Personendatenbank, in der nahezu alle Personen erfaßt waren, mit denen das MfS zu tun hatte. Diese zentrale Personendatenbank ist mit Zustimmung des Runden Tisches vernichtet worden. Aber wie es sich für eine ordnungsgemäße Datenverarbeitung gehört, gab es Sicherungskopien, und es würde mich sehr verwundern, wenn nicht eine dieser Sicherungskopien nach Karlshorst gelangt wäre, ohne daß ich dies beweisen kann.

Wir haben gehört, daß große Mengen von Unterlagen lastwagenweise in russische Kasernen verbracht worden sind, die dort zum Teil in Erdbunker verscharrt wurden. Dies haben Grabungen bestätigt, wenngleich das Material durch Witterungseinflüsse größtenteils zerstört ist. Anderes Material ist Zeugenaussagen zufolge in Hangars geschafft worden und dort natürlich nicht mehr anzutreffen. Also möglicherweise befindet sich noch einiges Material in Moskau.

Von den erwähnten 202 Kilometer Akten kann man nur zwanzig bis vierzig Prozent als geordnet bezeichnen. Das ist nicht zuletzt wichtig für die Frage, wie lange es dauern wird, bis der einzelne Bürger Einsicht in seine Akten bekommt.

In dem zentralen Archiv des MfS in Berlin, in dem 97 Kilometer lagern, hatte das MfS bis zum Herbst 1989 18 Kilometer geordnet und archivisch erfaßt, während die übrigen 79 Kilometer in der Nachwendezeit aus den Arbeitsräumen zu Bündeln geschnürt einfach eingelagert wurden, so daß der Zugang zu diesen Materialien schwierig ist.

Allein in Berlin hatte das MfS übrigens 35 000 Mitarbeiter.

Schmidt

Dann muß man sich nicht wundern, wenn die Volkswirtschaft nicht funktioniert, wo lauter solche Drohnen herumsitzen.

Geiger

Die Gesamtzahl der offiziellen Mitarbeiter der MfS lag bei circa 90 000.

Als Hauptzugang zu den Materialien haben wir in Berlin eine Kartei von 1,6 Kilometer Länge, die etwa 6 Millionen Karteikarten enthält - allein der Name Müller macht circa einhundert Meter aus. Das sind aber beileibe noch nicht alle Namen, die beim MfS auftauchen/Wir haben nämlich jetzt Hunderttausende von sogenannten Personendossiers gefunden, das ist eine bestimmte Art von Akten, die über Bürger angelegt wurden, und festgestellt, daß diese Namen zum großen Teil nicht in der Kartei stehen. Die müssen also zu den sechs Millionen hinzugerechnet werden.

Schröder

Sind das Dossiers von beobachteten Personen?

Geiger

Derartige Dossiers wurden zu Personen angelegt, für die man sich aus verschiedenen Gründen interessierte. Das waren keine inoffiziellen Mitarbeiter, auch keine Opfer, also operative Personenkontrollen, sondern Leute, für die man vorsorglich Materialien angelegt hat, vielleicht um ihnen später irgendwelche Funktionen zuzuweisen oder aus was für Gründen immer.

Biedenkopf

Wie viele Personendossiers haben Sie sichergestellt?

Geiger

Wir sind gerade dabei, das zu ermitteln. Ich vermute, es sind ein paar Hunderttausend.

Ein großer Kreis von Personen, der in den Unterlagen erfaßt wurde, ist für uns im Augenblick nicht direkt aufzufinden. Ich nenne ein Beispiel: So gibt es für eine bekannte Berliner Schriftstellerin sechs MfS-Bände zu je 300 Seiten. Neben einem Inhaltsverzeichnis über das, was im jeweiligen Band steht, ist auch ein Übersichtsbogen über die weiteren Personen beigefügt, über die sich Informationen in der

Akte dieser Schriftstellerin befinden. In einem Band sind es 120, in einem anderen sogar 220 Personen. Da diese Schriftstellerin auch viele Westkontakte hatte, liest sich das Namensregister wie ein "Who is Who" der deutschen Literaturszene. Diese Personen und Informationen sind von uns derzeit nicht unmittelbar zu erschließen, es sei denn, man kommt zufällig an die Akte dieser Schriftstellerin. Dann kann man allerdings genau nachlesen, zu welcher Uhrzeit jemand in Ostberlin eingereist ist, mit welchen Personen er sich noch getroffen hat - außer mit der Schriftstellerin;- , ob er in dieser Zeit vielleicht auch ein intimes Verhältnis mit irgend jemand hatte und weitere Details mehr. Aber der direkte Zugang zu den personenbezogenen Unterlagen, wenn die Daten nicht in der Sechs-Millionen-Kartei stehen, ist derzeit ohne weitere Hinweise noch nicht möglich. Das muß erst mit EDV erfaßt werden.

Dann einige Aussagen zu den Aktivitäten des MfS. Ich nenne einige bekannte Schlagworte, zum Beispiel die "operative Personenkontrolle" (OPK), die sowohl gegen Ostdeutsche, aber auch gegen einzelne Westdeutsche geführt wurde. Ziel dieser Kontrolle war es, vagen Verdachtsmomenten nachzugehen, etwa wenn sich jemand systemkritisch geäußert oder einen systemkritischen Witz erzählt hat und beruflich nicht ganz auf der unteren Ebene, sondern in einem mittleren Bereich angesiedelt war. Dann begann man sich für weitere Tatbestände aus dem Leben dieser Person zu interessieren. War der Verdacht einer politischen Straftat größer, legte man einen "operativen Vorgang" (OV) an. Für beides gab es konkrete Richtlinien.

Ziel einer operativen Personenkontrolle und eines OV-Verfahrens war es, nicht nur abzuklären, ob sich jemand strafbar gemacht hatte, vielmehr konnten damit zugleich Maßnahmen gegen die Person verbunden sein. Das ergibt sich dann aus den Eröffnungsbeschlüssen, mit deren Hilfe zum Teil eine bewußte berufliche Benachteiligung angestrebt wurde, damit die betreffende Person nicht mehr schädlich gegen den Staat wirken könne. Dazu gehörte beispielsweise die Rufschädigung. Das alles steht peinlich genau in den Akten. Im MfS-Deutsch heißt es etwa: objektive Kompromittierung. Dabei wurden auch Intimdaten erforscht, die man gegebenenfalls zur Kompromittierung verwenden konnte.

Die üblichen Methoden, die das MfS in solchen Fällen gegen die Bürger anwendete, waren die sogenannten "ABM-Maßnahmen". A bedeutet Telefonüberwachung, B steht für den Einsatz von Abhörvorrichtungen in der Wohnung - was man gemeinhin als "Wanzen" bezeichnet;- , und M bedeutet Post- und Paketkontrolle. Diese Maßnahmen wurden sehr häufig bei einer OPK und einem OV-Vorgang angewendet.

Außerdem setzte das MfS inoffizielle Mitarbeiter (IM) ein, die aus dem Lebensumfeld der observierten Person berichten sollten. Dafür waren natürlich besonders solche inoffiziellen Mitarbeiter interessant, die aus dem engeren Lebensumfeld des Opfers stammten; denn nur die konnten ja entsprechende Informationen liefern. Des weiteren arbeitete das MfS auch mit Inhabern bestimmter Leitungsfunktionen zusammen, also mit Schulleitern, Bürgermeistern, Staatsanwälten - ohne diese aber als inoffizielle Mitarbeiter zu führen;- , um auch dort entsprechende Informationen gegen die Bürger abzuschöpfen. Es gab außerdem eine Zusammenarbeit mit den, wie es im MfS-Jargon heißt, "guten Freunden". Das sind Leute, deren man sich relativ sicher war, daß sie berichten würden. Schließlich bestand mit dem Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei eine relativ enge Zusammenarbeit.

Neben den offiziellen Mitarbeitern, die operativ tätig waren, verfügte das MfS aber auch über Mitarbeiter in Service-Einrichtungen, wie zum Beispiel ein eigenes Reisebüro, eine eigene Sparkasse, um die Mitarbeiter mit Hilfe von Erkenntnissen über deren finanzielle Situation und Reiseabsichten völlig unter Kontrolle zu haben. Wichtiger Anreiz für den MfS-Mitarbeiter war das überdurchschnittliche Gehalt, das deutlich höher lag als das, was ein Durchschnittsbürger in vergleichbarer Funktion verdiente. Das heißt, ein Kraftfahrer des MfS verdiente annähernd so viel wie ein normaler Universitätsprofessor. Auf diese Weise konnte sich das MfS viele Mitarbeiter sichern.

Grenzbereiche der Tätigkeit offizieller Mitarbeiter sind die sogenannten Offiziere im besonderen Einsatz (Oibes), die nach außen hin als solche nicht erkennbar waren. Schalck-Golodkowski ist dafür ein gutes Beispiel. Oibes waren beim Militär, in Kombinat; sie leiteten die Abteilungen I der Kriminalpolizei, die für schwere Straftaten zuständig waren, und anderes mehr.

Dann gab es noch die sogenannten "unbekannten Mitarbeiter", die selbst im MfS nur einigen wenigen bekannt waren. Sie wurden eingesetzt zum einen, um die eigenen Mitarbeiter zu überprüfen, zum anderen bei besonders wichtigen operativen Aktionen, um die Enttarnung zu erschweren.

Schließlich nenne ich die Gruppe der "Hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeiter" (HIM), wieder eine abgedeckte Gruppe - das ist jetzt ein Problem bei der Rentenberechnung.

Die inoffiziellen Mitarbeiter stellen für die Gesellschaft wohl eine besonders große Belastung dar. Wie viele inoffizielle Mitarbeiter es gab, läßt sich derzeit noch nicht genau beantworten. General

Engelhardt, bis 1989 Leiter der Bezirksverwaltung in Frankfurt/Oder, also einer der 15 Bezirksfürsten - er leitete dann in der Umbruchsphase für kurze Zeit das Amt für Nationale Sicherheit - hat ausgesagt, es habe etwa 180 000 inoffizielle Mitarbeiter gegeben. Dabei waren die Leute nur im seltenen Fall über 10 bis 20 Jahre dabei. Im Regelfall waren sie zwei, drei oder fünf Jahre inoffizielle Mitarbeiter, so daß man auf die Gesamtzeit der 40 Jahre MfS die 180 000 mit einem unbekanntem Faktor X multiplizieren muß.

Es gab als eindeutige Regelungen die MfS-Richtlinie 1/79 - für den Einsatz in Westdeutschland die Richtlinie 2/79-, in der auf vielen Seiten präzise festgelegt war, wie man inoffizieller Mitarbeiter wurde. Konnte man sich dem entziehen? Ja, in aller Regel war das möglich. Die Akten zeigen genau, wie jemand zum inoffiziellen Mitarbeiter wurde, in welcher Form das Werbungsgespräch geführt wurde und wie dann die weiteren Schritte erfolgten. Und es gibt selbst SED-Mitglieder, die klipp und klar gesagt haben, das ist in den Akten dokumentiert, daß für sie eine Zusammenarbeit mit dem MfS, trotz aller Staats treue, nicht in Frage kam.

Wer dazu nicht den Mut hatte, konnte das auf geschickte Weise umgehen. So hat zum Beispiel eine Sekretärin, die angeheuert werden sollte, am nächsten Tag in der morgendlichen Teerunde den Kolleginnen lauthals verkündet: "Stellt Euch vor, welches Vertrauen das MfS in mich setzt, ich soll inoffizielle Mitarbeiterin werden." Dazu heißt es dann in der Akte: Die Sowieso hat sich dekonspiriert; eine weitere Zusammenarbeit erscheint nicht sinnvoll.

Seebacher-Brandt

Ist einer solchen Frau etwas passiert?

Geiger

Nein, in der Regel nichts. Auch dem SED-Mitglied ist nichts passiert.

Ich sage das ganz bewußt, um den vielen Gerüchten und Halbwahrheiten ein wenig entgegenzuwirken. Es gab also durchaus Leute, die den Mut hatten, sich zu verweigern, ohne daß dies gravierende Folgen für sie nach sich zog. In einem Falle ist jemand, der NSW-Reisekader war - also ins "nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet" reisen durfte;- nach seiner Weigerung, inoffizieller Mitarbeiter zu werden, die Reiseerlaubnis gestrichen worden. Das war sicher unangenehm, aber kein Schaden, von dem man sagen kann, daß er den Kernbereich der betreffenden Person berührte.

Leute, die sich verpflichtet hatten, haben sich dem häufig auch durch Nichtstun entzogen. Das ist ebenfalls dokumentiert. Sie kamen nicht zu den vereinbarten Treffs oder haben die Aufträge nicht erfüllt oder irgendwann gesagt, daß sie nicht mehr weitermachen. Auch diesen Personen passierte in aller Regel nichts. Es wird lediglich in der Akte vermerkt.

Die Verpflichtung der IMs konnte schriftlich oder mündlich erfolgen. In vielen Fällen liegt eine ganze handgeschriebene Seite des Verpflichtungstextes vor, offenbar damit hinterher nicht jemand sagen konnte, er habe nicht gewußt, was er unterschrieben habe, weil er zum Beispiel betrunken war. Wenn man eine ganze Seite mit der Hand schreibt, kann man das schlechthin nicht behaupten. Bekleideten die IMs höhere Funktionen, geschah die Verpflichtung oft nur per Handschlag. Auch Jugendliche wurden als IMs eingesetzt. Ich habe eine Akte gesehen, wonach eine Mutter ihren 16jährigen Sohn dem MfS zugeführt hat.

Wie hoch war in etwa die Quote an IMs? Bei den Grenztruppen zum Beispiel kam auf 15 Grenzsoldaten ein inoffizieller Mitarbeiter.

Schmidt

Wie viele IMs kamen an einer Universität auf, sagen wir, 3.000 Lehrer und Studenten?

Geiger

Da kenne ich keine genauen Zahlen. Bei 3000 dürften das zwischen 20 und 100 gewesen sein.

Weiss

In Leipzig waren es im Fachbereich Chemie, den ich überblicke, 15 Prozent.

Geiger

In diesem Zusammenhang will ich über folgende Erfahrungen berichten. Die Behörde des Bundesbeauftragten versucht, sich personell erheblich zu verstärken. Bei den Bewerbungen filtern wir von vornherein diejenigen heraus, von denen wir meinen, daß bei ihnen eine zu starke Systemverstrickung vorliegt. Die übrigen überprüfen wir in eingehenden Vorstellungsgesprächen.

Und selbst diejenigen, die wir dann für unbelastet und geeignet halten, werden noch einmal einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen, etwa hinsichtlich MfS-Verstrickung. Dabei fallen erneut bis zu 10 Prozent heraus. Da kann es uns also passieren, nach all diesen Prozeduren, daß sich plötzlich eine dicke Akte findet, die die betreffende Person eindeutig belastet - so wie mir das kürzlich mit jemandem gegangen ist, den wir für eine Referatsleiterposition vorgesehen hatten. Ich habe das erst gar nicht glauben wollen, daß dieser Mann die Stirn hatte, sich bei uns zu bewerben. Aber offenbar sind viele Leute überzeugt, daß ihre Akte vernichtet worden ist.

Ich will hier nur einen Fall schildern: In einer Akte wird berichtet, daß um den 1. November 1989 - also kurz vor dem Umbruch - bei dem Führungsoffizier ein inoffizieller Mitarbeiter erscheint und ihn bittet, entpflichtet zu werden. Der Führungsoffizier und der IM sprechen noch einmal über die gemeinsame Arbeit der letzten Jahre. Dann entpflichtet der Führungsoffizier den inoffiziellen Mitarbeiter, der noch eine letzte Bitte äußert, nämlich daß seine Unterlagen vernichtet werden. In der Akte steht: Dies wurde ihm zugesagt. Anschließend kam die Akte ins Archiv.

Aufgrund des besonderen Vertrauensverhältnisses zu seinem Führungsoffizier hatte der IM natürlich angenommen, daß die ihm gemachte Zusage auch eingehalten wurde und die Akten tatsächlich vernichtet wurden. Das erklärt in vielen Fällen die Verhaltensweise der Betroffenen. Das Raffinierte an dem ganzen System war ja, daß sich /zwischen Führungsoffizier und IM ein besonderes Vertrauensverhältnis aufbauen konnte.

Der Inhalt der Berichte, die inoffizielle Mitarbeiter anfertigten, reicht von Banalitäten bis hin zu Aussagen über die Intimsphäre. So hat ein Vater über Frau und Tochter berichtet. Die Frau hat daraufhin ihren guten Arbeitsplatz verloren, und die Tochter konnte kein Abitur machen. In einem anderen Falle hat ein Vater verhindert, daß sein Sohn eine bestimmte Frau heiraten konnte. Aus den Akten wird zum Teil deutlich, daß es sich um Personen aus dem engsten Freundeskreis gehandelt haben muß, die wenigstens einmal die Woche in der Wohnung waren und mit denen das Opfer über Politik und sehr Privates gesprochen hat. Das alles findet sich dann minutiös in den Akten wieder. Wenn man das liest, hat man mitunter das Gefühl, direkt dabei zu sitzen.

Eine eifrige Familienrichterin erhielt als Belohnung das gewünschte Grundstück am Wasser, und selbst ihr Ehemann kam in eine bessere berufliche Position. Ein Richter am Obersten Gericht war sich nicht zu schade, für 20 Mark im Monat seine Wohnung als konspirativen Treff zur Verfügung zu stellen.

Aber abgesehen von solchen gelegentlichen Vergünstigungen und kleinen Geschenken, wurde die IM-Tätigkeit grundsätzlich nicht finanziell entlohnt.

Wie steht es um die Folgen für die Betroffenen? Es wird ja von vielen inoffiziellen Mitarbeitern behauptet, sie hätten eigentlich niemanden schädigen wollen. Das war auch meist nicht unmittelbar zu übersehen. Aber häufig waren es Mosaiksteine mit zum Teil eklatanten Konsequenzen. Uns ist der Fall eines Jugendlichen bekanntgeworden, der zum Kreis um die Leipziger Nikolai-Kirche gehörte und einen ganz harmlosen Honecker-Witz erzählt hatte. Dies wurde von dem Hausmeister der Nikolai-Kirche an das MfS berichtet, und der Jugendliche erhielt eine Haftstrafe von 24 Monaten.

Wie endete die Tätigkeit als IM? Einige wollten von selbst aufhören. An anderen hatte das MfS das Interesse verloren, entweder weil er zu wenig brachte oder einen Berufs- oder Wohnungswechsel vorgenommen hatte oder auch weil die Aufgabe, für die man den IM eingesetzt hatte, beendet war. Ein wichtiger Grund war, wenn zu jemandem jetzt "offizieller Kontakt" - so heißt es in der MfS-Terminologie - möglich war. Wenn jemand Staatsanwalt oder Richter wurde, Parteisekretär, Bezirkssekretär, Parteifunktionär, dann endete die inoffizielle Tätigkeit oft mit dem Hinweis: "Mit dem Sowieso kann nun offiziell gesprochen werden." Das heißt, die Kontakte zum MfS wurden nicht abgebrochen, sondern jetzt konnte jeder wissen, daß ganz normale Kontakte zum MfS bestanden; sie brauchten lediglich nicht mehr unter konspirativen Umständen geführt zu werden. Damit konnten auch die Decknamen entfallen, die jeder inoffizielle Mitarbeiter bekam. All dieses Brimborium mit Treffen in konspirativen Wohnungen und so weiter war jetzt nicht mehr notwendig.

Wie steht es um den Wahrheitsgehalt der Akten? Für den Juristen gibt es ja nie ein klares Ja oder Nein. Fest steht, daß wir bisher keine einzige gefälschte Akte oder Karteikarte gefunden haben. Tatsache ist, daß bestimmte Leute an das MfS Berichte über ihre Freunde, Verwandten, Nachbarn

geliefert haben. Ob die Aussagen darin immer völlig zutreffen, ist schwer zu entscheiden, weil das ja subjektiven Wahrnehmungen unterliegt.

Daß dem MfS durchaus an wahrheitsgemäßen Schilderungen gelegen war, zeigt sich auch darin, daß in wichtigen Fällen gleich mehrere IMs eingesetzt wurden, die natürlich voneinander nichts wußten. So hatte ein inoffizieller Mitarbeiter den Auftrag bekommen, einen Professor 1968 nach dessen Meinung zum Einmarsch in die CSSR zu befragen. Beim nächsten Treffen mit dem Führungsoffizier sagt der IM: Leider konnte ich das nicht herausbekommen, denn ich war an dem Abend zu betrunken. Drauf schreibt der Führungsoffizier an den Aktenrand: IM X ist unehrlich; nach Aussagen von IM Y hatte er nur zwei Bier getrunken. Das MfS war also schon daran interessiert, möglichst nahe an die objektiven Sachverhalte heranzukommen. Welche Schlüsse dann daraus gezogen wurden, ist eine andere Frage. Schließlich war das MfS ein Geheimdienst mit einem bestimmten politischen Auftrag.

Sind Opfer und Täter überhaupt zu unterscheiden? Selbstverständlich sind sie das. Das zu bezweifeln, ist eine Vernebelungstaktik derer, die auf die Seite der Täter gehören. Zunächst hat das MfS präzise zwischen Opfern und Tätern getrennt. Das eine waren die inoffiziellen Mitarbeiter oder die "gesellschaftlichen Mitarbeiter Sicherheit" - es gab da verschiedene Kategorien. Und das andere waren die Personen, gegen die eine operative Personenkontrolle oder ein operativer Vorgang vorgenommen wurde. Man sieht also eindeutig, ob jemand Opfer des MfS war und sich die Maßnahmen gegen ihn richteten, oder ob jemand für das MfS gearbeitet hat. Natürlich gibt es auch Fälle, in denen jemand zunächst Opfer war und später Täter wurde. Da hat man vielleicht jemanden ausspioniert, sich dann aber mit dem Betreffenden irgendwann arrangiert und zu einer Verpflichtungserklärung bewegen. Umgekehrt gibt es inoffizielle Mitarbeiter, die ausgestiegen sind und später durch systemkritisches Verhalten zu Opfern wurden. Ein solcher Wechsel in der Rolle ist aber deutlich feststellbar.

Können wir noch, wie das auch hier wieder gefordert wurde, die Öffnung der Akten unterbinden? Dazu kann ich nur sagen: Der böse Geist ist längst aus der Flasche, übrigens nicht erst jetzt seit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Zum einen verfügen die Führungsoffiziere natürlich noch über genügend Insider-Wissen. Sie kennen ihre früheren inoffiziellen Mitarbeiter und deren Tätigkeiten ganz genau. Sie können somit jederzeit selbst entscheiden, wann und gegenüber wem sie von diesem Wissen Gebrauch machen. Das dürften wir kaum gutheißen.

Wenn die Akten geschlossen blieben oder vernichtet würden, könnte auch niemandem widersprochen werden, der haltlose Verdächtigungen äußert und sich irgend etwas zusammenreimt, was er nicht belegen kann. Auf diese Weise können Leute belastet werden, die dann nicht in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Vor allem aber vagabundiert leider schon sehr viel Material. Wir haben die Akten ja nicht unmittelbar nach der Wende übernommen, sondern es gab eine Interimszeit von fast einem Jahr, in dem die Akten einer Reihe von Leuten zugänglich waren. So haben beispielsweise MfS-Mitarbeiter Material entwendet und sich gewissermaßen als eine Art "Lebensversicherung" mit nach Hause genommen. Und es gibt Presseorgane, die sich rühmen, genügend Unterlagen für die nächsten zehn Jahre zu haben. Es ist übrigens nunmehr gesetzlich geregelt worden, daß die Unterlagen dem Bundesbeauftragten herausgegeben werden müssen, was dazu führt, jetzt von einem massiven Eingriff in Artikel 5 des Grundgesetzes - Pressefreiheit - zu sprechen. Daneben haben wohl noch weitere Stellen Material.

Ich meine, wenn schon der Geist teilweise aus der Flasche ist, sollte man besser konsequent nach vorne gehen.

Seebacher-Brandt

Herr Geiger, würden Sie uns bitte noch schildern, wie es zur Einrichtung der Gauck-Behörde gekommen ist. Sie war ja nicht von Anfang an vorgesehen.

Geiger

Bereits die freigewählte Volkskammer der DDR hat darüber diskutiert, was mit den Unterlagen des MfS geschehen soll und in einem entsprechenden Gesetz entschieden, daß die Akten gesichert und nicht vernichtet werden sollen. Zum einen sollten sie der Überprüfung dienen, ob jemand MfS-verstrickt war; zum anderen sollten sie den Opfern zugänglich gemacht werden.

Der Einigungsvertrag enthielt hierzu die vorläufige Regelung, daß die Akten von einem Sonderbeauftragten, wie er genannt wurde, zu sichern sind und nur für bestimmte Zwecke,

beispielsweise für die Überprüfung auf MfS-Verstrickung und für Ermittlungen in Strafverfahren, benutzt werden dürfen.

Im Laufe des Jahres 1991 wurde dann das Stasi-Unterlagen-Gesetz diskutiert, wobei insbesondere im Westen viele Vorbehalte laut wurden, ob man dieses Material tatsächlich den Bürgern zugänglich machen sollte, was ja im Einigungsvertrag so nicht vorgesehen war.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Entscheidung, den Bürgern Akteneinsicht zu gewähren, ergab sich aus dem vom Bundesverfassungsgericht entwickelten "Recht auf informationelle Selbstbestimmung", das im sogenannten Volkszählungsurteil aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz (Recht auf Achtung der Menschenwürde) und Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz (Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit) abgeleitet wurde. Danach hat der einzelne das Recht zu wissen, über welche Kenntnisse der Staat von ihm verfügt, damit er in freier Entfaltung über sein künftiges Leben selbst entscheiden kann. Aus diesem Recht auf informationelle Selbstbestimmung folgt, daß man die Stasi-Unterlagen dem Bürger zur Verfügung stellen muß.

Nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz hat der Bürger das Recht zu fragen, ob es über ihn Unterlagen gibt, und wenn ja, dann in diese einzusehen und gegebenenfalls Kopien zu erhalten. Dieses Recht ist jetzt sogar noch erweitert worden, indem der Bürger auch das Recht hat zu erfahren, wer sich hinter den Decknamen der inoffiziellen Mitarbeiter verbirgt, die über ihn berichtet haben. Denn in den Akten der Opfer stehen die IMs nur mit Decknamen. Anderenfalls besteht die Gefahr, daß man beim Lesen seiner Akte alle möglichen Leute verdächtigt, ohne es genau zu wissen.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz sieht im wesentlichen drei Verwendungszwecke vor:

1. Die Unterlagen sind zu verwenden für Zwecke der Feststellung einer offiziellen oder inoffiziellen Mitarbeit beim MfS, etwa bei der Verfolgung von Straftaten, der Wiedergutmachung oder auch der Rentenberechnungen.
2. Der Bürger hat das Recht auf Einsichtnahme in seine Akten.
3. Die Akten dienen für die politische, historische und juristische Aufarbeitung. Dieser Zweck wird zunehmend an Bedeutung gewinnen, wenn es darum geht zu erkennen, welche Mechanismen hinter dem System standen.

Prantl

Ich möchte mich zu drei Punkten äußern: Erstens - ausführlicher - mein Unbehagen darüber zum Ausdruck bringen, wie der Rechtsstaat mit dem DDR-Unrecht umgeht; zweitens etwas dazu sagen, wie der Funktionselitenwechsel im Osten vor sich gegangen ist. Und drittens möchte ich die Notwendigkeit einer "kleinen Vergangenheitsbewältigung" auch im Westen betonen, betreffend die Art und Weise, wie Gerichte bei uns während der Zeit des Kalten Krieges geurteilt haben.

Zunächst zum Unbehagen am Rechtsstaat beim Umgang mit dem DDR-Unrecht: Der Rechtsstaat trifft also im Osten ein und wirbt dann damit, was er alles nicht könne. Da heißt es, er könne Unrecht nicht als Unrecht fassen; er könne nicht, wie der Bürger es von ihm erwartet, die Altlasten der Diktatur mit juristischen Mitteln bewältigen. Diese Schwierigkeit sei gerade ein besonders positives Kennzeichen unseres staatlichen Systems.

Dies mag zum Teil zutreffen. Dennoch sind mit solcher Argumentation gefährliche Irritationen verbunden, nämlich ein Erstaunen über die Ratlosigkeit des Rechtsstaates im Umgang mit dem DDR-Unrecht, ein grollender Zweifel an den inneren Werten einer Ordnung, die es sich geradezu zugute hält, begangenes Unrecht nur unter größten Schwierigkeiten anklagen zu können.

Ein Unbehagen geht auch über die ersten Gerichtsverfahren gegen DDR-Unrecht um, die wie Alibiveranstaltungen wirken und einmal mehr zu bestätigen scheinen, daß man zwar jede kleine Unterschlagung bestrafen kann, nicht aber eigentliches Unrecht. Der Mauerschützenprozeß ist zu einer eigenartigen Demonstration dieses Vorurteils geraten - als solle er den Eindruck vermitteln, daß man die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit besser bleiben läßt, weil es ohnehin nicht gelingt, die wirklich Verantwortlichen des alten Systems zu fassen. Dieser Eindruck bringt den Rechtsstaat in Mißkredit.

Natürlich kann man darauf verweisen, daß der Rechtsstaat viel mehr bedeutet als das Hantieren mit dem Strafrecht. Der Rechtsstaat zeige sich doch im gesamten Alltag: Er schützt und hegt heute den Bürger im Osten, räumt ihm Klagerechte ein gegen jeden und alles, den Staat inklusive. Das ist schon richtig. Indes kann die Fülle der Rechte und ihre Unübersichtlichkeit den Zugang zu diesem

Rechtsstaat sehr erschweren. Deshalb mißt gerade der Bürger im Osten den Rechtsstaat daran, wie er mit DDR-Unrecht umgeht.

Für Menschen gibt es wohl keine schlimmere Ungerechtigkeit als jene, die im Namen des Gesetzes oder im Namen des Volkes begangen wird. Und ausgerechnet vor diesen schlimmen Ungerechtigkeiten erweist sich der Rechtsstaat als ohnmächtig. Das muß bei den Menschen Unbehagen und Zweifel auslösen, die sich noch verstärken werden, wenn erst das ganze Ausmaß begangenen Unrechts aus den Stasi-Akten deutlich wird, ohne daß dies zu strafrechtlichen Konsequenzen führt.

Daß der Rechtsstaat nicht in der Lage ist, Unrecht solchen Ausmaßes zu erfassen, ist eine recht fest gefugte allgemeine Erkenntnis. Das reicht in der Strafrechts- und Dogmengeschichte zurück bis zu den Kirchenvätern, die der Meinung waren, man solle es dem lieben Gott überlassen, großes Unrecht zu bestrafen und statt dessen besser vorbeugen. Viel genützt hat diese Lehre bisher offenbar nicht. Im übrigen ließe sie sich genausogut auf die ganz normale Alltagskriminalität anwenden.

Nun hat man in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ja recht gute Erfahrungen mit dieser Zurückhaltung des Rechtsstaates gegenüber Nazi-Verbrechen gemacht. Nach einer vorübergehenden von den Besatzungsmächten auferlegten politischen Unmündigkeit begann man nach dem Motto zu handeln: Lieber stecken wir unsere Energie fruchtbringend in die Zukunft als selbstquälerisch in die Vergangenheit. Die Bundesrepublik entwickelte sich nach einem gängigen Urteil so: Als ökonomisch starke Republik, die auf moralisch ziemlich schwachen Füßen steht. Viele Schuldige konnten ihre Spuren verwischen, die Mitläufer reüssierten, und die Schwammerberger verschwanden.

Als der Rechtsstaat sich dann irgendwann doch besann, daß es damit eigentlich nicht sein Bewenden haben könne, war es fast zu spät; die Vergangenheit war zu weit entrückt, um sie juristisch noch greifen zu können. Und so gab man sich mit der Erkenntnis zufrieden, der Rechtsstaat sei eben nicht in der Lage, mit Unrecht in solchen Riesendimensionen umzugehen. Ein Beweis für die Richtigkeit dieser Lehre sind die Erfahrungen in der alten Bundesrepublik freilich nicht.

Sicher, das Strafrecht kann nicht alles; aber es kann doch einiges bewirken. Ich meine beispielsweise, daß durch Strafprozesse gewissermaßen auch pädagogische Prozesse ausgelöst werden können. Im Westen lächelt man schnell darüber, wenn der Osten über Rechtsanwalt Schily herfällt, weil er beim Prozeß gegen Berghofer die These vertreten hat, daß man etwas Falsches nicht falschen könne (was letztlich nur eine Verallgemeinerung des bekannten Filbingerprinzips ist, daß heute nicht Unrecht sein könne, was gestern Recht war). Das muß nicht die persönliche Ansicht von Herrn Schily sein, was er da zur Verteidigung von Herrn Berghofer vorbringt. Vielleicht lernt die Bevölkerung aus solchen Strafprozessen, daß ein Verteidiger, ein Staatsanwalt oder ein Richter ja nicht für seine Person spricht, sondern daß er eine Prozeßaufgabe wahrzunehmen hat, nach besten Kräften, daß man deshalb abstrahieren muß - und dann vielleicht begreift, daß der Strafprozeß letztlich ein Ringen um Wahrheit ist.

Auf der anderen Seite sollte die Justiz die Betroffenheit ernst nehmen, die in der Bevölkerung erkennbar wird, ohne sich deshalb von öffentlichen Emotionen bei der Urteilsfindung leiten zu lassen. Die Justiz darf, so meine ich, den Zorn der Opfer nicht mit einem nachsichtigen Lächeln abtun, sondern sollte ihn als Ansporn verstehen, mehr zu leisten, als sie im Umgang mit der Nazi-Diktatur geleistet hat.

Der Rechtsstaat muß im Osten zeigen, daß er nicht nur auf die Ökonomie fixiert ist - den Eindruck vermittelt er in den letzten zwei Jahren;- , sondern daß es bei aller Bedeutung wirtschaftlicher Prosperität so etwas wie ein rechtsstaatliches Gewissen gibt. Dieses rechtsstaatliche Gewissen kann sich natürlich nicht nur in Strafverfahren zeigen, sondern auch in dem, was Herr Thierse mit dem Wort "Tribunal" zu umschreiben suchte. Ein solches Tribunal aber kann nur erfolgreich sein, wenn parallel dazu das Justizverfahren funktioniert und für die Menschen einsichtig ist.

Was den Elitenwechsel angeht - damit komme ich zu meinem zweiten Punkt;- , so kennen wir im Prinzip drei Modelle. Modell eins: Man wechselt die Elite nicht aus, weil man befürchtet, der Staat, die Gesellschaft würden das Verschwinden der alten Elite nicht verkraften. Dies erleben wir jetzt in ganz Osteuropa. Richter, hohe Beamte, Kombinateleiter und so weiter bleiben in ihren Positionen. Dieses Modell hat man in Frankreich nach Pétain und in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend angewandt.

Die DDR hat nach dem Krieg ein völlig anderes Modell gewählt - und dafür gibt es in der Weltgeschichte nur wenige Beispiele;- , nämlich einen radikalen Elitewechsel. Und was wir jetzt nach der Wende versuchen, ist ein drittes Modell, das zwischen eins und zwei liegt.

Was ich daran kritisiere, sind die Maßstäbe, die meines Erachtens nicht stimmen. Ich nehme nur das Beispiel der Richter in der DDR. Übriggeblieben sind nicht die Couragierten; die haben sich längst aus der Justiz verabschiedet und nach anderen Wegen im neuen System gesucht. Die politischen Scharfmacher sind es auch nicht; diese Karrieristen waren intelligent genug zu wissen, daß sie im neuen System keine Chance hatten. Wer geblieben ist, sind die servilen Diener der Macht, die Mitläufer, jene, die sich immer ganz gut arrangieren können. Gerade diese unpolitischen Diplomjuristen kann ein Rechtsstaat eigentlich nicht gebrauchen.

Noch kurz ein Wort zur Vergangenheitsbewältigung im Westen. Die Geschichte der Strafrechtsänderungsgesetze in der Bundesrepublik zeigt im Grunde die ständige Ausweitung des politischen Strafrechts. Ich denke etwa an die Ausweitung der Paragraphen 99 folgende, die den Tatbestand des Hochverrates et cetera betreffen. Da sollte man schon einmal darüber nachdenken, was eigentlich im Umfeld des KPD-Verbotsurteils geschehen ist und späteren den 60er Jahren, unter Rubrik: "Wer den Schah bekämpft, ist ein Feind des Grundgesetzes". Ich halte es jedenfalls für wichtig, über die Rolle, die Gesetzgeber und Recht im Kalten Krieg bei uns gespielt haben, einmal kritisch nachzudenken.

Domsch

Was die Frage der Richter in der DDR angeht, Herr Prantl, so hatten wir glücklicherweise eine Rechtsgrundlage zur Verfügung, die noch von der Volkskammer der DDR nach der Wende verabschiedet wurde, und zwar in der Erkenntnis, daß es sich dabei nicht um einen juristischen Prozeß, sondern um eine politische Entscheidung handeln mußte. Zwei Gesichtspunkte standen im Vordergrund: Wie stark war der betreffende Richter in das alte System verstrickt? Und: Ist zu erwarten, daß die Bevölkerung diesem Richter in Zukunft Vertrauen entgegenbringt? Denn die Frage des Vertrauens gegenüber dem Rechtssystem ist auch an Personen gebunden.

Reinfried

"Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung", diese These läßt sich vielleicht nicht verallgemeinern, aber hier und heute hat sie ihre besondere Gültigkeit. Wie gehen wir mit unserer Vergangenheit um? Ein Freund von mir hat dafür einen recht eindringlichen Vergleich gebraucht. Der Trabi war ein beliebtes Fahrzeug. Was machen die Bürger jetzt damit? Die einen stellen ihn an den Rand der Autobahn, schrauben das Nummernschild ab, nehmen auch die Reifen mit und lassen das Wrack dort liegen. Das ist ihre Art von Vergangenheitsbewältigung. Der andere fährt seinen Trabi weiter und bringt am 3. Oktober 1990 hinten ein Schild an: Ich bin jetzt ein Westwagen.

Was Herr Geiger hier aufgezeigt hat, macht wohl überaus deutlich, daß wir die Vergangenheit bei uns nicht einfach unter den Teppich kehren können. Das legen uns ja politische Berater aus dem Westen hin und wieder nahe und geben uns den Rat: Geht endlich zur Tagesordnung über, widmet Euch den wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben für die Zukunft und laßt das, was die Vergangenheit Euch beschert hat, vergangen sein. Dazu kann ich nur sagen: Nein; die Opfer in der DDR haben ein Recht auf Rehabilitation, soweit das überhaupt möglich ist, und die Täter sollten zur Rechenschaft gezogen werden.

Es gibt auch bereits eine ganze Anzahl von Veröffentlichungen, die sich insbesondere mit der Stasi-Thematik beschäftigen. Darunter sind etwa Berichte von Bürgerkomitees zur Auflösung der Bezirksverwaltungen, die allerdings nicht im Buchhandel erhältlich sind.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine Vergangenheitsbewältigung, die im Osten, aber auch im Westen notwendig ist? Bei uns im Osten sollte sich jeder fragen und dazu kann ein Einblick in seine Stasi-Akte hilfreich sein: Wie hoch war bei mir das Maß an Anpassung an die Ideologie, an das System, und war das tatsächlich notwendig? Mußte ich tatsächlich so viele Kompromisse eingehen, weil ich meinte, anders keine Chance zu haben? Das ist auch die Frage nach Zivilcourage und Selbstbestimmung, die dabei neu gestellt wird. Und ich erlebe ja auch, welche "Anpassungsleistung" von westlichen Beamten gegenüber ihren Behörden vollbracht werden. Diese sollten sich ebenfalls fragen, ob das, was sie tun, immer so notwendig ist. Und vielleicht kann vieles von dem, was im westlichen Teil Deutschlands nach 1945 nicht geleistet worden ist, jetzt im Lichte der DDR-Geschichte noch einmal angefragt werden.

Ringstorff

Ich kann Ihnen nur zustimmen, Herr Reinfried, wenn Sie sagen, wir sollten mit Ratschlägen nach dem Motto: "vorwärts und schnell vergessen", die uns vornehmlich aus dem Westen erteilt werden, mit aller

Zurückhaltung umgehen. Solche Ratschläge kommen übrigens nicht nur aus der Politik, sondern besonders aus der Wirtschaft.

Schmidt

Was ist eigentlich nach 1945 mit den Akten der Gestapo geschehen? Das sollte man schon ein wenig vergleichen, um auch die Fehler zu erkennen, die wir damals gemacht haben. Darüber hinaus würde mich interessieren, wie die Franzosen nach der Beseitigung der Pétain-Regierung damit umgegangen sind. Wie haben sich die Italiener nach dem Sturz von Mussolini verhalten?

Seebacher-Brandt

Und die Spanier nach Franco.

Schmidt

Wenn ich das richtig sehe, ist der normale deutsche Bürger durch die Gestapo nicht entfernt so weitgehend observiert und drangsaliert worden, wie Herr Geiger uns das eben zu meinem tiefen Erschrecken für die DDR geschildert hat. Auf der anderen Seite war die Gestapo der Arm einer unendlich viel grausameren Diktatur, die Millionen Menschen auf dem Gewissen hat. Doch nach dem, was wir eben gehört haben, bin ich der Meinung, daß man die Zukunft nur dann richtig gestalten wird, wenn man aus der Vergangenheit lernt.

Geiger

Die meisten Unterlagen aus dem Dritten Reich sind von den Alliierten übernommen worden. Eine große Materialsammlung befindet sich im American Document Center in Berlin, darunter auch viele Gestapo-Unterlagen. Erste Kontakte mit dem neuen Chef der russischen Archivverwaltung haben übrigens ergeben, daß sich nach wie vor auch Unterlagen in Moskau befinden.

Schmidt

Diese Unterlagen sind also nicht offengelegt worden?

Geiger

Nein. Selbst die Unterlagen des American Document Center sind weitgehend unter Verschuß, und der Zugang ist außerordentlich schwierig.

Schmidt

Wer hat den Beschluß gefaßt, nicht offenzulegen?

Geiger

Die Alliierten.

Schmidt

Warum haben wir diesen Beschluß nach 1949 nicht revidiert? Welche Motive waren maßgebend, uns damals anders zu verhalten als gegenwärtig im Falle der DDR?

Vollmer

Wir haben diese Unterlagen bis heute nicht von den Amerikanern abgefordert.

Schmidt

Dafür muß es ja wohl Gründe gegeben haben, wenn Juristen wie Adolf Arndt oder Thomas Dehler darauf verzichtet haben, obwohl sie selber Opfer der Gestapo gewesen sind.

Thierse

Vielleicht besteht ein kleiner Unterschied darin, daß an dem Umbruch 1989 - neben vielen anderen Faktoren, die Herr Schmidt erwähnt hat - eben auch wir selber beteiligt waren. 1945 gab es dagegen keine Spur von Selbstbefreiung.

Altmann

Wir sollten nicht vergessen, daß das Verfahren der Entnazifizierung ein moralisch höchst problematisches Ergebnis gebracht hat.

Seebacher-Brandt

Einer der grundlegenden Unterschiede zwischen der Nazi- und der DDR-Diktatur bestand nicht zuletzt darin, daß die Gestapo weniger aufgeschrieben als gefoltert und gemordet hat. Was in den Akten der Gestapo steht, ist im Vergleich zu den Stasi-Akten wenig.

Hinzu kommt, daß die Dimension der Verbrechen im Dritten Reich eine andere war. Die Menschen waren nach 1945 nicht fähig, auf die Leichenberge und in die Gaskammern zurückzublicken, wenn sie weiterleben wollten. Man entschuldigt nichts, wenn man sagt: Jede Zeit hat ihre Diktatur. Man nimmt auch den Maßnahmen, wie sie Herr Geiger geschildert hat, nichts von ihrem Schrecken, wenn man sagt: Es gibt Verbrechen, die - zumal in unserer Medienwelt - Unterhaltungswert haben, und es gibt solche, die ihn nicht haben.

Geiger

Herr Schmidt fragte danach, wie man sich in anderen Ländern verhalten hat. Die Griechen zum Beispiel hatten nach dem Zusammenbruch des Obristen-Regimes beschlossen, alle Akten zu vernichten. Aber erst während der Übergangsregierung nach Papandreou, die die Demokratische Partei mit den Kommunisten bildete, hat man mit der Vernichtung begonnen. Ob die Aktion inzwischen abgeschlossen ist, weiß ich nicht. Auch die Spanier haben beschlossen, die Materialien nicht zu öffnen.

Seebacher-Brandt

Von den Franzosen nicht zu reden!

Stiller

Die französischen Akten sind auf persönliche Anordnung von de Gaulle geschlossen worden, nachdem er zunächst die Untersuchung der Akten befohlen hatte. Als aber die ersten Ergebnisse der Einsichtnahme vorlagen, hieß es: Wenn dieses Material veröffentlicht wird, bricht die Republik auseinander.

Seebacher-Brandt

Als Charles de Gaulle nach Frankreich zurückkehrte, soll er gesagt haben: "Ich komme zu einem Volk von 80 Millionen Menschen zurück, 40 Millionen Pétainisten und 40 Millionen Kämpfer der Résistance." Daraus hat er dann den Schluß gezogen und die Dinge ruhen lassen.

Vollmer

Ich bin im Bundestag mit dem Thema Document Center näher befaßt gewesen. Sichergestellt haben die Amerikaner das Material, die es erst herausgeben wollten, wenn sie alles verfilmt hatten. Sie wollten zum Beispiel bei der Einreise in die Vereinigten Staaten wissen, ob jemand Nazi war. Auch der Jüdische Weltkongreß war an diesem Material interessiert.

Die deutschen Stellen haben bis heute keinen Wert darauf gelegt. Zur Begründung hat man gesagt: Es geht um die Sicherung des sozialen Friedens. Wir können nicht zulassen, daß jedermann nachsieht, ob sein Nachbar Nazi gewesen ist. Das hat bei der Diskussion um das Bundesarchiv-Gesetz eine Rolle gespielt, das ja einen gewissen Zugang zu den Akten erlaubt, jedenfalls für wissenschaftliche Zwecke. In diesem Gesetz ist auch festgelegt, daß eine allgemeine Öffnung erst nach 30 Jahren erfolgt.

Schmidt

In welchem Zeitraum spielt das, was Sie jetzt sagen, Frau Vollmer?

Vollmer

Das fand in der letzten Legislaturperiode statt.

Jedenfalls steht der Gesichtspunkt "Wahrung des sozialen Friedens" im Vordergrund. Ich nehme an, daß in anderen Ländern ähnlich argumentiert wird.

Heimsoeth

Herr Geiger hat unter anderem die Verwendung der Akten zu Zwecken der politischen und historischen Aufarbeitung angesprochen. Dieser Aspekt ist in meinen Augen der problematischste. So wurde das Buch von Besier über die Rolle der Kirche im SED-Staat anhand von einzelnen Stasi-Akten geschrieben und von der FAZ bereits als grundlegende Geschichtsbeschreibung apostrophiert.

Ich meine, es wäre vordringlich zu bewerten, welche Rolle das MfS in der DDR tatsächlich gespielt hat und wie die Stasi-Akten einzuschätzen sind. Je mehr Zeit verstreicht, desto mehr gewinnt das geschriebene Material an Bedeutung, und das Verständnis nimmt immer mehr ab, warum Menschen in ihrer konkreten Lage so gehandelt haben, wie sie gehandelt haben. Wie steht es um diese Bewertung des Materials?

Geiger

Besier hat sein Buch anhand von Akten geschrieben, die ihm in die Hände geraten sind, ohne systematische Auswertung der MfS-Archive, die im letzten Jahr gesetzlich auch noch nicht zulässig gewesen ist. Er hat sich mit der Veröffentlichung im Dezember sehr beeilt, weil er möglicherweise Schwierigkeiten mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz befürchtete. Für die Bewertung von Unterlagen ist es natürlich wichtig, daß man sie richtig einordnen kann. Insofern ist dieses Buch sicher kein optimales Beispiel für eine historisch und politisch adäquate Aufarbeitung, ohne daß ich Herrn Besier zu nahe treten will.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz sieht für die politisch-historische Aufarbeitung den Aufbau einer eigenen Abteilung vor, die vor allem die Aufgabe haben soll, Wissenschaftler zu unterstützen und zu beraten. Hier muß sorgfältig wissenschaftlich gearbeitet werden.

Domsch

Mir ist wichtig, daß Sie, Herr Geiger, das Buch von Besier offenbar mit großem Vorbehalt sehen - zumal Herr Besier die ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen auch nicht vollständig ausgewertet hat, sondern dabei sehr selektiv vorgegangen ist, um seine einseitigen Thesen zu untermauern.

Geiger

Ich wollte nur deutlich machen, daß das Buch nicht auf Materialien des Bundesbeauftragten beruht und Herr Besier infolgedessen keinen Gesamtüberblick haben kann.

Schröder

Wenn ich mich frage, was für jemanden wie mich, der in der DDR gelebt hat, an den jetzigen Entdeckungen wirklich neu ist, dann muß ich sagen: Außer der Tatsache, daß die Stasi auch noch Geruchsproben von Oppositionellen für ihre Spürhunde gesammelt hat und mit dem internationalen Terrorismus so verwachsen war, hat mich nichts prinzipiell überrascht. Ich und meinesgleichen haben es uns ungefähr so gedacht, wenn wir auch von dem zahlenmäßigen Ausmaß keine Vorstellung haben konnten. Aber daß sie überall dabei sind, alles mithören und sammeln und im Grunde in ihren Informationen ertrinken müßten, darüber haben wir uns sogar oft lustig gemacht.

Was das Besier-Buch betrifft, unabhängig davon, wie man dies jetzt beurteilt, Tatsache ist leider, daß es die Bischöfe der östlichen Landeskirchen in den zurückliegenden anderthalb oder zwei Jahren nicht fertigbekommen haben, sich zusammenzusetzen und ihre Erfahrungen auf diesem Felde auf den Tisch zu legen. Insofern muß ich diesem Buch leider eine positive Funktion zusprechen. Wer sich nicht selbst bewegen will, muß halt ein wenig geschubst werden.

Bei der Argumentation von Herrn Prantl ist mir sehr unwohl, weil es nicht reicht, nur auf irgendwelche Mißstände zu verweisen, ohne zu sagen, wie es denn statt dessen gemacht werden soll. Sind Sie also der Meinung, es sollten neue Straftatbestände geschaffen werden, die rückwirkend angewendet werden dürfen? Oder gibt es in Ihren Augen irgendein Naturrecht, das wir jetzt zur Grundlage von Gerichtsentscheidungen machen sollen - und nicht nur zur Grundlage einer Reflexion über die "Gerechtigkeit" von Gesetzen? Wenn Sie beides nicht wollen, können Sie nur von der Grundlage, die vorhanden ist, ausgehen, und allenfalls sagen, daß intensiver ermittelt werden muß. Dafür bin ich auch.

Fragen Sie sich selbst: Wofür wollen Sie Honecker vor Gericht stellen? Wenn Sie keine rückwirkenden Gesetze zulassen, bleiben nicht so sehr viele Tatbestände. Damit muß man leben. Daß man die Gesetze eines Unrechtsstaates nicht uneingeschränkt anerkennt, leuchtet mir ein. Aber im Prinzip muß man Tatbestände an damals geltenden Normen messen und dabei die entsprechenden Widersprüche zwischen geltenden Normen aufzeigen.

In meinem Falle habe ich immer argumentiert, eine Vorschrift, welche mir bei Strafandrohung verbietet, nichtgeheime Nachrichten - sprich: Zeitungen - zu sammeln, weil ich sie gegen die DDR verwenden könnte, war für mich in sich absurd. Die konnten ja meine Absicht nicht lesen. Also habe ich Zeitungen gesammelt. Ich bin oft darauf angesprochen worden, ob ich nicht wüßte, daß das strafbar sei. Darauf habe ich gesagt: Das kann nicht strafbar sein; denn ich habe diese Zeitungen redlich erworben - und außerdem ist es mir egal.

Einen solchen Maßstab kann ich akzeptieren. Aber wir können nicht davon abgehen, daß die Maßstäbe bekannt sein mußten, nach denen etwas als Unrecht beurteilt wurde, sonst fühle ich mich als DDR-Bürger in einer schwierigen Situation, indem Sie uns hinterher sagen, was wir hätten berücksichtigen müssen.

Müller-Groeling

Was sagen Sie zu den Mauerschützen?

Schröder

Eine Verurteilung zur Bewährung fände ich am besten. Die Strafe, die sein muß, darf das Leben der Betroffenen nicht entscheidend beeinträchtigen. Das heißt, man muß auch berücksichtigen, daß dies mit Mord im üblichen Sinne nicht zu vergleichen ist.

Prantl

Ich will keine rückwirkenden Gesetze erlassen, Herr Schröder, sondern mich an die geltenden Normen halten. Wogegen ich mich wende, ist, daß von vornherein gesagt wird "es kommt ohnehin nichts dabei heraus". Das muß im Verfahren geklärt werden.

Biedenkopf

Das ist eine typische Westargumentation. Hier wird von niemandem gesagt, daß nichts dabei herauskommt. Die Prozesse werden vielmehr mit großer Intensität betrieben. Hier setzen sich die Menschen durchaus mit der Frage auseinander, ob man jemanden wie Berghofer oder andere vor Gericht bringen muß oder nicht. Im Kabinett haben wir stundenlang darüber diskutiert, und zwar nicht mit dem Vorbehalt, daß sowieso schon alles gelaufen sei. Wir haben vielmehr versucht, die Möglichkeiten des Rechtsstaates auszuloten. Genau wie Herr Schröder es sagt. Wir werden dann irgendwo an Grenzen stoßen, und die müssen wir erklären.

Ringstorff

Drei Fragen an Herrn Geiger.

Erstens: Gab es den Befehl von General Schwanitz - dem Mielke-Nachfolger-, daß die Akten bestimmter Personengruppen zu vernichten sind?

Zweitens: Besteht die Möglichkeit, über Komplementärakten an Leute heranzukommen, deren Unterlagen vernichtet sind? Ist eine Übersetzung der in den Komplementärakten vorhandenen Decknamen möglich?

Drittens: Gibt es in den MfS-Unterlagen Hinweise auf KGB-Agenten, die ja eigentlich für das MfS tabu waren? Es soll dort Sicherungsvorgänge gegeben haben, aus denen hervorgeht, daß jemand, der für den KGB arbeitet, für das MfS tabu ist.

Geiger

Es gibt in der Tat einen generellen Befehl von General Schwanitz, Material, insbesondere der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), zu vernichten. Der wurde in Einzelbefehle in den Bezirksverwaltungen umgesetzt.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer nachgeordneter Befehle von Abteilungsleitern, die Auflistungen von herausgehobenen IMs enthalten und deren Akten vernichtet worden sind. In der

Presse ist der Fall des Rektors Fink diskutiert worden. Der Leiter, der für die Kirchen zuständigen Abteilung hatte die Anweisung auf Vernichtung von bestimmten IM-Akten schriftlich bestätigt. Das gilt im übrigen auch für die Vernichtung von Opfer-Akten.

Zu ihrer zweiten Frage: Kann man aus Komplementärakten bei vernichteten IM-Akten rekonstruieren? Man kann es. Dazu muß man wissen, daß das MfS die Berichte der einzelnen inoffiziellen Mitarbeiter nicht nur in deren Akte eingestellt hat. Vielmehr sind diese zusätzlich in die Akten der Opfer geflossen. Das heißt, selbst dann, wenn IM-Akten durch die Gnade des MfS vernichtet wurden, sind wir in der Lage, wenn auch mühsam, über die Opfer-Akten an diese Tatbestände heranzukommen. Und da das MfS sehr preußisch genau gearbeitet hat, läßt sich vieles ermitteln.

So hatte jeder Führungsoffizier ein sogenanntes Führungsheft anzulegen, in dem sowohl seine inoffiziellen Mitarbeiter verzeichnet waren, wie auch die operativen Vorgänge, die er zu betreuen hatte und für die er natürlich in der Regel seine inoffiziellen Mitarbeiter einsetzte. Wenn man nun - auch das ist mühsam - überdiese Führungshefte die operativen Vorgänge zieht, findet man die Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern.

Kann man aus diesen Komplementärakten rekonstruieren, wer der betreffende inoffizielle Mitarbeiter tatsächlich ist? Ja und nein. In dem Fall tut man sich wesentlich leichter, wenn die Decknamenkartei, F 77 genannt, vorhanden ist.

Sie haben wahrscheinlich den Fall von Gregor Gysi verfolgt, der durch die Zeitungen gegangen ist. Einige Leute aus der Bürgerbewegung, die ihre Akten bereits einsehen konnten, waren auf einen IM mit dem Decknamen "Notar" gestoßen, von dem sie meinten, daß sich Gysi dahinter verbergen könnte. Auch Bärbel Bohley hat so etwas nicht ausgeschlossen, weil sie in ihrer Akte auf Informationen gestoßen war, die sie nur ihrem Anwalt Gysi mitgeteilt hatte. Ausgerechnet in diesem Fall ist jedoch die Karteikarte verschwunden, und man könnte das nur aus vielen Akten rekonstruieren. In manchen Fällen läßt es sich überhaupt nicht eindeutig feststellen, wer sich tatsächlich hinter einem Decknamen verbirgt. Dann darf man niemanden belasten - auch das sagt das Gesetz.

Aber in der Regel läßt sich aus Komplementärakten sehr viel rekonstruieren. Das ist natürlich das Damoklesschwert, das über vielen inoffiziellen Mitarbeitern schwebt, die das Glück hatten, daß ihre Akten vernichtet worden sind.

Drittens: KGB-Agenten in MfS-Akten. Wir finden in MfS-Akten immer wieder Hinweise, daß Leute für den KGB gearbeitet haben. So ist mir ein operativer Vorgang gezeigt worden, wonach das MfS Zweifel an einer Person hatte, weil diese sich so merkwürdig verhielt. Nach der Überprüfung wurde dann die operative Personenkontrolle eingestellt mit dem Vermerk: "arbeitet für die Freunde". Das war die Bezeichnung, wenn jemand für den KGB arbeitete. "Gute Freunde" wiederum waren interne Leute in der DDR.

Es gibt weitere Hinweise, daß inoffizielle Mitarbeiter offiziell an den KGB übergeben worden sind. Das kann auch einmal ein Sicherungsvorgang sein, der an sich aber wenig besagt. Dazu brauchte man dann die Sicherungsvorgangsakte, in der steht, warum eine Person abgedeckt ist. Es kann also durchaus sein, daß sich hinter einem Sicherungsvorgang auch ein KGB-Agent verstecken kann.

Schmidt

Waren die Strukturen von Stasi und KGB von vornherein kompatibel angelegt?

Geiger

Ja. Das MfS hat im KGB stets den großen Bruder gesehen und sich ganz nach dessen Vorbild organisiert - wobei sich das MfS im Laufe der Zeit aber als wesentlich funktionsfähiger angesehen hat.

Reinfried

Mir ist ein sehr detaillierter Befehl bekannt, der in über 50 Positionen aufführt, welche Art von Akten zu vernichten sind. Dabei handelt es sich vor allem um Geheime Verschlusssachen, Vertrauliche Verschlusssachen, Kommandosachen. Aufgrund dieses Befehls ist zwischen dem 8. November und 3. Dezember 1989 tonnenweise Material vernichtet worden. Von Halle und Magdeburg sind russische LKWs zum Zementwerk Bernburg gefahren, um das Material in den Drehrohröfen zu verbrennen, weil normale Verbrennungsanlagen da/u nicht ausgereicht hätten. Glücklicherweise ist die Bevölkerung auf den Vorgang aufmerksam geworden.

In diesem Befehl steht auch: Die Vernichtung der Akten hat unter strengster Einhaltung der konspirativen Regeln zu erfolgen. Es sollte also niemand merken, was aber Gott sei Dank nicht geklappt hat.

Geiger

Zum Rektor Fink beispielsweise - das ist inzwischen alles öffentlich - gibt es Dokumente, die belegen, daß der Befehl des stellvertretenden Abteilungsleiters zur Vernichtung der Akte vom Abteilungsleiter bestätigt wurde. Es ist in zahlreichen Fällen festzustellen, in welchen Abteilungen des MfS die dort befindlichen Unterlagen an welchem Tag vernichtet worden sind, mit Unterschrift und Bestätigung. Die Akten sind zwar weg, aber der Fluß, wie das Ganze vernichtet wurde, ist wiederum nachvollziehbar.

Da mir das Ganze irgendwann so absurd vorgekommen ist, habe ich einen ehemaligen MfS-Mitarbeiter - einige wenige haben wir ganz bewußt bei uns - gefragt, wie denn so ein Unsinn möglich ist. Antwort: Wir wußten ja nicht, was demnächst geschieht. Gibt es wieder einen Umschwung und in welche Richtung? Wir wollten nicht, daß man dann uns den Vorwurf gemacht hätte, wir würden eigenmächtig wichtige Unterlagen vernichten.

Ringstorff

Sie haben darauf hingewiesen, Herr Geiger, daß bestimmte Personen nicht in die IM-Kartei aufgenommen beziehungsweise dort wieder herausgenommen wurden, weil man offiziellen Zugang zu ihnen hatte. Sie haben SED-Funktionäre genannt, Richter, Staatsanwälte. Bezog sich das auch auf Funktionäre anderer Parteien?

Geiger

In erster Linie ging es um SED-Funktionäre. Wir haben aber auch Funktionäre der CDU als inoffizielle Mitarbeiter gefunden. Doch auch dort gibt es Ausnahmen. Es gibt beispielsweise Richter, die gleichwohl weiter inoffizielle Mitarbeiter blieben, weil es aufgrund ihrer besonderen Funktion, etwa als Familienrichterin, problematisch gewesen wäre, wenn die MfS-Kontakte nach außen deutlich gemacht worden wären. Da wollte man dann die Konspiration weiter wahren. Derartige Ausnahmen gab es ebenso in höheren Parteigremien, nicht aber bei hauptamtlichen SED-Funktionären.

Aber von einer bestimmten Ranghöhe an, bei der die Öffentlichkeit es durchaus als normal hinnahm, daß das MfS mit dieser Person Kontakt aufnahm, war die Konspiration, die ja aufwendig war, nicht notwendig.

Vollmer

Das, was jetzt mit den Stasi-Akten geschieht, ist in der Tat ein einmaliges gesellschaftliches Experiment, und niemand weiß, was dabei herauskommen wird. Grundsätzlich begrüße ich diese Vorgehensweise. Aber ich bin in verschiedener Hinsicht auch besorgt. Zum einen halte ich es für ausgesprochen problematisch, wenn dieses gesellschaftliche Experiment nur bei einem Teil der Bevölkerung vor sich geht, nämlich bei der DDR-Bevölkerung, während die westlichen Verstrickungen in den Dokumenten, wie Herr Geiger sagte, größtenteils nicht mehr auffindbar sind. Dieses Mißverhältnis ist kaum erträglich.

Ein weiteres Problem sehe ich darin, daß die Menschen das, was sie in den Akten vorfinden, in vielen Fällen gar nicht richtig einordnen können, um entsprechend damit umzugehen. Hier bedarf es der Hilfestellung, und da sind besonders die Wissenschaftler gefordert.

Drittens muß man sich überlegen, wie denn eine nachträgliche Heilung von Unrecht möglich ist und vor sich gehen sollte. Auch darüber muß intensiv gesprochen werden. Wird das Schwergewicht dabei auf Entschädigungsfragen gelegt, oder geht es in erster Linie um Gerichtsprozesse gegen Täter, oder brauchen wir vor allem eine gesellschaftliche Debatte - das war ja die Idee des Tribunals;- um den Menschen die Möglichkeit zu geben, das ganze Geschehen zu verarbeiten.

Schließlich würde ich gern wissen, ob irgendwo in den Dokumenten festgehalten ist, welche Strategien die Stasi eigentlich verfolgt hat, auch während des Übergangs. Irgendwo müssen doch Lagebesprechungen der Stasi existieren, aus denen hervorgeht, warum beispielsweise in der kritischen Phase keine Waffen ausgegeben und nicht geschossen wurde. Vielleicht wollten sie ja die Politik wie gehabt beeinflussen, indem sie die neugegründeten Parteien an zentraler Stelle unterwanderten. Offenbar sind in den ersten Führungskadern sämtlicher neugegründeter Parteien Stasi-Agenten überproportional hoch vertreten gewesen. Gibt es dazu Strategiepapiere?

Geiger

Zu Ihrem ersten Punkt, Frau Vollmer, kann ich Sie etwas beruhigen: Der Westen fällt keineswegs völlig heraus. Die Vernichtung der Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung begnadigt zwar viele, aber es zeigt sich bei zunehmender Einsicht in die vorhandenen Unterlagen der anderen Abteilungen, beispielsweise der Spionageabwehr, daß wir hier auf viele Informationen kommen werden, so daß auch Leute im Westen, die sich mit der Stasi eingelassen hatten, zumindest nicht sorglos schlafen sollten. Man wird sicher nicht alles aufdecken, aber es wird deutlich werden, daß der Westen sehr stark verwickelt war.

Mit anderen Worten: Zu westlicher Hybris besteht überhaupt kein Anlaß. Im Gegenteil, ich halte es für besonders schändlich, wenn jemand ohne Druck mit einem solchen Organ zusammengearbeitet hat - anders als das in vielen Fällen in der besonderen Situation der DDR gegeben war. Hier wird mit einer zeitlichen Verzögerung noch einiges auf den Tisch kommen.

Seebacher-Brandt

Wie hoch schätzen Sie die westliche Beteiligung ein?

Geiger

Darüber haben wir leider keine zahlenmäßigen Angaben. Es gibt aber viele Indizien, daß es im Westen relativ leicht war, Leute anzuwerben. Mir hat kürzlich ein ehemaliger Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung berichtet, wie leicht es war, im Westen Leute zu gewinnen. Bestimmte Gruppierungen, die ich hier bewußt nicht benennen will, waren offenbar besonders anfällig für solche Werbungen zu inoffiziellen Mitarbeitern.

Was die richtige Einordnung der Akten angeht, so sind wir selbstverständlich bereit, den Betroffenen, die zu uns kommen, dabei zu helfen, wie sie das, was sie in den Akten vorfinden, bewerten können.

Sie haben dann gefragt, Frau Vollmer, ob es bei der Stasi eine Strategie für den Übergang gegeben hat. Das haben wir bisher nicht feststellen können. Es gibt nur einige merkwürdige Indizien. Mir lag vor längerer Zeit die Akte eines westdeutschen Bundestagsabgeordneten vor - eines "Opfers", um das klar zu betonen;- , der Mitte der 80er Jahre häufiger Bekannte in der DDR besucht hatte. Hier war das MfS besonders auffällig daran interessiert, was er zum Gedanken einer Konföderation zu sagen hatte. Das ist insofern interessant, als 1986/87 noch kaum jemand von Konföderation ; sprach. Das MfS wollte darüber Näheres wissen und ließ sogar in dieser Richtung nachfragen.

Möglicherweise hat man beim MfS doch schon recht frühzeitig - anders als im Westen in dieser Hinsicht sondiert, weil man in Kenntnis der miserablen wirtschaftlichen Lage der DDR auch an solche Alternativen gedacht haben mag, gewissermaßen als Absicherung, um sich anschließend möglichst in weichen Betten wiederzufinden, ökonomisch wie politisch.

Aber das sind nur indirekte Schlüsse. Entsprechende Unterlagen, die darüber Auskunft geben, stehen uns nicht zur Verfügung.

Reinfried

Daß sämtliche fünfzehn Bezirksverwaltungen des MfS zwischen dem 4. und 8. Dezember 1989, also innerhalb von vier Tagen, besetzt, beziehungsweise versiegelt worden sind, kann man schwerlich als Zufall interpretieren.

Schröder

Zum zahlenmäßigen Verhältnis von IM-Ost und IM-West kann ich für den kirchlichen Bereich eine ungefähre Schätzung nennen. In der zentralen Stelle Kirchen beim MfS in der Normannenstraße waren etwa 110 inoffizielle Mitarbeiter tätig. Dazu kommen dann noch die in den Bezirksämtern. Insgesamt schätzt man für die Kirchen im Osten ungefähr 1500 bis 3000 IMs, das heißt Informanten aus dem Umfeld der Kirchen insgesamt, nicht etwa aus der Pfarrerschaft. Bei der EKD im Westen sollen es 40 inoffizielle Mitarbeiter sein. Wenn man diese 40 in der West-EKD in Beziehung setzt zu den 110 auf östlicher Seite im MfS - für die Bezirksämter fehlt im Westen die Bezugsbasis;- , dann finde ich das westliche Engagement immerhin erstaunlich.

Weiss

Es wird immer wieder befürchtet - Frau Vollmer und Herr Klages haben sich hier in dieser Hinsicht artikuliert;- , daß die Offenlegung der personenbezogenen Unterlagen des MfS zu einer Zerstörung des Sozialgefüges führen könnte. Ich möchte dazu feststellen: In Ostdeutschland ist dieses Sozialgefüge bereits schwer beschädigt. Zum einen sind schon sehr viele Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen. Zum anderen schweigen sich die Insider, also diejenigen, die aktiv in das Stasi-System verstrickt waren, eisern aus. Beides führt zu einem unerträglichen Klima gegenseitiger Verdächtigungen, Vermutungen, haltloser Anschuldigungen. Da können wir nur heraus, wenn wir alles rückhaltlos offenlegen, soweit das nur irgend möglich ist.

Wird das Bekanntwerden der Einzelheiten bei den Betroffenen Rachegefühle auslösen? Wird es sozusagen Mord und Totschlag geben? Ich bin nicht dieser Meinung. Denn den meisten Menschen hier geht es vornehmlich um Klarheit über ihre Vergangenheit. Vieles, was ihnen widerfahren ist, können sie sich absolut nicht erklären, und sie wollen jetzt gerne wissen, ob möglicherweise die Stasi dahintersteckt.

Natürlich wollen wir auch wissen, mit wem wir in Zukunft auch privat unbeschwert umgehen können und wer uns damals verraten hat. Das ist notwendige politische Hygiene.

Klages

Mein Eindruck ist, Herr Weiss, daß die Öffnung der Akten zum Teil von Hoffnungen begleitet wird, die ich für gänzlich irrational halte, in denen ich eine Art Mystik der Reinigung und die Erwartung einer Wiedergeburt der Identität erblicke. Sehen Sie derartige Erwartungen eigentlich als berechtigt an, Herr Geiger? Geben das die Akten her?

Geiger

Ich erwarte, daß in vielen Familien und Bekanntenkreisen eine Beruhigung eintritt. Nach Gesprächen mit Leuten, die in ihre Akten hineingesehen haben, habe ich den Eindruck, daß die Menschen innerlich recht stabil sind. Vieles hat man so erwartet, anderes hat überrascht, aber insgesamt ist ein Ballast abgefallen. Ich nehme also an, daß es in vielen Fällen - sicher nicht in allen - zu einer Reinigung kommen wird. Das heißt, von Mystik und irrationalen Hoffnungen würde ich hier nicht sprechen, Herr Klages.

Vollmer

Es gehört zu diesem Experiment, daß man erst hinterher sieht, ob mehr Klarheit oder mehr neue Verdächtigungen dabei herauskommen.

Seebacher-Brandt

Aber auch nach einiger Zeit werden die Menschen das noch sehr verschieden sehen. Was für den einen "klar" ist, ist es für den anderen noch lange nicht.

Altmann

Daß solche Ausschnüffeleien nicht auf den Osten beschränkt sind, hat das Beispiel der Schweiz im Westen gezeigt. Sie erinnern vielleicht den Riesenskandal, als bekannt wurde, daß der schweizerische Geheimdienst über eine Unzahl von Bürgern Karteikarten angelegt hatte. Aber was - abgesehen von ein paar Strafanträgen - ist dabei herausgekommen außer einer Wolke von Schmutz?

Was ich bezüglich der DDR erwarte, ist, daß man sich dort um eine klare Analyse der Stasi als Systemkomponente bemüht, und zwar auch im sowjetischen Gesamtsystem. Die gegenwärtige Praxis der Veröffentlichung ist jedenfalls keine Hygiene, Herr Weiss. Die Konservierung von Schmutz ist nicht gleichzusetzen mit der Konservierung von Früchten. Deshalb warne ich davor, diesen Prozeß fortzusetzen. Da wird nur schmutzige Wäsche gewaschen, allenthalben gibt es Verdächtigungen, wenig Rechtfertigungsmöglichkeiten - und alle Spießler freuen sich darüber.

Wir sollten uns politisch für ein bestimmtes Verfahren entscheiden, wann diese Akten geschlossen, vielleicht sogar vernichtet werden, damit die Öffentlichkeit nicht dauernd in Atem gehalten wird. Statt dessen sollten wir uns auf eine umfassende Analyse des bolschewistischen Systems konzentrieren. Unsere Mitbürger in der ehemaligen DDR, aber auch wir selbst, sollten die Geschichte dieses Staates, der an seiner eigenen ideologischen Korruption zugrunde gegangen ist, kennen- und beurteilen lernen und, das ist unvermeidlich, auch die Geschichte des sowjetischen Systems.

Wir dürfen nicht den Fehler machen, die Vergangenheit unter nationalen Aspekten zu sehen. Gerade wir Deutsche, die wir durch unsere Wiedervereinigung kein Problem mit unserer nationalen Identität haben, sollten grundsätzlich und von Anfang an unsere Solidarität mit den Völkern Mittel- und Osteuropas kultivieren - vor allem mit denen, für die der Nationalismus im Augenblick der einzige Weg ist, wenigstens ihre ethnische Identität wiederzugewinnen.

Schröder

Ich kann mir durchaus vorstellen, Herr Altmann, daß man seitens des Gesetzgebers eine Frist setzt, bis zu welchem Zeitpunkt die Akten offen sein sollten. Aber das, was Sie verhindern wollen, läßt sich nicht vermeiden. Der soziale Schaden ist bereits gegeben. Die Öffnung der Akten halte ich allemal für besser als dieses Klima ständiger Gerüchte und Verdächtigungen.

Zum anderen hat Herr Geiger ja deutlich gemacht, daß es gar nicht mehr möglich ist, den Deckel draufzuhalten. Denn es gibt bereits zu viele, die das dann in eigener Regie machen.

Ich bin aus zwei Gründen für die Öffnung. Erstens: Die Opfer haben ein Recht darauf, ihre biographischen Brüche zu verstehen. Zweitens: Das Vertrauen in die Amtsträger und andere öffentliche Personen muß wiederhergestellt werden.

Wenn die IMs ins zweite Glied rücken würden, wäre es ja in Ordnung. Aber das ist nun einmal offensichtlich nicht der Fall, sondern sehr viele wollen eben weiter eine Rolle in der Öffentlichkeit spielen. Das führt zu Befangenheit, falschen Rücksichtnahmen, ja Erpreßbarkeit. All das würde eine vernünftige Amtsführung behindern, auch wenn die Betroffenen sich noch so sehr bemühen, einen Strich unter ihre Vergangenheit zu machen; die kommt dann in Gestalt von alten Bekannten wieder.

Altmann

Unsere alten Nazis in Bonn sind alle gute Demokraten geworden; ich kann Ihnen jede Menge Namen nennen.

Schröder

Wir wollen das bei uns nicht unbedingt so wiederholen und dann später über solche Fälle von höchsten Beamten diskutieren müssen, wie wir das aus der Geschichte der Bundesrepublik kennen.

Biedenkopf

Das ist nicht vergleichbar.

Domsch

Mit der Kenntnis von Fakten allein ist es nicht getan, Herr Schröder. Viele Menschen haben in der DDR gelebt, ohne die Regeln der Konspiration zu kennen. Es ist sicherrichtig, daß jemandem wie Ihnen und anderen das meiste, was da lief, bekannt war. Ich habe auch sehr vieles gewußt und mich entsprechend zu verhalten versucht. Ich kannte Regeln der Konspiration, weil ich von Leuten, die in der Nazi-Zeit ihre Erfahrungen gemacht hatten, in diese Fragen eingewiesen und gewarnt worden war. Aber viele anderen sind wie die Blinden in die Fallen getappt. Deshalb wird es ein hartes Stück Arbeit sein, die richtigen Schlußfolgerungen aus den Stasi-Akten zu ziehen und die Personen, die in den Berichten genannt sind, gerecht zu beurteilen.

Weidenfeld

Rüdiger Altmann meint, man solle die individuelle Überprüfung lassen und sich statt dessen auf die Untersuchung der Systemstruktur konzentrieren. Nun setzen sich aber Strukturen aus vielen individuellen Handlungsweisen zusammen. Deshalb wird man letztlich nur dann Klarheit über die Struktur bekommen, wenn man die Einzelfälle aufgeklärt hat. Einen solchen Ablauf erwarte ich auch. Das heißt, es wird einige Zeit brauchen, um die individuelle Aufarbeitung zu leisten und dann die Strukturanalyse vornehmen zu können. Irgendwann wird man entscheiden, daß es nun reicht mit den persönlichen Geschichten. Dann interessiert sich eine Zeitlang niemand mehr dafür, bis zehn oder fünfzehn Jahre später das Ganze noch einmal wieder hochkommt. Derartige Verläufe kennen wir ja aus der Geschichte.

Zweite Bemerkung: Die Sicherheitsapparatur in der damaligen DDR macht deutlich, wie Quantität gewissermaßen in Qualität umschlägt. Womit wir es bei der Stasi zu tun hatten, war nicht bloß eine Art krimineller Handlangerorganisation, sondern es betraf den gesamten Staatsapparat. Deshalb stimme

ich Rüdiger Altmann zu, daß die Diskussion nicht auf die Stasi beschränkt sein darf, sondern zu untersuchen ist, wie dieser Staat DDR insgesamt funktioniert hat.

In diesem Zusammenhang kommt es vor allem auf klare Beurteilungskriterien an. Es wurde ja schon darauf hingewiesen, daß sehr verschiedene Sachverhalte in einem Atemzug genannt werden, wie da Verbindungen zwischen Nationalsozialismus und anderen Formen autoritärer oder diktatorischer Herrschaft hurtig geknüpft werden und wie jede Berührung mit dem System praktisch gleichgestellt wird, so als ob Mitarbeit bei der Stasi und politische Kontakte westlicher Regierungen mit der damaligen DDR-Regierung auf eine Ebene zu stellen seien. Das führt dann sehr schnell zu einer problematischen Schieflage bei der Gesamtbeurteilung von Politik.

Dritte Bemerkung: Natürlich wühlt die Beschäftigung mit dem Gesellschafts- und Staatsapparat der DDR die Menschen, die in diesem System gelebt haben, im Augenblick besonders auf. Wir sollten aber auch die innere Anteilnahme derjenigen nicht unterschätzen, die nicht in diesem System gelebt haben. Was ich in meinem Umfeld feststelle, ist kein nur bequemes Zurücklehnen auf den Logenplätzen und Zuschauen, was sich anderswo abspielt, sondern doch eine Form sensibler Anteilnahme.

Und in Kürze ist das nicht mehr nur eine Frage der ostdeutschen Gesellschaft, sondern der gesamtdeutschen Geschichte. Darüber machen wir uns noch viel zu wenig Gedanken, wie wir damit dann als Teil einer gesamtdeutschen Geschichte umgehen sollen.

Thierse

Ich verstehe die Besorgnisse von Herrn Altmann und Herrn Klages, die ja von vielen Menschen besonders im Westen geteilt werden. Aber ich bitte Sie, doch auch wahrzunehmen, daß es in dieser Frage in Ostdeutschland, quer durch alle Parteien, Einigkeit darüber gibt, daß wir uns vor unserer Vergangenheit nicht drücken wollen. Zumindest der politisch aktive Teil unserer Bevölkerung ist in diesem Punkt einer Meinung.

Wenn Sie von Mystik sprechen, Herr Klages, will ich dem entgegenhalten: Es geht nicht zuletzt auch um die Wiederaneignung unserer eigenen Biographien, die in der DDR weitgehend fremdbestimmt waren. Das mögen Sie für mystisch halten; ich sehe es ganz anders. Ich denke, wir haben einen Anspruch darauf.

Im übrigen bin ich über die möglichen Reaktionen der Leute nicht ganz so besorgt. Ihnen ist vielleicht bekannt, daß die Wochenzeitung "Die Andere" eine Liste der 10.000 bestbezahlten Stasi-Mitarbeiter veröffentlicht hat. Irgendwelche Meldungen über Racheakte sind mir nicht bekanntgeworden. Natürlich gibt es bei uns eine Atmosphäre der leisen Verdächtigungen, der Vorwürfe, der Zweifel, und diese DDR-Bevölkerung ist auch eine Mischung von Passivität, Realismus und Selbstzweifeln. Dieser Prozeß wird weitergehen, sicher noch heftiger werden, aber zu steuern ist er nicht. Wer das von Staats wegen versuchen wollte, will ihn überhaupt nicht.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist, daß ich meine, wir Ostdeutschen dürfen uns bei der Zuwendung zu unserer Vergangenheit nicht von irgend jemandem stellvertreten lassen. Wir müssen dafür sorgen, daß wir in der Hinsicht nicht majorisiert werden. Sicher, die Juristen, die Richter müssen mehrheitlich von drüben kommen; wir haben kaum unbelastete. Auch die Wissenschaftler werden mehrheitlich von drüben kommen.

Lassen Sie mich am Mauerschützenprozeß erläutern, wie ich das meine. Während dieses Prozesses sind von westdeutscher Seite viele Empfehlungen gegeben worden, von links bis rechts, die alle darauf hinausliefen zu sagen: Geht doch mit diesen armen Schweinehunden großzügig um; die sind genauso Opfer wie Täter. Und mancher hat auch hinzugefügt, was ich sehr ehrenwert finde: Ich weiß nicht, wie ich mich als Westdeutscher in ähnlicher Lage verhalten hätte. Aber ich möchte den Mauerschützen Ost nicht mit dem großzügigen Westdeutschen vergleichen, dem es ja nicht schwerfällt, großzügig zu sein, sondern mit dem Wehrdienstverweigerer Ost oder mit dem Soldaten, der bei der NVA war und nicht oder danebengeschossen hat.

Was ich damit deutlich machen will, ist: Die Maßstäbe sind nicht durch eine wissenschaftliche Analyse herstellbar, sondern nur in der Auseinandersetzung derer, die miteinander gelebt, aber die gleiche Wirklichkeit auf sehr unterschiedliche Weise erfahren haben. Sonst bleiben die Bewertungsmaßstäbe auf eine unerträgliche Weise abstrakt und menschenfern. Das ist der Grund, weshalb ich sage: die Strafjustiz hat das ihre zu tun; aber wir brauchen zugleich einen gesellschaftlichen Verständigungsprozeß unter denen, die diese Geschichte erlebt haben. Dabei ist es zweifellos sinnvoll, wenn Westdeutsche ein Wort mitreden und uns vor Selbstmitleid, Selbstbetrug,

Weinerlichkeit oder vor Haßausbrüchen schützen und Korrekturen anbringen. Aber nicht so, daß sie uns darin vertreten wollen.

Es gibt allerdings auch Dinge, die Ostdeutsche und Westdeutsche gemeinsam und gleichberechtigt machen müssen. Ich nenne dafür zwei oder drei wichtige Themen.

Erstens brauchen wir in der Tat eine neuerliche Reflexion über die Vergleichbarkeit und Unvergleichbarkeit von 1945 und 1989, zwischen Nazizeit und realem Sozialismus. Dieser Vergleich stellt sich unabweisbar ein, und er wird zugleich auch immer wieder sofort tabuisiert. Was ist also vergleichbar zwischen diesen beiden Systemen, und was ist absolut unvergleichbar.

Zweitens müssen wir noch einmal neu darüber nachdenken, aufweiche Weise die Vergangenheitsbewältigung nach 1945 in beiden deutschen Staaten gelaufen ist und was wir daraus für den jetzigen Prozeß lernen können.

Ein drittes Thema, das ich für genauso wichtig halte, will ich noch hinzufügen. Es geht dabei um die wissenschaftliche Analyse des Systems, die hier mehrfach gefordert wurde. Diese kann nicht schon zwei Jahre nach dem Umbruch vorliegen - wir sind ja noch voll in den Abbruch dieses Systems verwickelt.

Dabei ist die schlichte Frage zu stellen: was ist eigentlich Geschichte der DDR? Es hat viel Geschichtsschreibung der DDR gegeben, aber sie war immer auch Teil der politischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten und den beiden politischen Systemen. Natürlich war DDR-Geschichtsschreibung bei uns zumeist auf unerträgliche Weise apologetisch. Aber es gab auch andere Darstellungen. Jetzt, wo das System zu Ende ist, kann die Eule der Minerva ihren Flug beginnen. Wir können genau hinsehen, welche alternativen Möglichkeiten der Entwicklung es gegeben hat. Wie groß waren die Handlungsspielräume?

Vor allem: Wie stand es um die wechselseitige Abhängigkeit der Entwicklung der beiden deutschen Staaten? Die Geschichte der DDR ist nicht denkbar ohne die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, und umgekehrt hat es ebenfalls Einflüsse gegeben. Dies müßte seriös und niveauvoll aufgearbeitet werden, damit besonders die Westdeutschen begreifen lernen, daß auch sie in diese Geschichte hineinverwickelt sind, was sicher einige bereits emotional wahrnehmen; aber das ist nur der kleine Teil der westdeutschen Bevölkerung. Für die meisten war das Geschehen in der DDR weit weg - was haben sie jetzt damit zu tun? Daß es hier einen direkten Zusammenhang gibt, hat Peter Bender gezeigt, als er essayistisch eine parallele Geschichte der beiden deutschen Staaten zu schreiben versuchte.

Wenn wir uns diesen Aufgaben stellen, dann können wir vielleicht auch direkt oder indirekt Einfluß nehmen auf die diffusen, emotionalisierten Gespräche, die an vielen Orten privat oder öffentlich stattfinden.

Seebacher-Brandt

Herr Geiger, wie lange, meinen Sie, wird Ihre Arbeit bei der Gauck-Behörde dauern? Ist das ein Job auf Lebenszeit?

Geiger

Dies möchte ich mir kaum zumuten. Um aber Ihre Frage zu beantworten, wie lange diese Behörde wohl tätig sein wird, verweise ich auf das American Document Center, bei dem heute mehr Anfragen denn je eingehen. Die Aufgaben werden sich im Laufe der Zeit wandeln. Denn das Stasi-Unterlagen-Gesetz sieht ja vor, daß die Opfer nach 5 Jahren das Recht haben, einen Antrag auf Löschung ihrer Akten zu stellen. Hier erwarte ich allmählich eine Befriedung. Nach einigen Jahren wird dann sicher die politikwissenschaftliche Forschung den Schwerpunkt der Arbeit ausmachen.

Seebacher-Brandt

Ich möchte, daß wir unser Programm erfüllen. Wenden wir uns zum Abschluß also der Ökonomie zu, mit der die Einheit angefangen hat und mit der allein sich entscheiden wird, ob und wann sie vollendet ist. Auch wenn es in unserem Kreise und ebenso in der öffentlichen Diskussion nicht den Anschein hat, dreht sich in West und Ost das Karussell immer noch und immer wieder um die Frage: Wie steht es um die Wirtschaft in den fünf neuen Bundesländern? War der bisherige Prozeß zwangsläufig? Wie geht es weiter? Helmut Schmidt hat sich bereit erklärt, in das Thema einzuführen.

Schmidt

Zunächst zur Ausgangslage. Die Entscheidungen vom Sommer 1990 werden immer wieder kritisiert. Ich halte beide Grundsatzentscheidungen politisch für richtig. Zum einen die Einführung der D-Mark. Der Umtauschkurs für Sparguthaben war Irrsinn, aber es hat keinen Zweck, darüber noch zu weinen. Zum anderen die Entscheidung, den Gemeinsamen Markt auf die DDR auszudehnen. Anderenfalls hätten wir innerhalb Deutschlands Zoll- und Handelsschranken und was für Grenzen sonst noch bestehen lassen müssen, eine völlig unmögliche Vorstellung. Zugleich hätten diese beiden Entscheidungen aber sofort von einer Reihe fürsorgerischer Maßnahmen flankiert werden müssen, die ausgeblieben sind.

Wenige Wochen nach der Währungsunion vom 2. Juni 1990 war für jedermann sichtbar, in welchem Ausmaß die DDR-Wirtschaft - Industrie wie Landwirtschaft - notleidend werden würde, weil sie ihre Produkte nicht mehr absetzen konnte. Der Trabi war nur das hervorstechendste Beispiel dafür. Damals habe ich an zehn Universitäten in der DDR Vorträge über die wirtschaftliche Situation gehalten und dabei unmißverständlich gesagt: Sie werden ungefähr die Hälfte der Arbeitsplätze verlieren, aber binnen zehn Jahren werden Sie das Produktivitäts- und das Reallohniveau des Westens erreichen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

Erstens staatliche Investitionsprogramme für die Infrastruktur, um gleichzeitig Leute aufzufangen, die woanders arbeitslos werden. Zweitens eine Eigentumsregelung, die Vorrang für Investoren einräumt. Also keine Rückgabe von Firmeneigentum, sondern Entschädigung und das erst wesentlich später, wenn wir finanziell wieder aus den Augen gucken können. Beides ist zunächst nicht geschehen. Weder die Bundesregierung noch die Opposition im Bundestag haben irgendwelche klaren Vorstellungen im Laufe des Sommers und Herbstes 1990 zu diesen Fragen entwickelt. Erst zu Beginn des Jahres 1991 hat es kleine Korrekturen gegeben, die inzwischen erheblich erweitert wurden, aber zum Teil nach wie vor unzureichend sind.

Die heutige Lage ist wie folgt zu charakterisieren: Die Hälfte der Arbeitsplätze ist inzwischen verlorengegangen, wobei ich Beschäftigung in Beschäftigungsgesellschaften, Kurzarbeit null, Vorruhestand, ABM als Arbeitsplatzverluste rechne. Das heißt, anstelle von vordem 9 Millionen Beschäftigte in der DDR sind es heute nur noch ungefähr 4,5 Millionen. Es werden wieder mehr werden.

Was die staatlichen Investitionsprogramme angeht, hat die Post besonders lange geschlafen; die Eisenbahn bleibt sehr schwierig; Infrastrukturmaßnahmen für Straßen, Kanäle, Flugplätze und dergleichen, vor allem aber die Infrastruktur in den Städten, sind sehr verspätet angelaufen und bisher nur teilweise wirksam. Privatwirtschaftliche Investitionen scheinen recht gut zu laufen. Steuerliche Anreize dafür kamen verspätet, aber immerhin; ich hätte sie auch noch ein bißchen weiter gefaßt.

Ausländische Investoren, mit Ausnahme der Franzosen, sind bisher fast ganz ausgeblieben, was mich bedenklich stimmt. Das mag verschiedene Gründe haben: Animosität der hiesigen Leute gegenüber Ausländern, vor allem aber Mißtrauen der Ausländer, die nicht wissen, ob sich die Lage hier stabilisiert und dann auch stabil bleibt. Da müßte nach meiner Einschätzung noch sehr viel geschehen.

Für Vermögens- und Eigentumsregelungen gab es im März 1991 eine Novelle. Ich habe ja auch einige Verwaltungserfahrungen: Ich habe drei Stunden gebraucht, um diese Novelle zu begreifen. Eine Zumutung sondergleichen! Und es ist mir völlig unerfindlich, wie selbst ein erfahrener westdeutscher Verwaltungsbeamter damit fertig werden soll, viel weniger noch ein Beamter in Ostdeutschland.

Biedenkopf

Der kann das nicht verstehen.

Schmidt

Ein Vollbeschäftigungsprogramm für Juristen über die nächsten 15 Jahre !

Die miserable Eigentumsregelung mit ihren verschachtelten Vorrängen von dem einen vor dem anderen unter der Voraussetzung, "daß dieses" oder unter der Hintansetzung, "daß jenes", ist eines der Haupthindernisse für einen schnelleren wirtschaftlichen Aufschwung hier, sowohl aufseilen der Privatwirtschaft als auch aufseilen des kommunalen Wiederaufbaus.

Das zweite Haupthindernis liegt in der Konstruktion und Aufgabenstellung der Treuhandanstalt. Das betrifft nicht Frau Breuel oder Detlev Karsten Rohwedder, die ich immer verteidigen werde und die ja heute schon als Sündenböcke dienen für jeden, der mit irgend etwas unzufrieden ist. Ob Regierung oder Opposition in Bonn oder die fünf Landesfürsten in den neuen Bundesländern, alle schimpfen sie

auf die Treuhandanstalt. Die Konstruktion war in der Tat von Anfang an falsch, und die Aufgabenstellung ist viel zu groß.

Man hat uns einmal vorgerechnet, daß die Treuhandanstalt mit ihren anfangs ungefähr 8000 Unternehmen, die sie betreuen soll, eine Gesamtbelegschaft aufweist, wie die 30 größten Konzerne der Vereinigten Staaten von Amerika zusammen. Das heißt, General Motors, Chrysler, Ford, Boeing, McDonnell Douglas, City Corporation, Chase Manhattan, Bank of America, die fünf Ölmultis. Wer sich vorstellt, daß so etwas handhabbar ist, muß entweder verrückt oder ökonomisch total unterbelichtet sein oder nicht gewollt haben, daß es funktioniert. Dies ist unternehmerisch nicht zu leisten.

Dann einige Worte zur Situation der öffentlichen Finanzen. Die sogenannte Abgabenquote, also die Steuern und Sozialversicherungsabgaben insgesamt, ist heute in der Bundesrepublik höher, als sie jemals gewesen ist und hat vermutlich die obere Grenze der Zumutbarkeit erreicht. Sie sehen das an den exorbitanten Lohnforderungen der Gewerkschaften. Was die Belastung sowohl der Unternehmen (Lohnnebenkosten) als auch der Arbeitnehmer angeht, kommen wir allmählich an schwedische Maßstäbe heran. Das kann zu sozialer und politischer Destabilisierung führen. Die Beanspruchung des Kapitalmarktes durch Anleihebegebung der öffentlichen Hände ist - in absoluten Zahlen sowieso, aber auch in relativen Zahlen - höher als jemals nach dem Zweiten Weltkrieg. Das kann auch nicht noch mehr gesteigert werden.

Die Folge dieser Belastung ist, daß die Bundesrepublik Deutschland, die noch 1989 und 1990 pro Jahr netto über 80 Milliarden D-Mark an Kapital- und Kreditexporten zugunsten der USA, der Dritten Welt, der EG-Mitglieder erbracht hat, jetzt zum Netto-Kapital-Importland wird. Man muß sich vorstellen, was das für den Rest der Welt bedeutet, angesichts all der Forderungen auf Hilfe aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, den baltischen Staaten und den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Gleichzeitig wird das Defizit des amerikanischen Bundeshaushalts in diesem Jahr bei 330 bis 350 Milliarden Dollar liegen. Das heißt, die Amerikaner sind auf Kapitalimporte in der Größenordnung von mehr als 100 Milliarden Dollar für 1992 angewiesen, und davon bekommen sie aus Deutschland keine müde Mark mehr. Bisher haben wir ja erheblich beigesteuert, indem unsere Banken und privaten Investoren amerikanische Papiere gekauft oder Direkt-Investitionen finanziert haben.

Die Bundesrepublik Deutschland kann es sich einige Jahre leisten, Netto-Kapitalimporteur zu sein. Aber das Ausland wird sich beklagen.

Im Inland ist der Hypothekenzinssatz inzwischen in Großstädten wie Hamburg auf fast 10 Prozent angestiegen. Auf diese Weise behindert man den privaten Wohnungsbau erheblich und erschwert auch den sozialen Wohnungsbau beträchtlich. Aufgrund dieser hohen Kapitalmarktzinsen sehe ich eine Wohnungsknappheit voraus, vergleichbar der in den ersten Nachkriegsjahren. Mit anderen Worten: Eine weitere höhere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch öffentliche Anleihen ist nicht ratsam.

Zusammengefaßt: Eine zusätzliche Ausweitung staatlicher Inanspruchnahme des Bruttosozialprodukts ist schwer vorstellbar. Sollte sie dennoch durchgesetzt werden, hat das zur Konsequenz, daß die Lohnforderungen ins Unangemessene steigen werden. Die andere Konsequenz würde sein, daß die Bundesbank ihre Zinsen unverträglich hoch steigern wird. Ich kann die Bundesbank deswegen nicht tadeln. Es geht ihr nicht darum, die Gewerkschaften abzuschrecken, sondern sie zielt auf das Finanzgebaren der öffentlichen Hand, genauer gesagt, der Bundesregierung.

Bei den Maßnahmen, die ich vorschlage, beschränke ich mich auf drei Problemkomplexe.

Erstens: Die Bundesregierung sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die Produktion des Jägers 90 streichen. Natürlich hat das auch seine militärischen Bedenklichkeiten; ich sage so etwas nicht leicht dahin. Aber ich war einmal Verteidigungsminister und traue mir zu, das beurteilen zu können.

Zweitens: Die Einführung der Pflegefallzwangsversicherung, ein neuer Zweig der Sozialversicherung mit Zwangsbelastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wird um mindestens fünf Jahre verschoben.

Drittens: weitere Einsparungen im Subventionshaushalt.

Mit diesen drei Maßnahmen würde die Bundesregierung ihren Willen, einzusparen, bekunden und damit ähnliche Leistungen auch von anderen Adressaten verlangen können.

Erstens von den Ländern. Die westdeutschen Länder sind derzeit von einem Egoismus beflügelt, der kaum sein Beispiel findet.

Zweitens, wichtiger, von den Gewerkschaften und drittens von der Unternehmerwirtschaft. Ich würde von den Gewerkschaften erwarten, daß sie drei Jahre lang die Anhebung der Tarifröhne im Westen auf den Inflationsausgleich beschränken, das heißt, daß die Arbeitnehmer brutto nicht am Wachstum des Sozialprodukts teilnehmen und sich ihr Netto-Reallohn sogar verringert. Im Osten dagegen Anhebung der Tarifröhne, um bis ungefähr 1994 in etwa einen Gleichstand im Lohnniveau zu erreichen. Nimmt man die jetzigen Lohnforderungen der Gewerkschaften als Basis, müßten die Tarifröhne in den neuen Bundesländern in den nächsten 2 1/2 Jahren um 28 oder 30 Prozent angehoben werden. Es ist selbst einem ABC-Schüler der Nationalökonomie einsichtig, daß dieses untragbar ist.

Biedenkopf

Sieben Prozent Lohnerhöhungen 1992 im Westen würde bei uns zwischen 14 und 17 Prozent Lohnerhöhungen voraussetzen, nur damit die Distanz zwischen Ost und West nicht größer wird.

Schmidt

Die Gewerkschaften können das nur durchhalten gegenüber ihren Funktionären und Mitgliedern, wenn sie gleichzeitig darauf hinweisen können, daß die Bundesregierung in der Lage gewesen ist, auch die deutsche Unternehmenswirtschaft zu gewaltigen Investitionen in den neuen Bundesländern zu verpflichten. Letzteres ist im übrigen sehr viel schwieriger, als einige Gewerkschaften unter einen Hut zu bringen. Denn die wirtschaftlichen Dachverbände haben so gut wie keine Handhabe gegenüber ihren Mitgliedsunternehmen. Das muß also sorgfältig vorbereitet werden. Ich meine, das Ganze ist nur zu bewältigen, wenn es gelingt, eine Art konzertierter Aktion wie vor 20 Jahren unter Karl Schiller zustande zu bringen.

Letztlich geht es darum, den Aufschwung in Ostdeutschland durch die Solidarität der Westdeutschen zu stützen, die auf diese Weise zugleich aber auch ihre eigene wirtschaftliche Zukunft absichern.

In der Eigentumsfrage plädiere ich nach wie vor für eine erneute Novellierung des Vermögensgesetzes, damit zum einen die Zahl der Verfügungsberechtigten über Grund und Boden und über Gebäude reduziert wird. Heute mischen da die Treuhand, die Bundesvermögensverwaltung, das Bundesfinanzministerium, das Bundesverteidigungsministerium, Städte und Kreise in Ostdeutschland mit. Zum anderen trete ich dafür ein, daß ausschließlich derjenige Grund und Boden erwerben kann, der sich zu Investitionen dort verpflichtet. Für Eigentumsansprüche - so leid es mir tut - nur finanzielle Entschädigung, und zwar erst, wenn dafür das Geld in der Kasse ist. Es sind ja ohnehin in den allermeisten Fällen nicht die enteigneten Eigentümer, die ihre berechtigten Ansprüche stellen, sondern deren Erben.

Die Reduzierung der Verfügungsberechtigten scheint mir sehr wichtig, um herauszufinden, wer denn überhaupt verfügungsberechtigt ist. Dies sollte gesetzlich festgelegt werden, ohne Rücksicht darauf, was in den Grundbüchern steht, die es in vielen Fällen sowieso nicht mehr gibt. Es muß eine Positivliste geben für das Verteidigungsministerium und meinetwegen für Bahn und Post, in der festgelegt ist, welche Liegenschaften sie in ihrer Verfügungsgewalt behalten. Alles andere verlieren sie.

Biedenkopf

Das wäre eine enorme Verwaltungsvereinfachung.

Schmidt

Genauso müßte die Verfügungsgewalt im jeweiligen Land eindeutig zwischen Landesregierung, kreisfreien Städten und Landkreisen geregelt sein. Aber da kenne ich mich nicht so gut aus.

Als dritter Verfügungsberechtigter kommt dann die Treuhandanstalt, aber nur für betrieblich genutzte Grundstücke von den Betrieben, die ihrer Verwaltung unterliegen. Alles andere fällt an die Landesregierungen, beziehungsweise an deren kreisfreie Städte und Landkreise.

Ich sagte bereits, daß ich die Treuhandanstalt für eine Fehlkonstruktion halte. Warum es da immer noch 15 Außenstellen gibt, ist mir völlig unerfindlich, zumal sie ohnehin keine Dispositionsbefugnisse haben, weil alles, was einigermaßen wichtig ist, in Berlin bei der Zentrale entschieden wird. Ich meine, es würden sechs Filialen genügen, für jedes Bundesland und für Berlin je eine. Und die Zentrale müßte ihre Aufgaben dekonzentrieren und sich auf bestimmte Größenordnungen beschränken. Im übrigen sollte sie ein abstraktes Weisungsrecht besitzen, aber nicht einen konkreten

Genehmigungsvorbehalt für den Verkauf von einigen Hektar Land in Mecklenburg oder sonstwo. Das ist völliger Unsinn, wie das heute gehandhabt wird.

Wichtiger und schwieriger ist die Frage, wie man die Aufgabenstellung der Treuhandanstalt reduziert. Sie ist zur Zeit zuständig zum einen für die Privatisierung, zum anderen für Sanierung, was zu deutsch heißt, daß auf Dauer subventioniert wird. Sie ist außerdem zuständig für soziale Aufgaben, für Beschäftigungsgesellschaften zum Beispiel. Meine Parteifreunde und die Gewerkschaften haben sich alle dafür stark gemacht. Was für ein Unsinn, die Treuhand auch noch an Beschäftigungsgesellschaften zu beteiligen!

Ich würde die Aufgabenstellung der Treuhand im wesentlichen auf Privatisierung beschränken. In dem einen oder anderen Falle mag auch eine Sanierung notwendig sein, um privatisieren zu können. Wenn es bei der jetzigen Konstruktion bleibt - und das ist leider zu erwarten;- , dann wird die Treuhandanstalt total überfordert sein und zum Prügelknaben für alles und jedes gemacht werden.

Den einzigen Vorwurf, den ich Detlev Karsten Rohwedder und Birgit Breuel allenfalls machen würde, ist, daß sie sich bereit erklärt haben, eine solche unlösbare Aufgabe zu übernehmen, ohne Änderungsbedingungen zu stellen. Ihnen die Fehler vorzuwerfen, die sie in der laufenden Arbeit machen, ist eine unglaubliche Arroganz. Ich möchte den Politiker oder Gewerkschaftler oder Unternehmer sehen, der in der Lage ist, eine Holding-Gesellschaft mit einer Gesamtbelegschaft von 3 oder 4 Millionen Beschäftigten zu führen, wobei kein einziger Betrieb weltmarktwettbewerbsfähig ist.

Seebacher-Brandt

Damit haben wir jetzt die Grundlage, auf der wir weiter diskutieren können und - zum Beispiel - fragen dürfen, warum die bisherige Eigentumsregelung nicht inzwischen geändert wurde. Immerhin scheint - Zeitungsberichten zufolge - der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende so etwas angekündigt zu haben.

Müller-Groeling

Die Herstellung der inneren Einheit, also der Gleichheit der Lebensbedingungen kann sicher nicht heißen: Gleichheit der Einkommen. Die gibt es nirgendwo, auch in der alten Bundesrepublik nicht. Gerade die peripheren Regionen - und dazu zählen heute die meisten neuen Bundesländer nun einmal - brauchen Einkommensunterschiede (und Einkommensdifferenzierung), um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten und überhaupt wettbewerbsfähig zu sein. Damit meine ich nicht die Mittel für die absolut notwendigen Infrastrukturmaßnahmen oder Investitionen in die Umwelt, die der Staat in den neuen Bundesländern zu leisten hat, um die Lebensbedingungen in sinnvoller Weise anzugleichen. Hier sind vor allem die alten Bundesländer gefordert; aber auch der Bundeshaushalt könnte noch auf manch liebgewonnene Subvention verzichten.

Die Industrie in der DDR war alles andere als in einem guten Zustand. Aber welche Industrie in der Welt hätte die Roßkur ausgehalten, die wir ihr zugemutet haben (haben zumuten müssen), indem wir bei der Währungsumstellung praktisch eine Aufwertung um 400 Prozent vorgenommen haben. Außerdem sind die zentralen Absatzgebiete für die ostdeutschen Industrien in einer Weise ausgefallen, die nur wenige vorausgesehen haben. Das war sicher eine Folge des beginnenden Transformationsprozesses in Osteuropa, hing aber auch damit zusammen, daß die Produkte aus der DDR jetzt in Devisen bezahlt werden mußten. Hinzu kommen - und das ist jetzt hausgemacht - die enormen Lohnsteigerungen, um die Einkommensverhältnisse dem Westen anzugleichen.

Was die zukünftige Entwicklung angeht, würde ich folglich - vielleicht anders als Herr Schmidt - auch für Lohnzurückhaltung in den neuen Ländern plädieren, damit die neuen Bundesländer im Standortwettbewerb eine Chance haben.

Schmidt

Ich habe von Tariflöhnen gesprochen, nicht von Effektivlöhnen. In bezug auf die Effektivlöhne stimme ich Ihnen zu.

Müller-Groeling

Es ist ja nicht ganz von ungefähr, daß die erhofften Investitionen aus dem Ausland ausbleiben, wobei ich auch die westdeutschen Investitionen in den neuen Bundesländern für unzureichend halte. Herr Ministerpräsident Biedenkopf schüttelt den Kopf.

Biedenkopf

Ich bin der Meinung, daß Sie Ihr Urteil auf der Grundlage eines Erfahrungszeitraumes fallen, der viel zu kurz ist. Sie vergessen, daß uns bisher kaum 18 Monate zur Verfügung standen, wobei Sie die ersten 6 Monate im Grunde nicht rechnen können, weil es uns da noch an den primitivsten Voraussetzungen einer ordentlichen Verwaltung fehlte.

Müller-Groeling

Das ist sicher richtig, insbesondere was den Zustand der Verwaltung angeht. Ich möchte jedoch mit Nachdruck daraufhinweisen, daß Ostdeutschland als Investitionsstandort in Konkurrenz beispielweise mit Portugal oder - was für Sie sicher noch wichtiger ist mit der Tschechoslowakei steht. Ein Investor, der heute darüber nachdenkt, wo er investieren will und dabei die vorprogrammierten Lohnsteigerungsraten bei uns einkalkuliert, könnte immerhin zu der Entscheidung kommen, daß es für ihn auf Dauer günstiger ist, in Portugal oder in der Tschechoslowakei zu investieren. Ich höre dies häufiger, als Ihnen lieb sein kann.

Schmidt

Das ist sicher richtig, weil er dort die Lohnkosten und Lohnnebenkosten besser zu übersehen vermag als hier.

Müller-Groeling

Das mindeste, was wir versuchen müssen, ist, die Lohn- und Produktivitätsentwicklung in den neuen Bundesländern in Einklang zu bringen. Dabei müssen wir vermeiden, uns mit Produktivitätssteigerungen reich zu rechnen, die dadurch zustande kommen, daß weniger produktive Arbeitskräfte entlassen werden. Wenn eines unserer wichtigsten Ziele die Beschäftigung ist, dann müssen die Lohnforderungen an den echten, nämlich den beschäftigungsneutralen Produktivitätssteigerungen orientiert werden beziehungsweise hinter diesen zurückbleiben, um die Beschäftigungschancen zu erhöhen.

Um noch einmal kurz auf die Tschechoslowakei zurückzukommen, die sicher gegenüber Ostdeutschland den Nachteil hat, daß ihr die Hilfe aus Bonn fehlt. Einen Vorteil hat sie jedoch: Sie verfügt über einen eigenen Wechselkurs. Sie kann den Kurs ihrer Währung im Prinzip so lange senken, bis ihre Produkte, auch ihre Industrieprodukte, international wettbewerbsfähig werden. Auch dies ist kein Patentrezept, aber die Industrie der neuen Bundesländer muß international zum Wechselkurs der D-Mark konkurrieren.

Was die Treuhandanstalt angeht, so hätte ich bei sechs Länderfilialen, wie Helmut Schmidt sie vorschlägt, die Befürchtung, daß diese dann Industriepolitik betreiben und gewissermaßen die bisherige Planwirtschaft mit anderen Mitteln fortsetzen würden. Wir wissen doch zur Genüge, daß der Staat nicht weiß, was rentabel ist. Dazu bedarf es dervielen privaten Unternehmer, die auf eigenes Risiko arbeiten. Das können wir ihnen durch den Staat nicht abnehmen lassen. Und welche Länderfiliale der Treuhand könnte es schaffen, ein wirklich marodes Unternehmen von einiger Größe abzuwickeln?

Einig bin ich mit Herrn Schmidt, daß sich die Treuhand im wesentlichen auf die Privatisierung beschränken sollte. Dabei sollte sie auch den Einsatz von Finanzmitteln und, wenn es sein muß, negative Preise nicht scheuen.

Meine wirtschaftspolitischen Vorschläge sind also: erstens generelle Lohnzurückhaltung; zweitens Konzentration der Treuhand auf die Aufgabe der Privatisierung. Drittens Regelbindung der Subventionen, damit es nicht so wie heute geht, daß gewissermaßen im Vieraugengespräch entschieden wird, ob ein Verlust, den eine Firma gemacht hat, von der Treuhand übernommen wird oder nicht.

Miegel

Vielleicht machen ein paar Zahlen die Problematik der wirtschaftlichen Entwicklung Ost- und Westdeutschlands noch deutlicher.

Zum Zeitpunkt der Öffnung der Mauer lag das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in der damaligen DDR bei etwa einem Drittel des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts in der alten Bundesrepublik. Seitdem ist es auf ungefähr ein Viertel zurückgegangen. Das heißt, das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern müßte vervierfacht werden, wenn in den alten und neuen Bundesländern - gemessen an der Bevölkerung - das gleiche Bruttosozialprodukt erwirtschaftet werden soll.

In diesem Jahr wird in ganz Deutschland ein Bruttosozialprodukt von rund drei Billionen D-Mark erwirtschaftet werden. Wäre die Wirtschaftskraft in Ost und West bereits gleich, müßten von diesen drei Billionen D-Mark etwa 80 Prozent in West- und 20 Prozent in Ostdeutschland erzeugt werden. So aber werden im Osten nur 7,5 Prozent und im Westen 92,5 Prozent geschaffen.

Am Modell zeigt sich, was das bedeutet. Wenn in den nächsten zehn Jahren die Wirtschaft Ostdeutschlands um jährlich real 10 Prozent wächst und zugleich die Wirtschaft Westdeutschlands stagniert, läge im Jahre 2002 das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern erst bei 66 Prozent des westdeutschen Pro-Kopf-B SP. Sollte im Jahr 2002 in Ostdeutschland ein Pro-Kopf-BSP erzielt werden, das ebenso hoch ist wie im Westen, müßte - bei Null-Wachstum in den alten Bundesländern - ein durchschnittliches reales Wachstum von 15 Prozent erreicht werden. Sollte schließlich auch Westdeutschland ein bescheidenes reales Wachstum von 1,5 bis 2,5 Prozent realisieren, müßte die ostdeutsche Wirtschaft ein Jahrzehnt lang sogar reale Wachstumsraten von durchschnittlich 17 bis 19 Prozent aufweisen.

Alle diese Zahlen zeigen, wie unrealistisch es ist, eine Angleichung der ostdeutschen Wirtschaftskraft an die westdeutsche binnen eines Jahrzehnts zu erwarten. Vielmehr wird der Aufholprozeß sehr viel länger dauern, als bisher verbreitet angenommen wurde. Vielleicht eine Generation.

Aber selbst wenn die ost- und westdeutsche Wirtschaftskraft einander angeglichen sein werden, werden die Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland noch immer erheblich auseinanderklaffen. Ursächlich hierfür ist unter anderem die völlig unterschiedliche Vermögenssituation der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern auf der einen und den alten Bundesländern auf der anderen Seite. Die privaten Haushalte in den alten Bundesländern haben ihre realen Vermögen während der zurückliegenden vier Jahrzehnte etwa verfünffacht; die in den neuen nur etwa verdoppelt. In den alten Bundesländern werden bis zum Ende dieses Jahrzehnts die privaten Haushalte Erbschaften im Werte von rund einer Billion D-Mark antreten. In den neuen Bundesländern wird hingegen nur sehr bescheiden geerbt werden. In den Altbundesländern wird der Einkommensanteil der privaten Haushalte, der aus Vermögen erzielt wird, ständig wachsen. In den neuen Bundesländern wird dies nur in geringem Maße der Fall sein.

Die Aufzählung solcher Unterschiede ließe sich beliebig fortsetzen. Sie alle zeigen: Eine Annäherung der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen West und Ost ist überhaupt nur möglich, wenn der Westen dem Osten über einen langen Zeitraum kräftig unter die Arme greift. Wie kann das geschehen?

Wenn eine Volkswirtschaft mit einem Gesamtvolumen von drei Billionen D-Mark im Jahr um ein Prozent wächst, dann entspricht dies einem Zuwachs von 30 Milliarden D-Mark. Um 60 bis 90 Milliarden aus dem Zuwachs von West nach Ost transferieren zu können, muß also die Volkswirtschaft um zwei bis drei Prozent wachsen.

Schmidt

Der heutige Transfer liegt bei etwa 130 Milliarden D-Mark pro Jahr.

Miegel

Das ist richtig. Das heißt, der Westen transferiert derzeit mehr als nur den Zuwachs der Volkswirtschaft nach Osten, und er wird auf viele Jahre hinaus mehr als nur den Zuwachs transferieren müssen, wenn der Osten in einem überschaubaren Zeitraum den bestehenden Abstand aufholen soll. Das wiederum bedeutet, daß in den Altbundesländern in den nächsten Jahren zum Beispiel im Tarif bereich nicht nur Nullrunden, sondern immer wieder auch Minusrunden stattfinden werden. Es bedarf keiner großen Phantasie sich auszumalen, was das nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die Arbeitgeber heißt. Sie müssen die Erwerbsbevölkerung zu immer neuen Leistungen motivieren, ohne ihnen reale Einkommenssteigerungen in Aussicht stellen zu können.

Das ist der Nährboden für soziale Auseinandersetzungen, wie wir sie in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben. Sollte eine Gruppe versuchen, Einkommensstagnation und - Verluste zu Lasten einer anderen Gruppe zu vermeiden, sind schwere soziale Konflikte unausweichlich. Hierauf müssen sich Tarifparteien und Politiker einstellen.

Darüber hinaus werden zur Bereitstellung der notwendigen Transfermittel tiefe Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben erforderlich sein. Sie aber setzen Veränderungen nicht nur der politischen, sondern auch der gesamtgesellschaftlichen Kultur voraus. In Westdeutschland müssen Trends und Gewohnheiten verändert werden, die sich in Jahrzehnten gebildet haben. Die westdeutsche

Bevölkerung wird sich auf Trendbrüche einstellen müssen. Was in der Vergangenheit selbstverständlich erschien, ist aufgrund der Vereinigung keineswegs mehr selbstverständlich.

So hat sich der westdeutsche Einkommensbezieher beispielsweise daran gewöhnt, mit seinem Einkommen im weltweiten Vergleich ziemlich an der Spitze zu stehen. Nach einigen Null- und Negativrunden wird sich das ändern. Dann werden ihm andere wie die Franzosen den Rang ablaufen und die Briten mit ihm gleichziehen.

Schmidt

Es ist ihnen ja zu wünschen; aber ich zweifle, ob sie es schaffen werden.

Miegel

Ein solche Entwicklung könnte die westdeutsche Erwerbsbevölkerung als Absturz in die Zweitklassigkeit empfinden und sie der deutschen Vereinigung anlasten. Auch hieraufgilt es sich einzustellen.

Schneider

Die Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern ist ein besonderes Problem. Ich war kürzlich mit einigen Vertretern der japanischen Firma Sony in Thüringen, um dort ein Joint-venture zustande zu bringen. Nach einer Besichtigung des in Frage kommenden Betriebes sind die Japaner wieder abgereist mit der Bemerkung: kommt für ein Joint-venture überhaupt nicht in Frage; Stand von 1950. Dann bauen wir lieber auf der grünen Wiese neu -was aber an den Eigentumsfragen scheitert. Derartige Erlebnisse in der Praxis hatte ich in der letzten Zeit mehrfach.

Aber es gibt auch positive Beispiele. In Meißen haben wir ein Unternehmen -Meißener Nachrichtentechnik;-, das genau so gut arbeitet wie unsere westdeutschen Betriebe. Die Leute dort - 190 Mitarbeiter, davon 189 aus den neuen Bundesländern - sind sehr engagiert und gewissenhaft und leisten ganz hervorragende Arbeit. Wir überlegen uns deshalb, dort noch mehr Kapazitäten unterzubringen.

Herrn Schmidt möchte ich nur insofern etwas korrigieren, als nach meiner Kenntnis die Deutsche Bundespost Telekom bereits enorme Investitionen in den neuen Bundesländern vorgenommen hat. Allein im letzten Jahr waren es sieben Milliarden D-Mark. Hier ist Erhebliches geleistet worden.

Zurückhaltung bei der Lohnentwicklung im Westen kann ich nur unterstreichen, damit die Angleichung im Osten möglichst bald gelingt. Die Einkommensdiskrepanzen zwischen Ost und West bei gleichen Tätigkeitsmerkmalen empfinde ich als ungerecht. Das ist auch keine Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Denn der Lohnanteil an den Gerätekosten beträgt zum Beispiel bei vielen Produkten der elektronischen Industrie nicht mehr als acht bis zwölf Prozent.

Müller-Groeling

Ich sprach von Effizienz und nicht von Gerechtigkeit.

Schneider

Ist mir klar.

Natürlich müßte auch die Eigentumsproblematik so schnell wie möglich geklärt werden.

Des weiteren bin ich der Meinung - sicher ein Vorschlag, der Kritik auslöst;-, daß der Staat auch dann Aufträge in die neuen Bundesländer vergeben sollte, wenn diese im Preis höher liegen als in den Altbundesländern. Die Übergangsregelung, die man dafür geschaffen hatte, reicht nicht aus.

In diesem Punkt müßten auch die westdeutschen Privatunternehmen bereit sein, über ihren Schatten zu springen, indem sie, sagen wir, 20 Prozent des Auftragsvolumens, das sie nach draußen vergeben, in die neuen Bundesländer leiten. Wenn man es mit der Wiedervereinigung ernst meint, dann müssen alle einen Beitrag leisten.

Mein letzter Punkt betrifft die Abordnung von westlichen Managern in hiesige Unternehmen. Darunter sind sicher eine ganze Reihe von Kandidaten, die im Westen nicht mehr so recht vorankommen und die sich dann hier im Osten als die großen Macher aufspielen. Mein Vorschlag geht dahin, seitens westlicher Unternehmen Patenschaften für östliche Betriebe einzurichten und dann auch wirklich gute Leute rüberzuschicken, die mit Begeisterung ihren Job tun.

Müller-Michaelis

Ich will nur zwei Punkte kurz ansprechen, die mir für die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands wichtig zu sein scheinen. Das eine ist die Behandlung der ökologischen Altlasten und deren Finanzierung. Ich erwähne nur die Mondlandschaften, die der Raubbau im Braunkohlenbereich hinterlassen hat. Hier fallen Kosten in der Größenordnung von 30 Milliarden D-Mark an, die vom Bund und den Altbundesländern getragen werden müssen, weil die neuen Länder überhaupt nicht in der Lage sind, diese Lasten zu übernehmen.

Das andere ist ein durchaus positiver Aspekt. Wenn ich mir ansehe, was in den letzten anderthalb Jahren bereits geleistet wurde, dann kann ich das nur erstaunlich finden. Ich denke allein an Infrastrukturmaßnahmen, etwa den Straßenbau hier in Sachsen. Da ist doch schon eine ganze Menge in Gang gekommen.

Was mich des weiteren beeindruckt, ist die Gelassenheit, mit der die Menschen hier mit der schwierigen Situation umgehen, die sie auch persönlich betrifft, wenn sie plötzlich arbeitslos werden. Und ich kann Herrn Schneider nur beipflichten, wenn er auf das enorme Engagement der Menschen im Osten verweist, die dieses Aufbauwerk mittragen, obwohl sie vielfach negativ betroffen sind. Darin sehe ich für die Zukunft, trotz aller Probleme, einen sehrpositiven Aspekt. Die Grundzuversicht der Menschen ist ein enormes Kapital für die Zukunft.

Thomsen

Ich möchte in aller Kürze einen Faden wieder aufnehmen, den Herr de Maizière zu Anfang der Diskussion ausgelegt hat: die Stagnation der politischen Reformen in der Bundesrepublik, deren Notwendigkeit gerade die wirtschaftlichen Prognosen von Herrn Miegel unterstrichen haben.

So angemessen und fruchtbar der von Herrn Biedenkopf dargestellte soziale Konsens für die deutsche Nachkriegsgesellschaft war, deren Wirkung einer fast vollständigen Entpolitisierung der deutschen Gesellschaft scheint mir heute eher den umgekehrten Effekt zu haben. Wenn der Konsens dazu geführt hat, daß es keine programmatischen Unterschiede mehr in und zwischen den Parteien gibt, daß generell politische Entscheidungen an außerpolitische Instanzen - Gerichte, Kirchen, Wirtschaftsinstitute und so weiter - delegiert werden und politische Zustimmung von der Bevölkerung nur über Verteilungsmechanismen zu erreichen ist - was passiert dann, wenn nichts mehr zu verteilen ist, wenn die Basis, das Wirtschaftswachstum wegfällt?

Diese Fixierung der Politik auf Ökonomie, Wachstum und Recht, auf Proporz und Verteilungsfragen scheint mir eine ebensogroße Abnormalität in Europa zu sein wie der zum Glück überwundene Umstand der deutschen Teilung.

Wie könnte aber eine Normalität im Politischen aussehen, die die anstehenden Probleme besser lösen könnte? Dazu würde zum Beispiel gehören, daß Politik aus unterschiedlichsten Orientierungen wieder betrieben werden kann, religiösen, regionalen, nationalen oder auch wirtschaftlichen, und nicht von vornherein unter dem Verdikt des allumfassenden Konsenses oder der ökonomischen Zweckmäßigkeit stehen muß.

Dies würde allerdings eine völlige Umkehrung des bundesdeutschen Wertempfindens und seiner Mythenbildung bedeuten: Man stelle sich zum Beispiel eine mittelgroße nationale Partei vor, die nicht unter der Anklage des Nationalsozialismus steht, ein Vielparteiensystem, das nicht "Weimarer Verhältnisse" heraufbeschwört, eine religiöse Partei ohne Klerikalismus- oder eine regionale ohne Separatismusverdacht.

Von einer solchen Anknüpfung an Formen der politischen Auseinandersetzung] enseits der Fixierung auf Faschismus, Weimarer Republik oder Inflation hängt nicht nur ab, ob wir die anstehenden "Verteilungskämpfe", wie es Herr Miegel nannte, politisch überstehen, sondern auch, ob sich die Bundesrepublik dauerhaft in ein Europa integrieren läßt, das nicht seinen eigenen Strukturen entspricht.

Thierse

Nach den Ausführungen von Herrn Miegel werde ich mich künftig wieder getrauen, das Wort Verteilungskampf in den Mund zu nehmen. Viele westdeutsche Kollegen haben mir dringend davon abgeraten. Dabei war ich immer der Meinung, daß Teilen kein idyllischer Vorgang ist, sondern etwas mit Kampf zu tun hat.

Ich habe aber drei Fragen, insbesondere an Helmut Schmidt.

Erstens: Wie kann durch Lohnzurückhaltung seitens der Gewerkschaften - darauf läuft ja die Forderung hinaus - erreicht werden, daß die Unternehmer im Osten tatsächlich kräftig investieren? Denn die Gewerkschaften argumentieren ja, Kapital sei genügend vorhanden; Lohnverzicht würde hier überhaupt nichts bewirken.

Zweitens zur Treuhandanstalt. Bisher ist ja der eher unproblematische Teil der Volkswirtschaft der DDR privatisiert worden. Für die im Volksmund sogenannten "Filetstücke" gab es durchaus Interessenten. Jetzt kommen wir allmählich zu den Problemfällen, wo sich nicht so leicht mehr Interessenten finden lassen. Was wird dann aus dem Slogan: Privatisierung ist der beste Weg zur Sanierung? Wenn sich niemand bereit findet, steckt dann Treuhand weiter Geld in diesen Betrieb, um wenigstens den Konkurs zu verhindern, oder werden dort Modernisierungsinvestitionen vorgenommen, um eine tatsächliche Sanierung zu erreichen? Soll das Aufgabe der Treuhand sein, oder an welche andere Konstruktion ist dabei zu denken?

Schließlich: Wie steht es um die Industrie- und Strukturpolitik? Wersoll und kann diese betreiben? Aus ideologischen Gründen sind wir ja sehr dagegen, weil uns das an Dinge erinnert, die wir hier hatten. Auf der anderen Seite hat aber jede Entscheidung der Treuhandanstalt industrie- und strukturpolitische Wirkungen, die jedoch völlig konzeptionslos stattfinden, weil die Treuhandanstalt konsequenterweise nur Einzelentscheidungen trifft, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu erfolgen haben. Aber wir brauchen für den Osten Deutschlands unbedingt eine vernünftige Struktur- und Industriepolitik, Wer kann diese Aufgabe übernehmen?

Ringstorff

Was halten Sie eigentlich von dem Modell des Investivlohns, Herr Schmidt? Das würde ja einem zeitweiligen Lohnverzicht von Seiten der Arbeitnehmer entsprechen.

Schmidt

Herr Thierse fragt, wer denn Strukturpolitik treiben darf und kann, und ob man dafür ein Konzept braucht. Natürlich treiben Herr Biedenkopf, der Dresdener Oberbürgermeister, die Treuhandanstalt und unzählige andere mehr ständig Strukturpolitik. Da muß schon einer mit dem Öl der Freiburger Schule gesalbt sein, um zu glauben, das sei verboten. Der enorme Aufschwung der französischen Wirtschaft, etwa im Vergleich zur englischen, beruht darauf, daß dort Wettbewerbswirtschaft und staatliche Strukturpolitik Hand in Hand gehen. Ich würde allerdings davor warnen, daraus eine ideologische Streitfrage zu machen. Strukturpolitik macht man und redet nicht viel darüber.

Dann zur Frage von Herrn Ringstorff nach dem Investivlohn. Darüber wurde im Westen immer mal wieder diskutiert. Von ein, zwei Ausnahmen abgesehen, ist das nirgendwo so richtig ausprobiert worden. Vielleicht macht die IG Chemie, die einen sehr tatkräftigen und pragmatisch denkenden Gewerkschaftsvorstand hat, einen solchen Versuch mit einigen hiesigen Chemieunternehmen. Das Ergebnis läßt sich nicht voraussagen. Ich würde es aber für interessant halten. Ein solches Experiment müßte allerdings längerfristig angelegt sein; denn damit wird ja die innere Führungsstruktur des Unternehmens verändert.

Ich persönlich habe dieser Idee, deren Hauptförsprecher Philip Rosenthal ist, immer einiges abgewinnen können. Allerdings dürften die Voraussetzungen für einen Chemiebetrieb im Raum Halle oder Bitterfeld kaum mehr geeignet sein, in dieser Hinsicht zu experimentieren, als für ein mittleres Chemieunternehmen im Westen. Trotzdem würde ein Versuch sicher lohnen. Wenn er gelingt, könnte so ein Beispiel auch auf andere Bereiche ausstrahlen.

Biedenkopf

Wir sind gerade dabei, ein solches Experiment zu machen, und zwar mit den ZschopperMotorradwerken. Die Treuhand hatte wegen der bisherigen Verluste dieses bereits sehr geschrumpften Unternehmens, das aber durchaus leistungsfähig ist und gute Produkte herstellt, seine stille Liquidation beschlossen. Die Landesregierung hat dann interveniert, auch aufgrund einer Aktivität des Landrates, der zu einer Wirtschaftskonferenz in seinem Landkreis eingeladen hatte, weil dort mehrere Unternehmen gleichzeitig kaputtgingen.

Ich habe der Belegschaft angeboten, im Rahmen der stillen Liquidation den Versuch zu machen, das Unternehmen zu retten. Nachdem entsprechende Verhandlungen geführt worden waren, haben die Belegschaftsmitglieder mit 645 von 650 Stimmen beschlossen, bis zu vier Jahre auf 10 Prozent ihres Nettolohnes zu verzichten und diesen Betrag als zinsloses Darlehen im Unternehmen zu belassen. Offen ist dabei noch, ob das später in Beteiligungen umgewandelt wird.

Wir werden uns vom Land her daran beteiligen, und ich hoffe, daß auch die Treuhand einen Beitrag leisten wird. Wenn dieses Experiment, dem die IG Metall inzwischen ebenfalls zugestimmt hat, erfolgreich verlaufen sollte, kann das ein sehr interessanter neuer Weg werden, den wir dann auch mit anderen Unternehmen durchführen wollen. Voraussetzung ist indes, daß die Belegschaften eine Eigenleistung erbringen. Denn davon machen wir Subventionszahlungen des Landes abhängig.

Was die strukturelle Neugliederung der Treuhand mit einer Zweigstelle je Bundesland und entsprechender Dekonzentration der Aufgaben anbetrifft, stimme ich Herrn Schmidt völlig zu. Darüber wollen wir in Kürze im Verwaltungsrat auch mit dem Bundeskanzler reden, damit er sich ein Bild davon machen kann, was alles politisch entschieden werden muß. Die Vertreter des Wirtschafts- und des Finanzministeriums wären mit solchen Entscheidungen überfordert. Dazu bedarf es einer Reihe von Richtlinienentscheidungen des Bundeskanzlers.

Dann ein Wort zur Lohnentwicklung. Natürlich gibt es auch in Westdeutschland Lohnunterschiede, Herr Müller-Groeling, aber nicht im Verhältnis eins zu zwei. Insbesondere gibt es in Westdeutschland keine wesentlichen Einkommensunterschiede im öffentlichen Dienst; da sind Tariflöhne gleich Effektivlöhne. Deshalb ist es früher oder später unvermeidlich, daß wir den öffentlichen Dienst im Osten so bezahlen wie im Westen. Anderenfalls ergeben sich auch verfassungsrechtliche Probleme. Wir versuchen, diese Anpassungsprozesse über mehrere Jahre auszudehnen, und im großen und ganzen sind die Gewerkschaften auch bereit, da mitzumachen.

Ich habe im übrigen diese mittelfristigen Lohnperspektiven, die bereits im IG-Metall Tarifvertrag ihre Ausformung gefunden haben, immer unterstützt, auch gegen Kritik im Westen. Deshalb bin ich erfreut, daß auch Präsident Murrmann von den Arbeitgebern dafür ist. Das ist in der Sache sehr hilfreich. Denn normalerweise sind die Unternehmer diejenigen, die sagen, das geht nicht.

Die Erfahrung, die Herr Schneider geschildert hat, ist durchaus verallgemeinerungsfähig. Alle Unternehmen, die hier investieren und mit hiesigem Personal arbeiten, berichten, die Art, wie die Menschen motiviert sind und sich ins Zeug legen, vermittele fast das Gefühl, daß die neue Arbeit auch als eine Art Befreiung von der reinen Beschäftigungsgesellschaft empfunden wird, wie man sie über 40 Jahre erlebt hat. Ob man eine solche Motivation in der CSFR antrifft und ob die politischen Verhältnisse dort so stabil bleiben, ist noch sehr die Frage.

Im übrigen reden wir Investoren teilweise zu, in die CSFR zu gehen, weil wir der Meinung sind, daß die langfristige wirtschaftliche Gesundung Sachsens ohne eine gleichzeitige Entwicklung des böhmischen Industriegebietes kaum gelingen wird. Böhmen ist unser unmittelbarer Nachbar. Dort gab es eine alte Industrielandschaft genau wie bei uns. Es wird auch in Nord-Böhmen sehr schnell zu Lohnsteigerungen kommen, weil anderenfalls die Facharbeiter von dort nach hierher abwandern. Würden unsere Facharbeiter von westdeutschen Firmen abgeworben, müßten wir dann die Leute aus Schlesien und aus Nord-Böhmen abwerben. Ich halte das nicht für eine sinnvolle Entwicklung. Deshalb müssen wir gewisse grenzüberschreitende Momente in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Was Arbeitnehmerbeteiligungen angeht, Herr Schmidt, ist mein Eindruck, daß bei den Gewerkschaften, die bisher in dieser Hinsicht jede Form rigoros abgelehnt haben, insbesondere die IG Metall, sich allmählich die Einstellung zu ändern beginnt. Man fängt an, über Alternativen ernsthaft nachzudenken, um von den hohen Lohnforderungen wegzukommen, die man politisch immer weniger kontrollieren kann. Die Einsicht wächst, daß man hier neue Strukturen braucht.

Zur Finanzentwicklung, die Meinhard Miegel dramatisch dargelegt hat, würde ich mir vor allem wünschen, daß der Finanzstatus endlich auf den Tisch gelegt wird. Bisher haben wir so gut wie keine Ahnung davon, welche finanziellen Leistungen in den nächsten Jahren erforderlich sind und was wir bereits an Schulden haben.

Schmidt

Sie sprechen von einem finanzwirtschaftlichen Status der öffentlichen Hand.

Biedenkopf

Ja. Er muß so schnell wie möglich offengelegt werden, spätestens bis Mitte 1993, damit wir noch ohne den Druck kommender Wahlen politische Entscheidungen treffen können. Deshalb halte ich es für problematisch, wenn die Bundesregierung schon jetzt ihr Handeln an der Wahl 1994 ausrichtet. Sie schränkt ihre Bewegungsspielräume bereits heute ein, wenn sie danach fragt, was möglicherweise 1994 mehrheitsfähig ist. Die Bevölkerung selbst hat überhaupt noch keine Kenntnis davon, was an politischen Veränderungen bis dahin ins Haus steht.

In diesem Zusammenhang kritisiere ich auch die Medien. Weder in der Süddeutschen Zeitung, noch in der FAZ oder in der Wirtschaftswoche lese ich saubere Ausarbeitungen über den Finanzstatus. Es wird immer nur ad hoc auf die augenblickliche Lage hin argumentiert.

Schmidt

Es gibt diesen Status nicht einmal im Bundesfinanzministerium.

Biedenkopf

Es gibt ihn nicht. Wir haben uns im letzten Jahr monatelang mit dem Finanzministerium in Bonn herumschlagen müssen, bis wir zumindest intern die Antwort erhielten, daß unsere Zahlen richtig sind.

Müller-Groeling

Solche Zahlen gibt es nicht einmal für die Treuhand.

Biedenkopf

Herr Müller-Groeling, Sie verfügen doch über alle möglichen Quellen in Kiel, um sich diese Zahlen zu beschaffen.

Müller-Groeling

Wir versuchen es; aber die Treuhand gibt brauchbare Zahlen bisher nicht heraus.

Biedenkopf

Das stimmt so auch nicht. Wir haben uns die Zahlen ebenfalls besorgen müssen. Dafür bedarf es nur einer sehr intensiven Detailarbeit, und man muß alle möglichen Kanäle anzapfen. Es geht darum, die Dinge öffentlich zur Diskussion zu stellen, weil sie auf diese Weise den Widerspruch der Betroffenen herausfordern.

Schmidt

Richtig, richtig!

Biedenkopf

Wer widerspricht, muß beweisen, was richtig ist. Aber dieser Widerspruch wird nicht ausgelöst. Es gibt keine wirkliche politische Debatte in Deutschland über unseren wirtschafts- und finanzpolitischen Status. Das gilt auch für den Sachverständigenrat. Diese vornehme Zurückhaltung regt mich immer mehr auf.

Schmidt

Die beste Quelle für diesen Finanzstatus ist die statistische Abteilung der Bundesbank.

Biedenkopf

Ja, und die sind auch bereit mitzumachen.

Schmidt

Ja.

Biedenkopf

Sie können nur nicht von sich aus tätig werden, weil sie sonst den Eindruck erwecken, sie wollten aktiv in die Politik eingreifen. Aber sie werden jeden unterstützen, der sie um Hilfe bittet.

Schmidt

Aus geldpolitischem Eigeninteresse.

Biedenkopf

Wenn es zutrifft, daß die Treuhand mit einem Defizit von 250 Milliarden D-Mark und der Kreditabwicklungsfonds mit etwa 100 bis 150 Milliarden D-Mark Schulden abschließen und beide anschließend zusammengelegt und nach den Regeln des Einigungsvertrages abgewickelt werden, sind alle ostdeutschen Bundesländer pleite. Allein der Anteil Sachsens am Kreditabwicklungsfonds, so wie er heute steht, bedeutet, daß wir Ende 1993 rund 15 Milliarden oder 3000 D-Mark pro Einwohner an Schulden haben, ohne daß dieses Geld in Sachsen investiert worden ist. Das ist jetzt schon als Schuld vorhanden. Dazu kämen noch 40 Milliarden D-Mark aus den Fonds der Treuhandanstalt, wenn die Verteilung 50 Prozent Bund, 50 Prozent neue Bundesländer aufrechterhalten bleibt. Das heißt, wir können zumachen.

Wir hätten dann allein aus diesen beiden Beträgen die Hälfte der Staatsschuld von Nordrhein-Westfalen, die NRW in 40 Jahren angesammelt hat, und dieses Land verfügt ungefähr über die zehnfache Wirtschaftsleistung wie Sachsen heute. Mit anderen Worten, was hier im Augenblick vor sich geht, ist der absolute Irrsinn. Wenn wir das jetzt nicht auf den Tisch legen und so schnell wie möglich in den Gesamtzusammenhängen diskutieren, werden wir die Bewußtseinsänderungen, die Meinhard Miegel völlig zu Recht als unumgänglich bezeichnet, nicht zustande bringen. Mit jeder neuen Hiobsbotschaft wird die Verbitterung in der Bevölkerung größer werden, weil sich die Menschen ständig düpiert vorkommen, wenn man ihnen immer den Eindruck vermittelt, jetzt seien alle Tatsachen bekannt. Dann kommt die nächste Nachricht und so weiter. Wie will man die Bevölkerung eigentlich motivieren, dann noch etwas in Richtung Osten abzugeben?

Jeder hier am Tisch sollte in seinem Bereich darauf hinwirken - das gilt insbesondere für die Medien;- daß dieser Status jetzt eingefordert und öffentlich diskutiert wird.

Schmidt

Mein Eindruck ist, daß man im Finanzministerium selber nicht weiß, wie es um die Dinge steht.

Biedenkopf

Es kommt darauf an, einen politischen Druck zu erzeugen, der die verantwortlichen Politiker zum Handeln zwingt. Seit Sommer letzten Jahres liegen uns Zusagen vor, daß man aktiv werden will. Aber die versprochenen Kommissionen haben sich noch nicht einmal konstituiert.

Offenheit und Klarheit, und zwar schnell und umfassend, sind die beste Therapie. Es wird einen Riesenschock geben, wenn die Tatsachen den Menschen bewußt werden. Aber dann werden sie sich mit dem Unvermeidlichen auseinandersetzen, und daraus können sich innovatorische Ideen entwickeln. Alle, die glauben, wir könnten mit dem bisherigen politischen Bewußtsein, den bisherigen politischen Strukturen und parteipolitischen Verhalten die Probleme lösen, irren sich. Dies muß der Bevölkerung drastisch vor Augen geführt werden, sonst wird die Innovation nicht in Gang kommen. Das ist für mich die Hauptbotschaft.

Abschließend noch einige Bemerkungen zu anderen Themen aus der Diskussion. Bei der Treuhand versuchen wir zunächst, ohne neue Gesetze auszukommen, auch bezüglich der Eigentumsverhältnisse, obwohl wir da um gesetzliche Änderungen wohl nicht herumkommen werden. Meine Sorge ist indes, daß alles auf Eis liegt, wenn wir jetzt eine neue Gesetzgebungsdebatte beginnen, weil dann jedermann zunächst wissen will, wie es in Zukunft weitergeht. Dabei kommen die Dinge gerade allmählich auf pragmatische Weise in Gang. Diesen Prozeß sollten wir nicht abwürgen. Dennoch sollten wir behutsam administrative Verfahren entwickeln, um weitere Gesetzgebung vorzubereiten.

Was die Investitionen in den neuen Bundesländern angeht, möchte ich Sie bitten, den gegenwärtigen Stand nicht zur Grundlage für ein Urteil über die mögliche Investitionstätigkeit zu machen. Wir haben im November 1990 die Regierung gebildet. Uns fehlte jegliche Verwaltung, nicht einmal über geeignete Räumlichkeiten konnten wir verfügen. Aber Investoren brauchen die Verwaltung als Gesprächspartner. Der stand eigentlich erst im Mai/Juni 1991 zur Verfügung. Dennoch gelang es uns schon vorher, große Investitionsvorhaben ins Land zu holen. Ich könnte Ihnen ungefähr 7 Milliarden D-Mark an Privatinvestitionen nennen, die wir allein in den letzten 3 bis 4 Monaten in Sachsen erhalten haben. Nur können Sie die Auswirkungen verständlicherweise noch nirgendwo besichtigen.

Ich halte es aber für außerordentlich kontraproduktiv, wenn immer wieder davon geredet wird, es sei keine Investitionsbereitschaft vorhanden. Statt dessen sollte jeder Investor, ob groß oder klein, öffentlich gelobt werden, damit sich andere ermutigt fühlen. Das gilt besonders für die ausländischen Investoren. Es ist verständlich, daß die sich erst einmal ein oder zwei Jahre ansehen, was die Deutschen machen. Denn der Osten Deutschlands ist für sie noch eine völlig unbekannte Landschaft.

Wir sind inzwischen mit zahlreichen ausländischen Investoren in konkreten Gesprächen: aus Frankreich, aus England, aus Thailand, aus Singapur, aus Japan. Aber sie haben sich häufig noch nicht entschieden. Wenn wir die nicht öffentlich ermutigen, gehen sie wieder nach Hause. So sind Investoren nun einmal.

Wir brauchen dafür eine längere Zeitachse, genauso wie für die Sanierung von Unternehmen. Wir sind jetzt dabei, den sogenannten Sachsenfonds aus der Taufe zu heben, der mit einem Privatkapital von 500 bis 600 Millionen D-Mark ausgestattet werden soll. Damit soll eine Beteiligung an sanierungsfähigen Unternehmen vorgenommen werden. Das Land Sachsen wird eine Bürgschaft in Höhe von 5 Prozent der vorgenannten Summe geben und dies auch nur in Sonderfällen und unter der Bedingung, daß die Belegschaften mitmachen, wie ich es vorhin beschrieben habe.

Im übrigen werden wir mit diesem Sachsenfonds und den Leuten, die wir dafür gewinnen, vor allem Managementressourcen für die kleinen und mittleren Unternehmenseinheiten mobilisieren. Das ist der eigentliche Flaschenhals. Wir brauchen Leute, die es verstehen, Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür ist aber ein optimistisches Investitionsklima notwendig, damit die Manager Vertrauen fassen und den Schritt zu uns wagen.

Seebacher-Brandt

Jetzt würde man gern wissen, wie sich beides zueinander verhält - der Blick in die Akten und der auf die Zahlen. Vielleicht ist die Flucht in die Vergangenheit auch die Flucht vor einer schwierigen Zukunft? Wieviel von der neuen deutschen Wirklichkeit ist überhaupt eingefangen, wenn man in die Vergangenheit eintaucht, einen Ausschnitt zudem nur, und wenn man sich die wirtschaftliche Lage vor Augen hält?

Von vielem anderen müßte man noch wissen, wollte man ein Urteil über den Stand der Vereinigung abgeben. Der Maßstab war und ist die Angleichung der Lebensverhältnisse, und noch bilden wir uns allesamt ein, es handele sich nur um die Anhebung des einen Teils auf das Niveau des anderen Teils. Aber langsam dämmert uns nicht nur, daß auf lange Sicht viel, sehr viel Geld in den Osten gesteckt werden muß, sondern auch daß die Mark nicht beliebig vermehrbar ist. Damit aber ist die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft zu innerer Reform gezwungen, was viel mehr ist als der Ruf nach Teilen und nach Opfer. Es gilt, neue Rangordnungen zu finden und die vielfältigen Hindernisse beiseite zu räumen, die der Investition im Wege stehen.

Darüber und über vielem anderen, so auch über der Vergangenheitsdebatte, lernen wir, daß wir es nicht mehr nur mit einer zweigeteilten Gesellschaft zu tun haben - hier Ost, dort West. Und auch hier in Dresden, während der zwei halben Tage, waren deutliche Anzeichen einer Vermischung zu erkennen. Ist das nichts? Die vielen verschiedenen Eindrücke, die wir gewonnen haben und die auf einen Nenner zu bringen ich mich hüten möchte, sind so bunt und ungeordnet wie die Wirklichkeit des vereinten Deutschland. Im Ernst, kann es anders sein nach zwei Jahren? Hätte nicht alles auch viel schlimmer kommen können? Und ist es nicht immer noch eine große und schöne und lohnende Aufgabe, an der Gestaltung des einen-demokratischen-Deutschland mitzuwirken?

Körper

Im Jahre Zwei der Wiedervereinigung haben wir Deutschen Wichtigeres zu tun, als darüber nachzudenken, ob das Geschenk der Geschichte, das uns mit der Einheit zuteil wurde, an der Kasse zurückzugeben ist - oder ob wir einen Rabatt bekommen. Weder besteht die Rückgabemöglichkeit, noch gibt es den Rabatt. Es gibt nur den Weg nach vorn. Der Umgang mit der Vergangenheit wird schwierig. Darin liegt nicht nur eine moralische Frage, sondern auch eine politische. Sie geht uns alle an, ob "Wessis" oder "Ossis": Eine Zuschauerrolle ist nicht vorgesehen und wäre auch nur peinlich.

Wir Deutschen haben uns vierzig Jahre lang mit uns selbst und der Geschichte des "Dritten Reiches" beschäftigt, unausweichlich. Aber selten ist einem Volk die zweite Chance zuteil geworden, noch seltener die Möglichkeit, einen großen Teil der eigenen Vergangenheit und des Schadens an der Geschichte anderer Völker wiedergutzumachen. Das aber ist die historische Situation, in die wir gestellt sind - und der wir uns stellen müssen.

Die deutsch-deutsche Vereinigung ist nicht nur eine Wiedervereinigung. Sie ist viel schwieriger. Denn in vierzig Jahren haben wir uns weiter auseinanderentwickelt, als uns bewußt war, solange die Mauer noch stand. Jetzt erst ermessen wir die Aufgabe, die vor uns steht, und wir haben viel darüber gesprochen und viel gelernt. Innere Einheit, das hat unser Gespräch gezeigt, kann nicht verordnet werden. Sie muß moralisch aus dem Willen zur Klarheit über die Vergangenheit kommen, was Klarheit

über die Ambivalenzen, Zweideutigkeiten und Halbherzigkeiten der Vergangenheit im Umgang mit SED und DDR im Westen einschließt.

Wirtschaftlich muß sie zu einer großen Anstrengung führen, die nicht der Industrie und den Unternehmern allein überlassen werden kann, sondern für die auch die Gewerkschaften Verantwortung tragen und für die die Politik den Rahmen setzen muß. Zuletzt und vor allem aber muß die Vereinigung aus dem Herzen kommen. Weder können die Westdeutschen alles tun, noch können die Ostdeutschen alles mit sich geschehen lassen. Vierzig Jahre der politischen und gesellschaftlichen Zweiteilung sind nicht zu überwinden, ohne daß wir alle über unser bisheriges Maß hinauswachsen.

Aber das ist nicht alles. Die Deutschen waren, wie Richard von Weizsäcker vor fast zehn Jahren schrieb, der Osten des Westens und der Westen des Ostens. Die Mitte war Grenze. Jetzt aber sind wir Mitte Europas und zugleich Grenzland des weltumspannenden Systems der großen industriellen Demokratien, und diese Lage ist interessanter, aber auch komplizierter als die der zurückliegenden vierzig Jahre. Wir sind hier zu Recht daran gemahnt worden, nicht zuletzt von Helmut Schmidt, daß wir Deutschen gut daran tun, nicht in Larmoyanz und Nabelschau zu versinken angesichts der Schwierigkeiten, denen wir uns gegenübersehen.

Wir sind in Dresden, aber hinter Dresden und Bautzen, Löbau und Görlitz hört die Welt nicht auf. Das östliche Mitteleuropa und ganz Osteuropa erwarten von den Deutschen viel, wahrscheinlich zu viel. Und außerdem sehr Widersprüchliches: Stärke und Zurückhaltung, Investitionen und Bescheidenheit, Hilfe ohne Schulmeisterei!. Einige dieser Talente zählten in der Vergangenheit nicht zu unseren stärksten Seiten.

Das 20. Jahrhundert war nicht das Jahrhundert der Deutschen. Wir haben zu seinem Ruin in der ersten Jahrhunderthälfte einiges beigetragen. In der zweiten Jahrhunderthälfte standen wir, mit den Westalliierten als Bewährungshelfern, in einem moralischen Dauertest. Das Land hat ihn im großen und ganzen bestanden, ungeachtet aller Selbstzweifel und aller Selbstkritik. Sonst hätte es den Weg zur Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden und mit Zustimmung aller Nachbarn nicht gegeben. Aber jetzt fangt die Arbeit erst an und mit ihr die politische und moralische Anstrengung.